

Bündnis **Sahra Wagenknecht**

BSW Landesverband
Baden-Württemberg

**Baden-Württemberg,
aber VERNÜNFTIG
und GERECHT!**

**Entwurf des Landtagswahlprogramms zur Landtagswahl
2026 des BSW Landesverbands Baden-Württemberg**

Stand: 14.11.2025

Inhalt

1. In den Frieden investieren statt in den Krieg!	4
2. Vernunft für Baden-Württembergs Wirtschaft: Deindustrialisierung stoppen! 7	
2.1. Unser Wohlstand basiert auf Frieden	7
2.2. Mittelstand und Handwerk stärken!	8
2.3. Automobilindustrie – Rückgrat, Identität und Zukunft Baden-Württembergs ..	8
2.4. Baden-Württemberg: Land der Tüftler und Erfinder	10
2.5. Verlässliche Energieversorgung	10
2.6. Investitionen in einen starken Standort Baden-Württemberg	10
2.7. Ausufernde Bürokratie abbauen	11
2.8. Fachkräfte für Baden-Württemberg ausbilden	12
3. Für eine soziale Wende in Baden-Württemberg	14
3.1. Gute Arbeit in der Transformation – Regionale Vision und soziale Absicherung	14
3.2. Wohnungskrise endlich beenden	16
3.3. Frauen stärken – Gleiche Chancen in Baden-Württemberg	17
3.4. Offene und vielfältige Kultur.....	20
4. Bildungskrise überwinden: Kurswechsel für Baden-Württembergs Schulen!	22
4.1. Baustelle Schule: Personalnotstand und Reformstau beheben.....	22
4.2. Bei Kindern beginnen: Gleiche Startchancen in Baden-Württembergs Kitas .	25
4.3. Soziale Infrastruktur an Schulen sichern – für Chancengleichheit	26
5. Freie Wissenschaft, starke Hochschulen, faire Studienbedingungen.....	28
5.1. Hochschulen für Frieden und akademische Freiheit	28
5.2. Demokratische und soziale Rechte der Studierenden und des akademischen Mittelbaus stärken.....	29
5.3. Vielfalt der Hochschulen erhalten und stärken	30
6. Demokratische Teilhabe, direkte Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt	32
6.1. Das Verhältnis Bürger-Staat neu justieren!	32
6.2. Demokratische Teilhabe	32
6.3. Gesellschaftlicher Zusammenhalt als Herzstück der Demokratie.....	33

7. Zuwanderung wirklich begrenzen – Integration voranbringen	34
8. Gesundheit, Pflege und Teilhabe – Gemeinwohl statt Profitlogik	36
8.1. Pflege und Versorgung	37
8.2. Psychische Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe	37
8.3. Geburtshilfe und Frauengesundheit.....	37
8.4. Strukturelle Verantwortung des Landes	38
8.6. Pharma, Arzneimittel und Versorgungssicherheit.....	38
9. Lehren aus der Corona-Zeit	40
10. Entschlossen für Sicherheit und Ordnung – Schutzauftrag des Staates und Freiheitsrechte im Einklang.....	42
10.1. Sicherheit ist staatliche Kernaufgabe.....	43
10.2. Sicheres und lebenswertes Lebensumfeld.....	44
10.3. Gewaltschutz On- wie Offline: Ordnungspolitische Stärke trifft auf Kriminalprävention	44
10.4. Personalmangel bei der Polizei beenden – Handlungsfähigkeit sichern	45
10.5. Schutz und Wertschätzung für alle Einsatzkräfte	46
10.6. Für eine effektive und schnelle Justiz in Baden-Württemberg.....	46
11. Bürgernähe und handlungsfähige Kommunen	49
11.1. Lebenswerte und handlungsfähige Kommunen für eine starke Heimat!	49
11.2. Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz.....	50
12. Solide Finanz- und Strukturpolitik	52
13. Klima und Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft für Baden-Württemberg	54
13.1. Energiewende: Regional und ohne Utopien.	54
13.2. Flächenschutz statt Zersiedlung - Natur und Arten schützen!.....	55
13.3. Gegen Verschleißpolitik	56
13.4. Landwirtschaft: Für bäuerliche Unabhängigkeit statt Agrar-Konzerne	56
14. Mobilität: Sichere, gerechte und zukunftsfähige Mobilität für alle.....	57
14.1. Mobilität darf kein Luxus sein – Mobilität ist Daseinsvorsorge. Der Staat muss liefern.....	57
14.2. Fahrplandichte erhöhen – Taktsystem statt Chaos.	57
14.3. Schiene in der Fläche stärken.....	58
14.4. Rad- und Fußverkehr: Sichere Wege für kurze Distanzen	58

14.5. Mobilität und Aufenthaltsqualität	59
14.6. Smart Mobility: Intelligente Vernetzung ohne Überwachung	59
14.7. Barrierefreie Mobilität für alle	60
14.8. Tarifgerechtigkeit: Mobilität ist Grundrecht.	60
14.9. Stuttgart 21	60

ENTWURF

1. In den Frieden investieren statt in den Krieg!

Nie seit dem Ende des Kalten Krieges war die Gefahr eines großen Krieges in Europa und der Welt so greifbar wie heute. Viele Menschen in Baden-Württemberg blicken mit Sorge in die Zukunft. Sie sehen einen entfesselten Militarismus, der unter dem Vorwand der "Zeitenwende" in atemberaubender Geschwindigkeit zur größten Aufrüstung seit Bestehen der Bundesrepublik geführt hat. Mit dem Beschluss vom 18. März 2025 hat der abgewählte Bundestag die Schuldenbremse faktisch aufgehoben – nicht etwa für Investitionen in Schulen, Krankenhäuser oder sozialen Wohnungsbau, sondern für Panzer, Raketen und Drohnen. Die CDU hat so, mit Unterstützung der Ampel-Parteien, im abgewählten Bundestag den Weg für ein historisches Aufrüstungspaket freigemacht. Und selbst die Linke hat in Landesregierungen, an denen sie beteiligt ist, im Bundesrat diesen Kriegskrediten zugestimmt. Auch sie hat damit zur Aufweichung der Schuldenbremse für Aufrüstung beigetragen. Wir sagen klar: Nein zu diesen Kriegskrediten!

Von Baden-Württemberg aus wird Krieg nicht nur politisch, sondern ganz konkret vorbereitet. Unser Bundesland ist ein zentraler Rüstungsstandort: Firmen wie Rheinmetall, Diehl, Thales oder Heckler & Koch produzieren Waffen, die weltweit in Kriegsgebieten eingesetzt werden. In Ulm ist das NATO-Kommando JSEC (Joint Support and Enabling Command) stationiert, dass die schnelle Verlegung von NATO-Truppen an die Ostflanke organisiert. In Stuttgart befinden sich mit EUCOM und AFRICOM die zentralen US-Kommandozentralen für Europa und Afrika – von hier aus werden völkerrechtswidrige Drohnenangriffe koordiniert und globale Militäreinsätze geplant. In Calw hat das Kommando Spezialkräfte (KSK) seinen Sitz, dessen Skandale um rechtsextreme Netzwerke bis heute nicht aufgeklärt sind.

Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Waffenexporteur nach Israel. Diese Waffen werden auch im Gazastreifen eingesetzt – in dicht besiedelten Gebieten, gegen zivile Infrastruktur, in Schulen, Krankenhäusern, Wohnhäusern. Damit trägt die Bundesregierung eine Mitverantwortung für israelische Kriegsverbrechen in Gaza und den Genozid, der bereits mehr als 70.000 Menschen das Leben gekostet hat, darunter mehr als 70 Prozent Frauen und Kinder. Wir fordern die Einhaltung und Überwachung des Waffenstillstands im Gazastreifen. Die Bundesregierung muss sich endlich für eine politische Lösung im Nahen Osten einsetzen, die Anerkennung eines Staates Palästina und das Ende der israelischen Besatzung. Dazu fordern wir den Stopp aller deutschen Waffenlieferungen an Israel und die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel.

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine ebenso wie die völkerrechtswidrige Kollektivbestrafung in Gaza. Waffen schaffen keinen Frieden. Sicherheit in Europa kann es nur geben, wenn sie gemeinsam gedacht wird – unter Einbeziehung aller Beteiligten und ihrer Sicherheitsinteressen. Jahrzehntlang hat die NATO dieses Prinzip verletzt. Das Ergebnis ist eine Eskalationsspirale aus Sanktionen, Waffenlieferungen und gegenseitigen Drohungen.

Wir wollen raus aus dieser Spirale! Baden-Württemberg darf sich nicht länger an einer Politik beteiligen, die Rüstung statt Diplomatie fördert. Wir wenden uns entschieden gegen Pläne von Ministerpräsident Kretschmann, die Forschung zu militarisieren und einen „Innovationscampus Sicherheit und Verteidigung“ einzurichten. Wir benötigen neue Abrüstungsinitiativen, Rüstungskonversion und eine Rückbesinnung auf Entspannungspolitik und zivile Konfliktlösung. Unsere Verantwortung aus der Geschichte heraus verbietet es, noch einmal den Weg der Konfrontation zu gehen.

Wir wollen keine Panzer auf unseren Straßen oder Kampfflugzeuge am Himmel, wir

97 widersetzen uns jeglicher Kriegslogik in un-
98 seren Schulen!

99 Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ)
100 in Baden-Württemberg muss beendet wer-
101 den. Mit über 40 Verbindungskommandos
102 und "Reservistenkräften" ist die Bundes-
103 wehr tief in zivile Strukturen eingebunden.
104 Über die Hintertür wird so die Trennung zwi-
105 schen ziviler Verwaltung und militärischen
106 Strukturen ausgehöhlt.

107 Auch die Bundeswehrwerbung an Schulen
108 und in Jobcentern muss ein Ende haben. In
109 einem reichen Land wie Baden-Württem-
110 berg darf niemand gezwungen sein, aus so-
111 zialer Not in die Kaserne zu gehen. Friedens-
112 erziehung muss den Platz bekommen, den
113 derzeit Jugendoffiziere und Bundeswehrvi-
114 deos einnehmen.

115 Aufrüstung als Konjunkturprogramm und
116 Jobmotor für die Wirtschaft angesichts der
117 schwächelnden Automobilindustrie in Ba-
118 den-Württemberg, ist politisch und ökon-
119 misch ein Irrweg. Deshalb ist es menschlich
120 und wirtschaftlich vernünftig, in den Frieden
121 zu investieren statt in den Krieg. Baden-
122 Württemberg hat die Möglichkeit, vom Rüs-
123 tungsstandort zum Zentrum ziviler Hoch-
124 technologie zu werden. Das geht aber nur,
125 wenn die Landesregierung die Konversion
126 aktiv unterstützt und kein öffentliches Geld
127 mehr in die Rüstungsindustrie fließen lässt.
128 Baden-Württemberg zeichnet sich seit Jahr-
129 zehnten durch eine aktive Friedensbewe-
130 gung aus, die in die Entwicklung einer akti-
131 ven Friedenspolitik für das Land einbezogen
132 werden kann.

133 Eine Stimme für das BSW ist eine Stimme
134 gegen Krieg und Aufrüstung. Gegen die
135 Brandstifter von heute. Und für eine echte
136 Friedenspolitik.

137 **Unsere Ziele:**

- 138 • Schluss mit der Zivil-Militärischen
- 139 Zusammenarbeit (ZMZ) in Baden-
- 140 Württemberg. Militär raus aus Rat-
- 141 häusern, Landratsämtern, Krisen-
- 142 stäben und Krankenhäusern!

143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192

- Keine NATO-Manöver, keine Reakti-
vierung der NATO-Pipeline bei Bo-
delshausen!
- Schließung von US-Kommando-
zentralen (EUCOM, AFRICOM) und
NATO-Stützpunkte wie JSEC in
Ulm. Diese Standorte können in be-
zahlbaren Wohnraum, Kultur- und
Innovationszentren umgewidmet
werden.
- Auflösung der Kommandospezial-
kräfte (KSK) in Calw.
- Keine Subventionen, Kredite oder
Fördermittel für Rüstungsunterneh-
men. Statt "Innovationscampus Si-
cherheit und Verteidigung" fordern
wir einen Rüstungskonversions-
fonds.
- Zivilklauseln an baden-württember-
gischen Hochschulen verteidigen
und flächendeckend einführen.
- Friedenserziehung statt Bundes-
wehrwerbung: Raus mit Offizieren
aus Schulen und Jobcentern. Kün-
digung der Kooperationsvereinba-
rung zwischen Kultusministerium
und Bundeswehr.
- Statt „Krisenvorsorge“ und Kriegs-
tüchtigkeit in den Klassenzimmern
fordern wir eine Friedenspädagogik,
die lehrt Konflikte politisch zu lösen.
- Ausbau der Friedensbildung, Unter-
stützung von Friedensinitiativen und
Städtepartnerschaften für Völker-
verständigung.
- Baden-Württemberg muss den I-
CAN-Appell für ein atomwaffen-
freies Land unterzeichnen und sich
gegen die Stationierung neuer US-
Mittelstreckenraketen in Deutsch-
land stark machen.
- Diplomatie statt Sanktionen: Die
Landesregierung muss sich im Bun-
desrat für Friedensverhandlungen
einsetzen, nicht für Taurus-Raketen
und Wirtschaftskriege.
- Wir lehnen die Wiedereinführung
der Wehrpflicht strikt ab.
- Strengere Kontrolle von Rüstungs-
exporten und keine

193 Gewinnausschüttung der Rüstungs-
194 konzerne an Aktionäre, um Anreize
195 für riskante Geschäfte zu reduzie-
196 ren.
197 • Keine deutsche Beteiligung an US-
198 amerikanischen geopolitischen
199 Konflikten. Baden-Württemberg
200 braucht wirtschaftliche Zusammen-
201 arbeit statt Konfrontation.

ENTWURF

2. Vernunft für Baden-Württembergs Wirtschaft: Deindustrialisierung stoppen!

Wirtschaften ist kein Selbstzweck: Ziel ist die nachhaltige Sicherung einer hohen Lebensqualität. Arbeiten ist für uns ein zentraler Ausdruck von Teilhabe eines jeden Menschen. Wir streben eine innovative Wirtschaft an, mit fairem Wettbewerb, gut bezahlten und sicheren Arbeitsplätzen, einem hohen Anteil industrieller Wertschöpfung, einem gerechten Steuersystem und einem starken Mittelstand. Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit echter Chancengleichheit und einem hohen Grad an sozialer Sicherheit und Mobilität. Wir werden die Wirtschaftspolitik wieder an Vernunft und Gerechtigkeit orientieren – statt an Ideologie und Egoismus.

Baden-Württemberg ist ein industrielles Schwergewicht. Man beneidet uns um weltbekannte, erfolgreiche Unternehmen, einen starken Mittelstand und die vielen sogenannten „Hidden Champions“. Tüftler und Erfinder – als Beschäftigte oder Unternehmer – prägten diesen Erfolg, der durch rigorose Sparpolitik von Grün, Rot und Schwarz in den letzten 20 Jahren zunichte gemacht wurde. Das Bildungssystem, einst vorbildlich, verfällt in atemberaubendem Tempo. Investitionen in Infrastruktur wurden jahrelang sträflich unterlassen. Die ökologische Wende blieb heiße Luft – ebenso wie der Ausbau der E-Mobilität. Die Wohnungsnot treibt die Mieten in die Höhe und löst dadurch soziale Not aus. „Häuslebauer“ zu sein, ist ein Traum für viele, aber erfüllen können ihn sich immer weniger.

Hohe Energiepreise treiben exportorientierte Firmen in die Insolvenz oder ins Ausland. Das Ergebnis dieser Politik: Unsere industrielle Basis schrumpft, wir sind seit zwei Jahren in einer Rezession, und der Ausblick vieler Institute ist düster. Eine schleichende Deindustrialisierung ist längst im Gange – mit weitreichenden Folgen auch für Mittelstand und Handwerk. Wir werden diese Abwärtsspirale stoppen!

2.1. Unser Wohlstand basiert auf Frieden

In wirtschaftlichen Notlagen liebäugeln Unternehmen mit den riesigen Rüstungsbudgets. Der grüne Ministerpräsident fordert gar die Rüstungsindustrie zu einem industriellen Schwerpunkt Baden-Württembergs zu entwickeln. Doch dies kann den Absturz von Unternehmen aus Automobil und Maschinenbau bei weitem nicht abfangen – und das wäre auch nicht sinnvoll. Rüstungsgüter sind konsumtiv und der am wenigsten wirksame Hebel der Wirtschaftsförderung. Gleichzeitig begeben wir uns auf diesem Weg wirtschaftlich in eine Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie. Im Zweifel stehen so wirtschaftliche Interessen in direkter Abwägung zu diplomatischen und friedenspolitischen Bemühungen. Die maßlose Aufrüstung ist eine Vergeudung von Steuergeldern. Krieg bedeutet neben einer humanitären Katastrophe die Zerstörung von Ressourcen. Panzer stellen nichts her – Werkzeugmaschinen schon. Wohlstand auf Waffenproduktion aufzubauen, ist kein tragfähiges Zukunftsmodell. Das BSW will die Rückkehr zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit.

Das ist auch deshalb notwendig, da fast 40 Prozent aller Waren, die in Baden-Württemberg hergestellt werden, in den Export gehen. Kein anderes Bundesland ist so auf Frieden und internationalen Handel angewiesen wie unseres. Kriege, Konflikte, Sanktionen und Zölle kosten hierzulande Arbeitsplätze. Die orientierungslose Außenpolitik der letzten Jahre vernichtet Arbeitsplätze. Die Abhängigkeit von den unberechenbaren USA ist größer geworden statt kleiner. Der Handel mit China bricht unter anderem wegen der ohne Not verhängten Strafzölle auf chinesische Autos stark ein und die vielen Sanktionspakete gegen Russland schaden uns selbst.

Baden-Württembergs Industrie braucht eine Außenwirtschaftspolitik, die auf stabile, friedliche Handelsbeziehungen mit möglichst vielen Partnern setzt, statt auf neue Blockbildung. Wir treten für eine Wirtschaftspolitik ein, die unsere Versorgung mit

298 Rohstoffen und preiswerter Energie sicher-
299 stellt und internationale Lieferketten stabili-
300 siert.

301 **Unsere Ziele:**

- 302 • Keine Umwandlung ziviler Industrie
303 zu Rüstungsbetrieben.
- 304 • Rückkehr zur friedlichen internatio-
305 nalen Zusammenarbeit und einer
306 Wirtschaftspolitik, die auf stabile
307 und friedliche Handelsbeziehungen
308 mit möglichst vielen Partnern setzt.
- 309 • Keine neue Blockbildung und aus-
310 ufernde Sanktionen.
- 311 • Wir fordern die Wiederinbetrieb-
312 nahme der Nord-Stream-Pipeline.

313 **2.2. Mittelstand und Handwerk stärken!**

314 Baden-Württemberg wird um seinen starken
315 Mittelstand weltweit beneidet. 99 Prozent al-
316 ler Unternehmen in Baden-Württemberg ge-
317 hören zu den kleinen und mittleren Unter-
318 nehmen, ebenso wie zwei Drittel aller Ar-
319 beitsplätze. Mehr als ein Drittel des Gesam-
320 tumsatzes von Baden-Württemberg wird
321 durch mittelständische Unternehmen erwirt-
322 schaftet. Sie tragen wesentlich zur Lebens-
323 qualität des ländlichen Raums bei, sind regi-
324 onal verankert und bestehen häufig aus Fa-
325 milienunternehmen, die im Rahmen der du-
326 alen Ausbildung eng mit Kommunen und Bil-
327 dungsstätten kooperieren. Nicht weniger gilt
328 für das Handwerk in unserem Land. Sie sind
329 fast immer Mittelstand im besten Sinne. Als
330 „Macher“ sind sie für Gesellschaft und Wirt-
331 schaft unerlässlich. Doch alle leiden unter
332 den von der Politik selbst geschaffenen
333 Problemen. Wir wollen das Handwerk best-
334 möglich in bei seiner Arbeit unterstützen.
335 Handwerk und Mittelstand leiden besonders
336 unter hohen Energiekosten, der überbor-
337 denden Bürokratie und unter dem eklatan-
338 ten Mangel an Arbeitskräften. Unterfinan-
339 zierte Kommunen, unzureichende Infra-
340 struktur und marode Schulen machen klei-
341 nen und mittleren Firmen das Leben schwer.
342 Während Großkonzerne ihre Belange durch-
343 setzen können, ist der Mittelstand den büro-
344 kratischen Gesetzgebungen von EU, Bund
345 und Land ausgeliefert. Großkonzerne

346 „optimieren“ ihre Steuern über komplexe
347 Konstrukte. Der Mittelstand hat diese Mög-
348 lichkeit nicht. Es kann nicht sein, dass mit-
349 telständische Betriebe stärker belastet wer-
350 den als Großkonzerne.

351 Wir werden dafür sorgen, dass Kommunen
352 wieder ausreichend finanziert sind, um den
353 lokalen Mittelständlern und Handwerkern
354 die benötigte Infrastruktur an Straßen, Ener-
355 gie und Internet zu garantieren. Das duale
356 Ausbildungssystem werden wir erheblich
357 stärken, damit dem Arbeitskräftemangel auf
358 dem Land begegnet werden kann.

359 **Unsere Ziele:**

- 360 • Sicherstellung der ausreichenden
361 Finanzierung der Kommunen.
- 362 • Mittelständische Betriebe dürfen
363 nicht stärker belastet werden als
364 Großkonzerne.
- 365 • Stärkung des dualen Ausbildungs-
366 systems.

367 **2.3. Automobilindustrie – Rückgrat, Iden- 368 tität und Zukunft Baden-Württembergs**

369 Die Automobilindustrie ist nicht nur ein Wirt-
370 schaftszweig, sondern das identitätsstif-
371 tende Fundament unseres Bundeslandes.
372 Sie ist das technologische Herz einer füh-
373 renden europäischen Wirtschaftsregion und
374 Vorreiter der internationalen Kompetenz im
375 Fahrzeugbau.

376 Hier erfand Gottlieb Daimler das Automobil.
377 Hier haben wir ein einzigartiges Ökosystem
378 von Weltkonzernen und mittelständischen
379 Spezialisten – Systemlieferanten, Teileferti-
380 gung, technischen Diensten und speziali-
381 siertem Handwerk geschaffen, das Wohl-
382 stand schafft und unsere Gesellschaft prägt.
383 Im vielen Regionen hat sich eine extreme
384 Verdichtung von Automobilzulieferern entwi-
385 ckelt, die sich gegenseitig stabilisieren und
386 verstärken – eine Wertschöpfungskette mit
387 Tiefenstruktur. Viele Zulieferer sind familien-
388 geführte Betriebe – regional verwurzelt, mit
389 Spezialisierungen, die weltweit einzigartig
390 sind. Unternehmen, die ihre Kompetenz
391 über Jahrzehnte aufgebaut haben und nicht
392 ohne Schaden einfach umschwenken kön-
393 nen.

394 Rund 500.000 Menschen arbeiten direkt und
 395 indirekt in der Automobilindustrie Baden-
 396 Württembergs – einer von vier Arbeitsplät-
 397 zen hängt an diesem Sektor. In den Regio-
 398 nen Stuttgart und Neckar-Alb konzentriert
 399 sich das bedeutendste Automobil-Cluster
 400 Europas: Zwei Drittel des baden-württem-
 401 bergischen Branchenumsatzes, etwa 90
 402 Milliarden Euro jährlich, entstehen hier. Die
 403 Automobilindustrie ist der zweitgrößte in-
 404 dustrielle Arbeitgeber des Landes und der
 405 umsatzstärkste Industriezweig – rund ein
 406 Viertel des gesamten deutschen Automobil-
 407 branchenumsatzes wird im Südwesten er-
 408 wirtschaftet.

409 Diese Zahlen beschreiben nicht abstrakte
 410 Ökonomie. Sie bedeuten für Zehntausende
 411 Familien tarifgebundene Arbeitsplätze mit
 412 hohen, verlässlichen Einkommen, betriebli-
 413 che Altersvorsorge und Betriebsratsmitbe-
 414 stimmung. Die Kaufkraft aus der Automobil-
 415 industrie belebt Einzelhandel, Gastronomie,
 416 Dienstleistungen und lokale Wirtschaft. Sie
 417 finanziert über Steuern kommunale Infra-
 418 struktur, Schulen und Kultureinrichtungen.

419 Die Automobilindustrie durchlebt eine exis-
 420 tenzbedrohende Krise – allerdings nicht pri-
 421 mär wegen des technologischen Wandels.
 422 Das Kernproblem liegt in ideologiegetriebe-
 423 ner Politikgestaltung ohne Rücksicht auf die
 424 wirtschaftlichen Schäden und sozialen Fol-
 425 gen. Betriebe wurden ermutigt, Milliarden-
 426 summen in E-Mobilität zu investieren, wäh-
 427 rend gleichzeitig verlässliche Rahmenbedin-
 428 gungen fehlten. Mercedes' „Electric-only“-
 429 Strategie und Porsches Cellforce als Batte-
 430 rie-Produzent: Milliardeninvestitionen sind
 431 nun zu Verlustgeschäften geworden. Das ist
 432 nicht Marktversagen; das ist Resultat von
 433 Planungsunsicherheit und Widersprüchlich-
 434 keit staatlicher Signale.

435 Die Transformation braucht kluges Gesamt-
 436 konzept, verlässliche Rahmenbedingungen
 437 und ein realistisches Tempo und Technolo-
 438 gieoffenheit. Die Autoindustrie Baden-Würt-
 439 tembergs hat Weltklasse-Potenzial bei Pa-
 440 tenten und Innovationen. Dieses Potenzial
 441 kann nur entfaltet werden, wenn Planungs-
 442 sicherheit für Betriebe und Beschäftigte be-
 443 steht – keine ständige politische Verunsiche-
 444 rung.

445

446 Unsere Ziele:

- 447 • Technologieoffenheit statt Verbren-
 448 ner-Verbot: Das BSW sagt klar Nein!
 449 zu ideologisch motivierten Aus-
 450 stiegsgesetzen.
- 451 • Planungssicherheit für Betriebe und
 452 Beschäftigte durch eine kluge und
 453 verlässliche Industriepolitik.
- 454 • Mitbestimmung bei Transformati-
 455 onentscheidungen: Wir wollen,
 456 dass Arbeitnehmer, Betriebsräte
 457 und Gewerkschaften paritätisch in
 458 Umstrukturierungs- und Investiti-
 459 onentscheidungen der Betriebe
 460 eingebunden sind.
- 461 • Tarifbindung und faire Lohnentwick-
 462 lung stärken.
- 463 • Gezielte Unterstützung für kleine
 464 und mittelständische Zulieferer: Re-
 465 gionale Transformationsnetzwerke
 466 dauerhaft finanzieren. Beratung,
 467 Weiterbildung und Umstrukturie-
 468 rungshilfen für Betriebe, die sich auf
 469 neue Technologien und Märkte aus-
 470 richten müssen.
- 471 • Zuverlässige Ladeinfrastruktur, die
 472 im Bezahlssystem einheitlich und be-
 473 nutzerfreundlich ist. Das Laden von
 474 Fahrzeugen darf nicht komplizierter
 475 und teurer sein als Tanken.
- 476 • Investitionen in neue Mobilitätsfel-
 477 der: Gezielte Förderung für Innova-
 478 tionen in autonomer Mobilität, neue
 479 Speichertechnologien, integrierte
 480 Mobilitätslösungen und digitale
 481 Dienste – Felder, in denen die deut-
 482 sche Automobilindustrie weltfüh-
 483 rend sein kann.
- 484 • Erhalt von Forschung und Entwick-
 485 lung im Südwesten. Baden-Würt-
 486 temberg muss Innovations- und
 487 Entwicklungszentrum bleiben.
- 488 • Bewahrung des Handwerks und der
 489 dualen Ausbildung: Die technische
 490 Ausbildung und das spezialisierte
 491 Handwerk im Automobilsektor sind
 492 Wettbewerbsvorteil. Investitionen in
 493 moderne Ausbildungsstätten und
 494 duale Modelle sichern Fachkräfte.
- 495 • Europäische Zusammenarbeit stär-
 496 ken: Strategische Neuausrichtung
 497 auf europäische Produktions- und
 498 Zuliefernetzwerke. Abhängigkeit

499 von globalen Lieferketten reduzie-
500 ren; regionale Spezialisierung in Eu-
501ropa stärken.

502 **2.4. Baden-Württemberg: Land der Tüftler** 503 **und Erfinder**

504 Das Erfinden und Tüfteln sind tief in der
505 Identität unseres Bundeslandes verwurzelt.
506 Bei den Patentanmeldungen liegt Baden-
507 Württemberg in Deutschland mit Abstand an
508 der Spitze. Fast 40 Prozent der deutschen
509 Patentanmeldungen stammen aus Baden-
510 Württemberg. Wir müssen dafür sorgen,
511 dass das so bleibt. Der Wohlstand unseres
512 Bundeslandes hängt auch davon ab, ob wir
513 es schaffen, neue Industrien anzusiedeln,
514 Zukunftstechnologien zu entwickeln und
515 Gründer zu fördern.

516 Die Start-up-Szene braucht funktionierende
517 Universitäten und leistungskräftige Unter-
518 nehmen, um moderne Geschäftsmodelle zu
519 skalieren. Die Gründer-Szene braucht Unter-
520 stützung des Staates, ohne diese zu bevor-
521 zugen oder sie von Wagniskapital von pri-
522 vater Seite abhängig zu machen. Dazu müs-
523 sen wir zuallererst das Dickicht aus unüber-
524 schaubaren Fördertöpfen in einem Zu-
525 kunftsfonds Baden-Württemberg konzent-
526 rieren und für Anleger öffnen. In Baden-
527 Württemberg gab es zwischen 2021 und
528 2024 nach Angaben des Finanzministeriums
529 über 300 verschiedene Förderprogramme,
530 die komplex beantragt und verwaltet wer-
531 den müssen. Unsere Idee eines Zukunfts-
532 fonds soll sich zukünftig an Gründungen be-
533 teiligen und die Gewinne im Erfolgsfall in den
534 Fonds zurückfließen. Auf diese Weise kön-
535 nen die Risiken von Gründungen durch fle-
536 xible Finanzierungsmöglichkeiten von staat-
537 licher und nichtstaatlicher Seite begrenzt
538 werden. Wir streben für Gründer zeitlich be-
539 grenzte Befreiungen von unnötigen Regulie-
540 rungen an und unterstützen sie bei der Ver-
541 netzung mit potenziellen Kapitalgebern und
542 Forschungseinrichtungen.

543 **Unsere Ziele:**

- 544 • Konzentration der unüberschauba-
545 ren Fördertöpfe in einem Zukunfts-
546 fonds Baden-Württemberg.

- 547 • Ansiedlung neuer Industrien und
548 Entwicklung von Zukunftstechnolo-
549gien.
550 • Reduzierung bürokratischer Hürden
551 für Gründer.
552 • Stärkung der Bildung auf allen Ebe-
553nen als Grundlage für Innovation.
554 • Unterstützung bei der Vernetzung
555 von Gründern mit potenziellen Kapi-
556talgebern und Forschungseinrich-
557tungen.

558 **2.5. Verlässliche Energieversorgung**

559 Fast 40 Prozent der gesamten Wirtschafts-
560 leistung Baden-Württembergs werden im
561 Produzierenden Gewerbe erbracht. Unsere
562 starke Industriestruktur zeigt, dass wir be-
563 sonders von den hohen Energiepreisen und
564 der Rezession der letzten Jahre betroffen
565 sind. Gleichzeitig ist die von der grün geführ-
566 ten Landesregierung versprochene energe-
567 tische Transformation krachend gescheitert:
568 2024 gingen 8 Windräder statt der geplanten
569 100 ans Netz. Mit Windkraft kann man kei-
570 nen hochentwickelten Industriestandort be-
571 treiben.

572 Unsere Energiepolitik werden wir wieder
573 vom Bedarf der Betriebe und der Bevölke-
574 rung ableiten. Solange die Erneuerbaren
575 nicht ausreichend Energie liefern, können
576 wir auf fossile Energieträger nicht verzich-
577 ten. Eine exportstarke Industrie braucht
578 wettbewerbsfähige Energiepreise und Ver-
579 sorgungssicherheit. Energieimporte sollten
580 sich am Kriterium des niedrigsten Preises
581 orientieren.

582 **Unsere Ziele:**

- 583 • Gewährleistung wettbewerbsfähi-
584ger Energiepreise und Versorgungs-
585sicherheit für die exportstarke In-
586dustrie.
587 • Energiepolitik an den Bedarfen der
588 Bürger ausrichten und Energie dort
589 beziehen, wo sie am günstigsten ist.

590 **2.6. Investitionen in einen starken Stand-** 591 **ort Baden-Württemberg**

592 Wider jede ökonomische Vernunft haben
593 CDU, Grüne und SPD die Infrastruktur in

594 Baden-Württemberg in den letzten 20 Jah-
595 ren kaputtgespart. Die sog. „schwarze Null“
596 hat eine Spur der Verwüstung hinterlassen,
597 die in allen Kommunen greifbar ist. Wir müs-
598 sen jahrelang unterlassene Investitionen
599 dringend nachholen – dank „schwarzer Null“
600 jetzt zu verdoppelten Baupreisen und hohen
601 Zinsen. Die Hans-Böckler-Stiftung schätzt
602 den Investitionsbedarf in Baden-Württem-
603 berg auf 165 Milliarden Euro, um den Inves-
604 titionsstau abzubauen und das Land fit für
605 Herausforderungen wie den Klimawandel,
606 die Digitalisierung und Demografie zu ma-
607 chen. Der ökonomische Schaden der Spar-
608 politik an unserem Land und der Zeitverlust
609 sind immens. War jedoch zuvor noch nicht
610 einmal Farbe für die Klassenräume in Schu-
611 len da, liegt jetzt im Bund eine Billion Euro
612 für Rüstung und Infrastruktur bereit. Davon
613 ist mehr als die Hälfte für die unproduktive
614 Rüstungsindustrie vorgesehen. Man will al-
615 len Ernstes die „konventionell stärkste Ar-
616 mee Europas“ aufbauen, während man den
617 Sozialstaat kaputtspart.

618 Ein modernes Baden-Württemberg braucht
619 eine moderne Infrastruktur. Zahlreiche Brü-
620 cken sind marode, Straßen, Schienen, digi-
621 tale Netze und Schulgebäude teilweise seit
622 Jahren sanierungsbedürftig. Wir brauchen
623 eine Infrastruktur-Garantie für Baden-Würt-
624 temberg. Wir wollen staatliche Investitionen
625 der Zivilgesellschaft zugutekommen lassen
626 statt der Rüstung. Massive Rüstungsinvesti-
627 tionen lehnen wir ab. Transport, Bildung,
628 Gesundheit, Wohnen, Energie- und Wasser-
629 versorgung wollen wir am Gemeinwohl aus-
630 richten und nicht am Profit. Neben dringen-
631 den Investitionen in Infrastruktur muss in
632 Gesundheit, Bildung und Wohnen investiert
633 werden. Baden-Württemberg muss seinen
634 Anteil am Sondervermögen des Bundes mit
635 Eigenmitteln um mindestens 30 Prozent auf-
636 stocken, um den Wirtschaftsstandort zu
637 stärken. Angesichts der drängenden Prob-
638 leme in unserem Land müssen wir den neu
639 verfügbaren finanziellen Spielraum der
640 Schuldenbremse von 0,35 Prozent des Brut-
641 toinlandsprodukts konsequent nutzen.

642

643 **Unsere Ziele:**

- 644 • Infrastruktur-Garantie für Baden-
645 Württemberg und eine Studie zur Er-
646 hebung der Infrastrukturmängel des
647 Landes.
- 648 • Staatliche Investitionen der Zivilge-
649 sellschaft zugutekommen lassen.
650 Massive Rüstungsinvestitionen leh-
651 nen wir ab.
- 652 • Transport, Bildung, Gesundheit,
653 Wohnen, Energie- und Wasserver-
654 sorgung am Gemeinwohl ausrich-
655 ten.
- 656 • Konsequente Nutzung des finanziel-
657 len Spielraums der Schulden-
658 bremse.

659 **2.7. Ausufernde Bürokratie abbauen**

660 Die überbordende Bürokratie ist insbeson-
661 dere für kleine und mittlere Unternehmen
662 längst ein Dauerbrenner und ständige Frust-
663 rationsquelle. Die Vielzahl von Berichten, Of-
664 fenlegungen, Nachweispflichten, Erklärun-
665 gen, Audits, Meldestellen und Diversity-Pro-
666 grammen ist Ausdruck einer Misstrauensge-
667 sellschaft, die nicht mehr auf Vernunft und
668 auf Dialog setzt. Unternehmen werden
669 durch den Staat gelähmt. Die Bürgerinnen
670 und Bürger werden zu Bittstellern.

671 Die Folge sind Kostenbelastungen, die vor
672 allem kleine und mittlere Unternehmen be-
673 sonders hart treffen, von Förderchancen
674 ausschließen und Innovationen verhindern.
675 Eine Anfrage der Bundestagsgruppe Bünd-
676 nis Sahra Wagenknecht hat offengelegt: Un-
677 ter der Ampel-Regierung wurden die Büro-
678 kratiekosten für Unternehmen so hoch wie
679 nie zuvor. Die Wirtschaft wird zunehmend
680 durch Vorgaben ausgebremst, die weder
681 praktikabel noch notwendig sind. Dieses
682 Mehr an Bürokratie ist auch in Baden-Würt-
683 temberg spürbar – und es kostet nicht nur
684 Geld, sondern auch Vertrauen in den Staat.

685 Das zentrale Problem liegt in einer veralteten
686 Verwaltungslogik, die Misstrauen statt Dia-
687 log zur Grundlage hat. Viele Behördenpro-
688 zesse sind so konzipiert, dass sie von vorn-
689 herein Kontrolle vor Vertrauen stellen.

690 Das BSW sagt klar: Wir wollen die Verwal-
691 tung neu aufstellen: Eine effiziente

692 Verwaltung unterstützt und steigert Produk-
693 tivität. Jede Entscheidung muss von einem
694 Ermöglichungsverständnis geleitet sein. Wir
695 sehen und gestalten den Staat als Partner
696 von Bürgern und Unternehmen.

697 Das bedeutet konkret: Vertrauensbasierte
698 Kommunikation statt starrer Dokumentati-
699 onspflichten: Statt Unternehmen zur Ablage
700 von Stapeln an Nachweisen zu verdammen,
701 können digitale Schnittstellen direkte Daten-
702 abfragen ermöglichen – mit gegenseitigem
703 Vertrauen, nicht gegenseitiger Verdächti-
704 gung. Widersprüche zwischen Bundes-,
705 Landes- und kommunalen Vorgaben führen
706 zu Handlungsunsicherheiten und Verzug:
707 Wir wollen transparente Regelwerke statt
708 unübersichtlicher Regelkaskaden, die kein
709 normaler Mensch noch durchschauen kann.
710 Eine Digitalisierung, die komplexe Verfahren
711 noch komplizierter macht, löst keine Prob-
712 leme.

713 **Unsere Ziele:**

- 714 • Systematische Bestandsaufnahme
715 staatlicher Berichts- und Nachweis-
716 pflichten. Ziel: Mindestens 20 Pro-
717 zent Reduktion innerhalb der Legis-
718 latur.
- 719 • „One-in-two-out“-Regel einführen:
720 Für jede neue bürokratische Belas-
721 tung fallen zwei alte weg.
- 722 • Bundesratsinitiative: Vereinfachte
723 Buchführung, reduzierte Melde-
724 pflichten und Verzicht auf redun-
725 dante Nachweise als Standard für
726 Unternehmen bis 250 Mitarbeiter,
727 Handwerk und Freiberufler.
- 728 • Digitalisierung hat dort Priorität, wo
729 sie Prozesse wirklich vereinfacht –
730 nicht dort, wo sie Kontrolle ver-
731 schärft.
- 732 • Ein zentrales, benutzerfreundliches
733 Online-Portal, über das Bürger und
734 Unternehmen alle Anliegen mit der
735 öffentlichen Verwaltung abwickeln.
736 Nicht als digitale Kopie von Behör-
737 denchaos, sondern als echte Ver-
738 einfachung.

739 **2.8. Fachkräfte für Baden-Württemberg** 740 **ausbilden**

741 Während die strukturelle Krise der Wirt-
742 schaft momentan den Mangel an

743 Fachkräften überlagert, zeigen Prognosen
744 ein dramatisches Szenario: 2035 werden
745 schätzungsweise fast 380.000 Arbeitsstel-
746 len unbesetzt bleiben. Dies führt zu massi-
747 ven volkswirtschaftlichen Verlusten – bis
748 2035 entgehen uns etwa 170 Milliarden Euro
749 an Wertschöpfung, die durch ausreichend
750 Fachkräfte generiert werden könnten.

751 Die Bekämpfung des Fachkräftemangels
752 muss beim eigenen Potential beginnen.
753 2022 gab es in Baden-Württemberg fast
754 400.000 junge Menschen zwischen 20 und
755 34 Jahren ohne abgeschlossene Berufsaus-
756 bildung. Ein Skandal!

757 Wir müssen Wert auf gute Ausbildungen mit
758 attraktiven Vergütungen legen, die jungen
759 Menschen eine eigenständige Lebensfüh-
760 rung ermöglicht. Berufsqualifizierungen,
761 Meister-Weiterbildungen und Umschulungs-
762 programme wollen stärker fördern und be-
763 werben.

764 Der Fachkräftemangel ist auch Ergebnis
765 struktureller Defizite im Bildungssystem: zu
766 wenige Lehrkräfte, daraus resultierender
767 Unterrichtsausfall und unzureichende Aus-
768 stattung der Schulen. Wir brauchen mehr In-
769 vestitionen in Bildung, kleinere Klassen und
770 eine praxisnahe Berufsorientierung bereits
771 in der Schule, damit junge Menschen ihre
772 Talente und Interessen früh entdecken kön-
773 nen.

774 Im Gesundheitswesen herrscht akuter Fach-
775 kräftemangel. Wir fordern deutlich mehr Me-
776 dizinstudienplätze in Baden-Württemberg
777 und weitere Reformen im Vergabeverfahren.
778 Wir wollen den Zugang verbreitern, die
779 Transparenz verbessern, die Zusätzliche
780 Eignungsquote (ZEQ) erhöhen und Bewer-
781 ber mit medizinischer Vorausbildung und
782 der Bereitschaft zur Landarztztätigkeit stärker
783 gewichten.

784 Ausbildungsplätze in der Pflege wollen wir
785 massiv ausbauen und die Ausbildung finan-
786 ziell stärker fördern. Fachkräfte aus ärmeren
787 Ländern abzuwerben, ist nicht die Lösung –
788 wir müssen selbst ausbilden.

789 Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in Ba-
790 den-Württemberg durch zwei Faktoren be-
791 grenzt: mangelnde

792 Kinderbetreuungsinfrastruktur (fehlende
793 Krippenplätze und Ganztagschulen) und
794 unzureichende Pflegeangebote für Angehö-
795 rige. Dies zwingt Frauen in Teilzeitarbeit oder
796 Berufspausen. Die Lösung erfordert drei In-
797 vestitionen: flächendeckende Kinderbetreu-
798 ung, Ausbau von Ganztagschulen und
799 wohnortnahe Pflegeangebote mit professio-
800 neller Beratung. Diese Maßnahmen sind
801 nicht nur Sozialpolitik – sie sind auch Wirt-
802 schaftspolitik gegen Fachkräftemangel.

803 Arbeitsmigration kann Teil der Lösung sein,
804 muss aber klar von der Flüchtlingspolitik ge-
805 trennt werden. Für ausländische Fachkräfte
806 wollen wir die Attraktivität Baden-Württem-
807 bergs stärken – durch schnellere Arbeits-
808 marktzugänge bei Beibehaltung strikter
809 Qualifikationskriterien. Allerdings lehnen wir
810 Anwerbeprogramme für hochqualifizierte
811 Fachkräfte aus dem globalen Süden ab,
812 wenn diese Länder selbst unter Fachkräfte-
813 mangel leiden und dadurch ihre eigene Ent-
814 wicklung gefährdet wird. Dies ist nicht nur
815 ethisch geboten, sondern auch wirtschaft-
816 lich nachhaltig.

817 **Unsere Ziele:**

- 818 • Berufsqualifizierungen, Meister-
819 Weiterbildungen und Umschulungs-
820 programme stärker fördern.
- 821 • Individuelle Berufsberatung aus-
822 bauen – lokal und digital.
- 823 • Medizinstudienplätze erhöhen, Zu-
824 gang erweitern.
- 825 • Pflegeausbildung ausbauen und
826 besser finanzieren.
- 827 • Trennung von Arbeitsmigration und
828 Flüchtlingspolitik.
- 829 • Schnellerer Zugang zum Arbeits-
830 markt für ausländische Fachkräfte
831 unter Beibehaltung der erforderli-
832 chen Qualifikationskriterien.
- 833 • Kitaplätze und Ganztagsschulange-
834 bote massiv erweitern.
- 835 • Entlastung und Unterstützung pfle-
836 gender Angehöriger durch wohnort-
837 nahe Pflegeangebote und Beratung.

838 3. Für eine soziale Wende in Baden-Würt- 839 temberg

840 Seit Jahren wächst auch in Baden-Württem-
841 berg die soziale Ungleichheit. Millionen
842 Menschen arbeiten hart, um sich und ihren
843 Familien ein gutes Leben zu ermöglichen.
844 Sie sind es, die unsere Gesellschaft am Lau-
845 fen halten und einen Großteil der Steuern
846 zahlen. Doch statt dafür den gebührenden
847 Respekt und soziale Sicherheit zu erhalten,
848 ist ihr Leben in den letzten Jahrzehnten un-
849 sicherer und schwerer geworden.

850 Trotz Vollzeitstelle reicht das Einkommen bei
851 vielen nicht mehr aus, um über den Monat
852 zu kommen. Das Aufstiegsversprechen der
853 sozialen Marktwirtschaft gilt immer seltener.
854 Mit der zunehmenden Verlagerung von Un-
855 ternehmensstandorten ins Ausland wächst
856 bei vielen die Angst vor Jobverlust. Der in-
857 dustrielle Kern des Landes ist gefährdet,
858 ganze Regionen drohen wirtschaftlich den
859 Anschluss zu verlieren.

860 Diese Angst ist umso größer, als die neue
861 Grundsicherung eine erhebliche Verschlech-
862 terung für Arbeitslose mit sich bringt. Das
863 betrifft nicht nur die drastisch verschärften
864 Sanktionen. Im Bürgergeld blieb das eigene
865 Vermögen im ersten Jahr des Bürgergeldbe-
866 zugs bis zu einer bestimmten Höhe (bei ei-
867 ner vierköpfigen Familie 85.000 Euro) unan-
868 getastet. Auch sein Zuhause musste man
869 ein Jahr lang nicht verlassen, um in eine
870 günstigere Wohnung umzuziehen. Diese so-
871 genannte Kulanz soll jetzt aufgehoben wer-
872 den. Gleichzeitig wird wieder eingeführt,
873 dass die Vermittlung in einen Job, egal wel-
874 cher Art, Vorrang von einer Qualifizierung
875 hat. Das ist für eine dauerhafte Rückkehr in
876 den normalen Arbeitsmarkt kontraproduktiv.
877 Es erhöht den Druck auf die Arbeitslosen
878 und damit auch die Angst der Beschäftigten
879 vor Arbeitslosigkeit enorm.

880 Zugleich nimmt die Altersarmut zu: Millionen
881 ältere Menschen können nach einem langen
882 Arbeitsleben ihren Ruhestand nicht genie-
883 ßen, weil ihre Renten viel zu niedrig sind –
884 oft sogar noch besteuert werden. Auch in
885 Baden-Württemberg wurden über Jahre

886 hinweg Wohnungen, Krankenhäuser, Pflege-
887 einrichtungen, Arztpraxen und andere ge-
888 sellschaftlich wichtige Infrastrukturen an
889 renditeorientierte Investoren verkauft. Die
890 Folgen: steigende Preise, schwindende
891 Qualität und eine zunehmende Versor-
892 gungslücke, vor allem auf dem Land.

893 Zahlreiche gesellschaftliche Probleme blei-
894 ben ungelöst. Es fehlt an ausreichend Frau-
895 enhäusern, in vielen Regionen gibt es keine
896 sichere Unterbringung für von Gewalt be-
897 troffene Frauen. Auch Obdachlose finden in
898 vielen Kommunen keine angemessene Un-
899 terkunft.

900 Wir wollen den Zerfall des gesellschaftlichen
901 Zusammenhalts stoppen und die Politik wie-
902 der am Gemeinwohl ausrichten. Unser Ziel
903 ist eine faire Leistungsgesellschaft mit ech-
904 ter Chancengleichheit, sozialer Sicherheit
905 und einem verlässlichen Sozialstaat – der
906 Ängste abbaut und Menschen in Krisensitu-
907 ationen schützt.

908 Die Kommerzialisierung und Privatisierung
909 existenzieller Dienstleistungen – ob Gesund-
910 heit, Pflege, Energie, Wasser oder Wohnen –
911 muss beendet werden. Kommunale oder
912 gemeinnützige Anbieter sollen Vorrang ha-
913 ben. Der Zugang zu staatlichen Leistungen
914 und öffentlicher Infrastruktur darf nicht vom
915 Geldbeutel abhängen. Baden-Württemberg
916 braucht eine soziale Wende.

917 3.1. Gute Arbeit in der Transformation – 918 Regionale Vision und soziale Absiche- 919 rung

920 Die „Vierte industrielle Revolution“ mit Auto-
921 matisierung, Vernetzung und Künstlicher In-
922 telligenz – einhergehend mit Dekarbonisie-
923 rung und veränderten Lieferketten – trifft die
924 Menschen in Baden-Württemberg mit voller
925 Wucht. Nicht abstrakt, sondern konkret in
926 ihren Berufsbiografien, Einkommen und Le-
927 bensperspektiven.

928 In den nächsten 5 Jahren könnten durch
929 diese Transformationstreiber allein im Auto-
930 mobilsektor 66.000 Arbeitsplätze verloren
931 gehen. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom
932 Land in Auftrag gegebene aktuelle Struktur-
933 studie, die durch angekündigte

934 Stellenstreichungen bei Porsche, ZF, Bosch,
935 Trumpf und vielen weiteren untermauert
936 wird. Für das BSW sind diese Zahlen mehr
937 als bloße Statistik: Sie bedeuten 66.000
938 Menschen mit Familien, Hypotheken und
939 Lebensentwürfen, die aus ihrer Arbeitserfah-
940 rung, gutem Einkommen und immer auch ei-
941 nem Teil ihrer sozialen Teilhabe gerissen
942 werden.

943 Die etablierte Politik verleugnet die gesamt-
944 gesellschaftlichen Auswirkungen dieser
945 Transformation und handelt nicht. Arbeits-
946 platzabbau ohne neue Perspektiven, Ein-
947 kommensverzichte ohne Gegenleistung und
948 staatlicher Sozialabbau lösen keine Prob-
949 leme – sie verschärfen sie und gefährden
950 den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
951 Ganze Regionen haben ihre wirtschaftliche
952 Identität in der Automobilindustrie. Wenn
953 diese transformiert, dann transformieren die
954 Regionen selbst – mit ihrer Finanzkraft, ihren
955 sozialen Angeboten, der Anziehungskraft für
956 Fachkräfte und kulturellen Vitalität.

957 Der Staat darf diese Transformation nicht als
958 bloße Marktberaumung abtun. Regionen
959 und ihre Menschen brauchen in diesem Pro-
960 zess Unterstützung, politische Gestaltungs-
961 kraft und Vision. Das BSW macht sich des-
962 halb auch in Baden-Württemberg konse-
963 quent stark für soziale Gerechtigkeit und
964 wirtschaftliche Vernunft. Wir stemmen uns
965 dagegen, wegbrechende Arbeitsplätze zu
966 akzeptieren und entwickeln Beschäfti-
967 gungsperspektiven – durch Investitionen in
968 Forschung, Innovation und Zukunftstechno-
969 logien. Wir stehen solidarisch an der Seite
970 der Beschäftigten und ihrer Familien. Wir
971 schauen nach vorn und holen zukunfts-
972 fähige Geschäftsfelder, funktionierende Ge-
973 schäftsmodelle mit gezielten Förderungen,
974 überzeugenden Standortbedingungen und
975 exzellenter Bildung nach Baden-Württem-
976 berg.

977 Wir wollen die Transformation fair, solida-
978 risch und regional verantwortungsvoll aus-
979 gestalten. Gute Arbeit entsteht nicht von
980 selbst. Neben der originären Arbeitsgestal-
981 tung in den Betrieben sind einkommens-,
982 beschäftigungs- und sozialpolitische Rah-
983 menbedingungen entscheidende Hand-
984 lungsfelder. Die Gewerkschaften dürfen in
985 dieser Phase nicht geschwächt, sondern

986 müssen gestärkt werden. Sie sind Partner
987 und Mitdenker, nicht Hindernis.

988 Konkret heißt das: Transformation findet in
989 Regionen statt, gestaltet von lokalen Akteu-
990 ren: Betrieben, Gewerkschaften, Kommu-
991 nen, Wissenschaft und Verbänden. Diese re-
992 gionalen Akteure brauchen verlässliche fi-
993 nanzielle und institutionelle Unterstützung.
994 Sie müssen Transformationsstrategien ent-
995 wickeln, Fachkräfte qualifizieren, neue Ge-
996 schäftsmodelle pilotieren und Übergangs-
997 perspektiven für Arbeitnehmer schaffen.

998 Der Staat muss gezielt chancenreiche neue
999 Geschäftsmodelle fördern: Wasserstoff-
1000 technologie, batterietechnische Speicher,
1001 digitale Mobilitätsdienste, Smart-Factory-
1002 Lösungen, grüne Infrastruktur. Neue Bran-
1003 chen brauchen staatliche Aufträge, Investiti-
1004 onen und Risikoübernahme. Wo der Staat
1005 neue Geschäftsmodelle gezielt fördert, ent-
1006 stehen oft bessere Arbeitsplätze.

1007 Soziale Absicherung ist eine wirtschaftliche
1008 Notwendigkeit. Transformation ohne soziale
1009 Absicherung führt zu Dauer-Arbeitslosigkeit,
1010 Armut, Abwanderung von Fachkräften und
1011 dem Zusammenbruch regionaler Infrastruk-
1012 tur. Deshalb wollen wir Umschulungs- und
1013 Weiterbildungsprogramme massiv aus-
1014 bauen und finanzieren, Lohnersatzleistun-
1015 gen für Übergangsphasen bereitstellen, die
1016 Erwerbstätigkeit für ältere Arbeitnehmer bis
1017 zum Renteneintritt absichern sowie Be-
1018 tribsräte und Gewerkschaften bei Transfor-
1019 mationsprozessen paritätisch einbinden.
1020 Das ist nicht Sozialausgabe – das ist Inves-
1021 tition in Stabilität, Fachkräfte-Bindung und
1022 in die Regionen.

1023 **Unsere Ziele:**

- 1024 • Alle landespolitischen Möglichkei-
1025 ten nutzen, um Beschäftigten und
1026 Arbeitslosen Qualifizierung zu er-
1027 möglichen und in diesem Interesse
1028 im Bundesrat aktiv zu werden.
- 1029 • Duale Ausbildung in neuen Techno-
1030 logiefeldern (Wasserstoff, Batterie-
1031 technik, Digitalisierung).
- 1032 • Absicherung der Arbeitsplätze älter-
1033 er Arbeitnehmer.
- 1034 • Stärkung der Tarifbindung durch
1035 Anreize für tarifgebundene Betriebe.
1036 Transformation darf nicht auf dem

1037 Rücken der Arbeitnehmer ausgetra-
 1038 gen werden. Erleichterung von All-
 1039 gemeinverbindlicherklärungen von
 1040 Tarifverträgen.

- 1041 • Öffentliche Aufträge und Subventio-
 1042 nen ausschließlich an tarifgebun-
 1043 dene Unternehmen – der Staat darf
 1044 nicht selbst Lohndumping fördern.
- 1045 • Nachhaltige Mobilität und öffentli-
 1046 che Daseinsvorsorge.
- 1047 • Investitionen in kommunale Infra-
 1048 struktur verstärken: Schulen, Stra-
 1049 ßen, kulturelle Einrichtungen, Sport-
 1050 clubs und Jugendzentren. Soziale
 1051 und kulturelle Stabilität bewahren.
- 1052 • Transformationsstrategien für jede
 1053 Region.
- 1054 • Neue, regionale Technologie- und
 1055 Innovationszentren und Pilot-Fabri-
 1056 ken.
- 1057 • Kompensationszahlungen für struk-
 1058 turschwache Landesteile zur Stabi-
 1059 lisierung kommunaler Infrastruktur
 1060 während des Strukturwandels;
 1061 kommunalen Schuldenabbau unter-
 1062 stützen statt behindern.
- 1063 • Gezielte Fachkräfteansiedlung
 1064 durch regionale Anreize, Wohn-
 1065 raumförderung und Karrierepro-
 1066 gramme – um Fachkräftemangel in
 1067 strukturschwächeren Regionen ent-
 1068 gegenzuwirken und die Attraktivität
 1069 für Talente zu erhöhen. Unterstüt-
 1070 zung von Start-ups, Gründerzen-
 1071 tren, Innovationsclustern und Netz-
 1072 werken, die junge Talente anziehen
 1073 und binden.
- 1074 • Arbeitnehmermitbestimmung bei In-
 1075 vestitions- und Standortentschei-
 1076 dungen und transparente Informa-
 1077 tion über Transformationspläne und
 1078 deren Folgen.
- 1079 • Regionale Zusammenarbeit zwis-
 1080 chen Betrieben und Berufsschulen
 1081 für eine zukunftsorientierte Ausbil-
 1082 dung.
- 1083 • Kompensationen für Haushalte mit
 1084 niedrigen und mittleren Einkommen
 1085 bei Energie- und Mobilitätskosten.

1086 3.2. Wohnungskrise endlich beenden

1087 Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Men-
 1088 schen in Baden-Württemberg längst zu

1089 einem Luxus geworden. In Städten wie
 1090 Stuttgart, Freiburg oder Heidelberg sind die
 1091 Mieten in den letzten Jahren massiv gestie-
 1092 gen. Selbst Menschen mit normalem Ein-
 1093 kommen finden kaum noch eine passende
 1094 Wohnung. Für Alleinerziehende, Rentnerin-
 1095 nen und Rentner, Menschen mit Behinde-
 1096 rungen oder Beschäftigte im sozialen Be-
 1097 reich ist die Lage oft hoffnungslos. Viele wer-
 1098 den aus den Städten verdrängt – und auch
 1099 auf dem Land ziehen die Preise an.

1100 Der soziale Wohnungsbau ist fast zum Erlie-
 1101 gen gekommen. Vor 15 Jahren gab es in
 1102 Deutschland noch fast zwei Millionen Sozi-
 1103 alwohnungen. Heute sind es nur noch etwas
 1104 über eine Million – ein Rückgang um fast die
 1105 Hälfte. In Baden-Württemberg ist die Ent-
 1106 wicklung besonders dramatisch: Während
 1107 es Anfang der 2000er-Jahre noch mehr als
 1108 130.000 Wohnungen mit Mietpreisbindung
 1109 gab, sind es heute nur noch rund 55.000.
 1110 Über 200.000 Sozialwohnungen fehlen im
 1111 Land. Nur ein Bruchteil der Menschen, die
 1112 Anspruch darauf hätten, bekommt tatsäch-
 1113 lich eine.

1114 Die Politik hat zu dieser Misere selbst beige-
 1115 tragen. 2012 verkaufte die grün-rote Lan-
 1116 desregierung über 21.000 Wohnungen der
 1117 Landesbank Baden-Württemberg an private
 1118 Investoren – und entzog dem Land damit
 1119 dauerhaft bezahlbaren Wohnraum. Heute
 1120 wird an vielen Orten weiter privatisiert, statt
 1121 kommunalen Wohnungsbau zu stärken.
 1122 Gleichzeitig stehen zehntausende Wohnun-
 1123 gen leer – oft aus Spekulationsgründen oder
 1124 weil Eigentümer höhere Preise abwarten.

1125 Auch die energetische Sanierung treibt viele
 1126 Mieterinnen und Mieter in die Enge. Was als
 1127 Klimaschutzmaßnahme gedacht ist, wird zur
 1128 sozialen Belastung, wenn die Kosten ein-
 1129 fach auf die Miete aufgeschlagen werden.
 1130 Dazu kommen steigende Nebenkosten, eine
 1131 teure Grundsteuerreform und der Ausver-
 1132 kauf kommunaler Flächen an Investoren, die
 1133 an einer Sozialbindung von Wohnraum kein
 1134 Interesse haben.

1135 Wer seine Wohnung verliert, hat kaum Chan-
 1136 cen, eine neue zu finden. Die Zahl der

1137 Menschen ohne festen Wohnsitz wächst –
1138 ebenso wie die Zahl jener, die in überfüllten
1139 oder ungeeigneten Unterkünften leben müs-
1140 sen. Es ist beschämend, dass in einem rei-
1141 chen Land wie Baden-Württemberg immer
1142 mehr Menschen kein Dach über dem Kopf
1143 haben.

1144 Wir setzen uns weiterhin für die zivile Nut-
1145 zung von ehemaligen Bundeswehrlieg-
1146 schaften ein, sie sind wichtige Pfeiler für die
1147 kommunale und regionale Entwicklung. Der
1148 angekündigte Umwandlungsstopp von 26
1149 Grundstücken und Standorten in Baden-
1150 Württemberg durch das Verteidigungsminis-
1151 terium, lehnen wir strikt ab. Baden-Württem-
1152 berg benötigt dringend bezahlbare Wohnun-
1153 gen statt Kasernen!

1154 Unser Ziel ist eine soziale Wohnungswende,
1155 die das Gemeinwohl an die erste Stelle
1156 rückt. Wohnen ist kein Luxus und keine
1157 Ware, sondern ein Grundrecht. Das BSW
1158 steht für eine Politik, die Menschen schützt
1159 – nicht Spekulanten. Wir wollen, dass jeder
1160 Mensch im Land ein sicheres, bezahlbares
1161 Zuhause hat.

1162 **Unsere Ziele:**

- 1163 • Sozialer Wohnungsbau muss ein
1164 wichtiger Investitionsschwerpunkt
1165 der Landespolitik werden.
- 1166 • Mieterschutz muss gestärkt wer-
1167 den, die Mietpreisbremse ist zu ver-
1168 längern und die Wohnbauförderung
1169 muss sich stärker auf untere und
1170 mittlere Einkommen konzentrieren.
- 1171 • Wohnen wieder gemeinnützig ma-
1172 chen. Wohnen darf kein Geschäft
1173 mit der Not sein. Über eine Bundes-
1174 ratsinitiative wollen wir eine neue
1175 Wohnungsgemeinnützigkeit einfüh-
1176 ren. Gemeinwohlorientierte Woh-
1177 nungsunternehmen, Genossen-
1178 schaften und Kommunen sollen
1179 steuerlich und rechtlich besserge-
1180 stellt werden. Gewinne aus Mietein-
1181 nahmen müssen wieder dem Zweck
1182 dienen, bezahlbaren Wohnraum zu
1183 schaffen.

1184
1185
1186
1187
1188
1189
1190
1191
1192
1193
1194
1195
1196
1197
1198
1199
1200
1201
1202
1203
1204
1205
1206
1207
1208
1209
1210
1211
1212
1213
1214
1215
1216
1217
1218
1219
1220
1221

- Bundesratsinitiative: Mieten de-
ckeln – in Regionen mit angespann-
tem Wohnungsmarkt fordern wir ei-
nen Mietendeckel. Bestehende Mie-
ten sollen für sechs Jahre eingefro-
ren werden.
- Sozialen Wohnungsbau massiv aus-
bauen. Das Land muss wieder
selbst bauen und fördern. Wir set-
zen uns für den Neubau von min-
destens 65.000 Wohnungen pro
Jahr ein – davon 10.000 als geför-
derte Sozialwohnungen.
- Leerstand und Spekulation been-
den. Wohnungen dürfen nicht leer
stehen, während Menschen keine
finden. Wir fordern eine landesweite
Meldepflicht für Leerstand und
Sanktionen gegen spekulative
Nichtvermietung.
- Öffentliche Flächen behalten – Erb-
pacht statt Ausverkauf. Grundstü-
cke und Gebäude im öffentlichen Ei-
gentum dürfen nicht verkauft wer-
den. Neue Bauprojekte sollen im
Erbbaurecht vergeben werden – be-
zahlbar, planbar und dauerhaft so-
zial.
- Wohnungslosigkeit verhindern. Je-
der Mensch hat ein Recht auf ein
Zuhause. Wir wollen landesweit
mehr Wohnprojekte und Notunter-
künfte schaffen. Zwangsräumungen
aus rein finanziellen Gründen lehnen
wir ab. Niemand darf auf der Straße
landen, weil er seine Miete nicht
mehr zahlen kann.
- Wohnungen statt Kasernen!

1222 **3.3. Frauen stärken – Gleiche Chancen in** 1223 **Baden-Württemberg**

1224 Wir sehen uns in der Tradition der emanzi-
1225 patorischen Frauenbewegung, deren Ziel
1226 eine Gesellschaft freier und gleichberechtig-
1227 ter Menschen ist. Gleichstellung von Frauen
1228 und Männern ist verfassungsrechtlich ver-
1229 ankert und Ausdruck demokratischer Ver-
1230 antwortung.

1231 Frauen tragen in Baden-Württemberg in al-
1232 len Bereichen Verantwortung – in Industrie,
1233 Forschung, Handwerk, Dienstleistungen,
1234 Pflege, Bildung und Wissenschaft. Sie hal-
1235 ten unsere Gesellschaft am Laufen, verdie-
1236 nen aber im Durchschnitt 18 Prozent weni-
1237 ger als Männer. Fast die Hälfte aller erwerb-
1238 stätigen Frauen arbeitet in Teilzeit (bei Män-
1239 nern nur rund zwölf Prozent). Diese Unter-
1240 schiede bilden eine Einkommenslücke, die
1241 sich später in einer Rentenlücke fortsetzt:
1242 Frauen verfügen im Alter über bis zu fünfzig
1243 Prozent niedrigere Rentenansprüche. Rund
1244 zwei Drittel aller Menschen, die von Alters-
1245 armut betroffen sind, sind Frauen.

1246 Hinzu kommt: Frauen leisten den größeren
1247 Teil unbezahlter Sorgearbeit – Kinderbetreu-
1248 ung, Pflege von Angehörigen und Haus-
1249 haltsarbeit. Frauen bringen täglich durch-
1250 schnittlich über 40 Prozent mehr Zeit für un-
1251 bezahlte Sorgearbeit auf als Männer. Die
1252 Einkommenslücke, die ungleiche Verteilung
1253 von Sorgearbeit und die Rentenlücke hän-
1254 gen unmittelbar zusammen: Wer mehr Sor-
1255 gearbeit trägt, verdient weniger und hat im
1256 Alter geringere Absicherung. Eine gerechte
1257 Aufteilung der Sorgearbeit ist Vorausset-
1258 zung echter Gleichstellung – sie schafft Zeit,
1259 wirtschaftliche Unabhängigkeit und gesell-
1260 schaftliche Teilhabe.

1261 Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe.
1262 In allen Politikfeldern müssen Maßnahmen
1263 daraufhin geprüft werden, ob sie Selbstbe-
1264 stimmung, Teilhabe und Chancengleichheit
1265 von Frauen fördern oder behindern.

1266 Statt endloser Debatten über Genderfragen
1267 setzen wir auf eine Politik, die sich an realen
1268 Lebenslagen orientiert. Uns geht es nicht
1269 um Symbolik, sondern um spürbare Verbes-
1270 serungen: Gute Gesundheitsversorgung,
1271 wirksamen Gewaltschutz, faire berufliche
1272 Chancen und soziale Sicherheit. Gleichstel-
1273 lung braucht keine Ideologie, sondern prak-
1274 tische Lösungen.

1275 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der
1276 Schlüssel zur Gleichstellung. Eltern stehen
1277 jedes Jahr vor einer einfachen Rechnung: 67
1278 schulfreie Tage der Kinder stehen 20 bis 30

1279 Urlaubstagen gegenüber. Diese Lücke lässt
1280 sich nur schließen, wenn das Land verlässli-
1281 che Ferien- und Ganztagsbetreuung finan-
1282 ziert und die Kommunen sie vor Ort umset-
1283 zen. Es muss klar sein: Wer Frauen stärken
1284 will, muss Kitaplätze schaffen! 430.000 Kita-
1285 plätze und 100.000 Erzieherinnen und Erzie-
1286 her fehlen in Deutschland. Das führt dazu,
1287 dass Mütter ungewollt in Teilzeit festhängen
1288 oder nicht in ihren Beruf zurückkehren kön-
1289 nen. Kitas müssen flächendeckend ausge-
1290 baut und perspektivisch gebührenfrei wer-
1291 den. Wir müssen dafür sorgen, dass jedes
1292 Kind einen Kitaplatz hat. Der Ausbau von
1293 Kinderbetreuung – einschließlich Ganztags-
1294 schulen und Hortangeboten – ist nicht nur
1295 Familien-, sondern auch Gleichstellungspo-
1296 litik und damit wirksame Altersarmutsprä-
1297 vention.

1298 Männer sollen stärker in Familien- und Pfl-
1299 geaufgaben einbezogen werden – durch ge-
1300 zielte Elternzeitkampagnen, Vorbilder im öf-
1301 fentlichen Dienst und eine neue gesell-
1302 schaftliche Anerkennung von Sorgearbeit.
1303 Führungskräfte sollen für eine gleichstel-
1304 lungsorientierte Personalpolitik qualifiziert
1305 werden.

1306 Wir bekämpfen Gewalt gegen Frauen mit
1307 klarer Verantwortung des Landes Baden-
1308 Württemberg. Frauenhäuser, Beratungsstel-
1309 len und Schutzwohnungen brauchen dauer-
1310 hafte, auskömmliche Finanzierung – Schutz
1311 darf nicht vom Wohnort oder von den finan-
1312 ziellen Ressourcen abhängen. In Baden-
1313 Württemberg fehlen rund 3.800 Frauenhaus-
1314 plätze – ein eklatanter Mangel, der zeigt, wie
1315 groß der Handlungsbedarf ist. Kein Schutz-
1316 raum darf an Kapazitätsgrenzen scheitern.

1317 Das neue Gewalthilfegesetz verpflichtet die
1318 Länder, ein flächendeckendes und qualitativ
1319 abgesichertes System aus Schutzunterkün-
1320 ften, Fachberatungsstellen und Notfallver-
1321 sorgung zu schaffen und dauerhaft zu finan-
1322 zieren. Für Baden-Württemberg heißt das:
1323 Zuständigkeiten klären, Landesmittel ver-
1324 stetigen und verbindliche Qualitätsstan-
1325 dards festschreiben. Der Schutz vor Gewalt

1326 ist staatliche Kernaufgabe – keine freiwillige
1327 Leistung einzelner Kommunen.

1328 Gewaltambulanzen sind langfristig abzusichern und landesweit auszubauen, auch mit
1329 telemedizinischen Angeboten. Femizide
1330 müssen systematisch erfasst werden. Das
1331 Landeskriminalamt soll ein eigenes Monitoring aufbauen, um Prävention und Strafverfolgung zu verbessern. Baden-Württemberg
1332 ist zur Umsetzung der Istanbul-Konvention
1333 verpflichtet und muss einen verbindlichen
1334 Landesaktionsplan mit klaren Zuständigkeiten, regelmäßiger Berichterstattung und Beteiligung der Zivilgesellschaft verabschieden.
1340 den.

1341 Wir treten jeder Form von antifeministischer,
1342 rechtsextremer oder religiös-fundamentalistischer Ideologie entgegen, die Frauenrechte und Gleichstellung in Frage stellt.
1343 Gleichstellung ist ein demokratisches und
1344 menschenrechtliches Anliegen, das verteidigt und weiterentwickelt werden muss.
1347

1348 Wir stehen für das Recht auf reproduktive
1349 Selbstbestimmung. Die Versorgungslage
1350 beim Schwangerschaftsabbruch ist in Baden-Württemberg unzureichend. Viele Kliniken – auch Universitätskliniken – verweigern
1351 den Eingriff. Wir wollen Anreize für Kliniken
1352 schaffen, sich an der medizinischen Versorgung zu beteiligen.
1355

1356 Gesundheitsversorgung ist Teil öffentlicher
1357 Daseinsvorsorge und gehört in öffentliche
1358 Verantwortung. Die zunehmende Ökonomisierung des Gesundheitswesens gefährdet
1359 insbesondere die medizinische Versorgung
1360 von Frauen – etwa durch die Schließung von
1361 Geburtshilfestationen und gynäkologischen
1362 Abteilungen im ländlichen Raum. Gleichstellungspolitik muss deshalb den verlässlichen
1363 Zugang zu Gesundheitsversorgung sichern
1364 – unabhängig von Wohnort und Einkommen.
1366

1367 Wir wollen Pflege gerecht gestalten. Frauen
1368 tragen den Hauptteil der familiären Pflegearbeit. Pflege ist Teil der Sorgearbeit – und ihre
1369 ungleiche Verteilung vertieft soziale Ungleichheit. Das Land muss Pflegestützpunkte ausbauen, kommunale Kurzzeit- und
1370 Tagespflegeangebote sichern und
1371

1374 pflegende Angehörige gezielt unterstützen.
1375 Landesprogramme sollen Zuschüsse, Rentenboni und Entlastungsangebote fördern,
1376 damit Pflegearbeit nicht zur Armutsfalle
1377 wird.
1378

1379 Wir wehren uns entschieden gegen die Bestrebungen im Bundesland Baden-Württemberg und anderen Bundesländern, die
1380 verpflichtende Bestellung kommunaler Gleichstellungsbeauftragter abzuschaffen.
1381 Gleichstellungsarbeit ist kein bürokratischer Luxus, sondern ein Verfassungsauftrag. Ihre
1382 Abschaffung wäre ein fatales Signal – auch
1383 für Gleichstellungsakteure in öffentlichen
1384 Einrichtungen und Unternehmen. Sparprogramme dürfen nicht auf Kosten der Gleichstellung gehen.
1390

1391 **Unsere Ziele:**

- 1392 • Maßnahmen in allen Politikfeldern
1393 müssen daraufhin geprüft werden,
1394 ob sie die Selbstbestimmung, Teilhabe und Chancengleichheit von
1395 Frauen fördern oder behindern.
- 1396 • Führungskräfte sollen für eine
1397 gleichstellungsorientierte Personalpolitik qualifiziert werden.
- 1398 • Das Land muss für verlässliche Ferien- und Ganztagsbetreuung sorgen.
1400
- 1401 • Kitas, Ganztagsschulen und bedarfsgerechte Hortangebote sollen
1402 flächendeckend ausgebaut und perspektivisch gebührenfrei werden.
- 1403 • Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen brauchen eine
1404 dauerhafte, auskömmliche Finanzierung durch das Land Baden-Württemberg.
- 1405 • Flächendeckendes und qualitativ und finanziell abgesichertes System
1406 aus Schutzunterkünften, Fachberatungsstellen und Notfallversorgung.
- 1407 • Gewaltambulanzen sind langfristig
1408 abzusichern und landesweit auszubauen.
- 1409 • Femizide müssen systematisch erfasst werden;
1410 das

- 1421 Landeskriminalamt soll ein eigenes
1422 Monitoring aufbauen.
- 1423 • Verabschiedung eines verbindlichen
1424 Landesaktionsplans zur Umsetzung
1425 der Istanbul-Konvention.
 - 1426 • Das Land muss Pflegestützpunkte
1427 ausbauen, kommunale Kurzzeit-
1428 und Tagespflegeangebote sichern
1429 und pflegende Angehörige gezielt
1430 unterstützen.
 - 1431 • Landesprogramme sollen Zu-
1432 schüsse, Rentenboni und Entlas-
1433 tungsangebote fördern, damit Pfl-
1434 gearbeit nicht zur Armutsfalle wird.
 - 1435 • Keine Abschaffung der verpflichten-
1436 den Bestellung kommunaler Gleich-
1437 stellungsbeauftragter.

1438 3.4. Offene und vielfältige Kultur

1439 Kultur ist die geistige Grundlage für ein ge-
1440 lingendes und erfülltes Leben, für Freiheit
1441 und eine demokratische Gesellschaft. Kultur
1442 hat auch in Baden-Württemberg Verfas-
1443 sungsrang. Wir stehen für den Erhalt der kul-
1444 turellen Vielfalt im Land und das Recht auf
1445 barriere- und voraussetzungsfreien Zugang
1446 zu Kulturangeboten für alle, zu allen Genres
1447 und in allen Lebensräumen. Der Kulturbef-
1448 griff muss weitergefasst werden. Kunst ist
1449 ein wichtiges Mittel für die Entwicklung so-
1450 zialer Kompetenzen sowie zur gesellschaft-
1451 lichen Teilhabe.

1452 Wir setzen uns ein für den Erlass eines Kul-
1453 turfördergesetzes. Dabei können die positi-
1454 ven Erfahrungen aus Brandenburg, Sachsen
1455 und anderen Ländern genutzt werden. Ein
1456 solches Gesetz würde die Wertschätzung
1457 gegenüber Künstlerinnen und Künstlern
1458 zum Ausdruck bringen, die UNESCO-Kon-
1459 vention zum Schutz und zur Pflege der kul-
1460 turellen Vielfalt stärken und eine Vielzahl be-
1461 stehender Programme und Förderstrukturen
1462 systematisieren.

1463 Ein zentraler Bestandteil soll die Ausweitung
1464 und Verstetigung der institutionellen Förde-
1465 rung gerade kleiner Einrichtungen im ländli-
1466 chen Raum sein. Auch drittmittelfinanzierte
1467 Projekte müssen abgesichert werden. Be-
1468 stehende Förderlücken – etwa zwischen

1469 institutioneller und projektbezogener Förde-
1470 rung – wollen wir schließen. Die freie Szene
1471 verdient bessere Planbarkeit und langfristige
1472 Strukturen, etwa durch Kulturstiftungen
1473 oder ähnliche Modelle.

1474 Baden-Württemberg verfügt über eine viel-
1475 fältige Theater- und Orchesterlandschaft –
1476 vom Staatstheater Stuttgart bis zu regiona-
1477 len Bühnen. Diese kulturellen Leuchttürme
1478 müssen dauerhaft erhalten bleiben. Die Fi-
1479 nanzierung muss verlässlich, dynamisiert
1480 und bestandsichernd ausgestaltet werden.

1481 Auch die Musik- und Kunstschulen im Land
1482 verdienen eine verbesserte Unterstützung.
1483 Wir fordern eine soziale Zugangskompo-
1484 nente sowie eine tarifanaloge und landes-
1485 einheitliche Absicherung freier Lehrkräfte.
1486 Die Volkshochschulen, Museen, Gedenk-
1487 stätten, Bibliotheken, Galerien und Kinos
1488 bilden das Rückgrat der kulturellen Grund-
1489 versorgung und sollen strukturell gestärkt
1490 und von konjunkturellen Schwankungen un-
1491 abhängig gemacht werden.

1492 Soziokulturelle Einrichtungen erfüllen eine
1493 zentrale Funktion für den gesellschaftlichen
1494 Zusammenhalt, insbesondere im ländlichen
1495 Raum. Sie müssen verlässlich finanziert und
1496 weiterentwickelt werden. Auch die lokale
1497 kulturelle Infrastruktur wie Fasnet-Vereine,
1498 Chöre oder Heimatmuseen gehört zur kultu-
1499 rellen Vielfalt des Landes. Deren Wertschät-
1500 zung und Förderung sind uns ein Anliegen.

1501 Die frühe kulturelle Bildung ist entscheidend.
1502 Der regelmäßige Kontakt von Kindern und
1503 Jugendlichen mit Theater, Musik, Kunst und
1504 Literatur soll gewährleistet sein – sowohl im
1505 Schulunterricht als auch durch gezielte Ko-
1506 operationen mit Kultureinrichtungen. Ein-
1507 trittsfreier Zugang zu Museen und Bibliothe-
1508 ken für Schülerinnen, Schüler, Auszubil-
1509 dende und Studierende ist dabei ein wichti-
1510 ges Ziel. Die strukturelle Benachteiligung
1511 ländlicher Räume muss auch hier abgebaut
1512 werden, etwa durch die Förderung von An-
1513 reisen zu kulturellen Veranstaltungen.

1514 Projektförderungen müssen diskriminie-
1515 rungsfrei und ohne politische Bekenntnis-
1516 zwänge erfolgen. Der Zugang zu

1517 öffentlichen Fördermitteln darf nicht von ide-
1518 ologischen Loyalitätsbekundungen abhän-
1519 gig gemacht werden. Antragstellende müs-
1520 sen durch Vorfinanzierungen, Planungssi-
1521 cherheit und den Abbau bürokratischer Hür-
1522 den unterstützt werden.

1523 Architektur ist der sichtbare Ausdruck unse-
1524 rer Kultur und Geschichte. Sie prägt das Ge-
1525 sicht unserer Städte und stiftet Identität. Wo
1526 Menschen auf ästhetische und anspre-
1527 chende Architektur treffen, steigert sich
1528 auch das Wohlbefinden und die Aufenthalts-
1529 qualität. Unsere historischen Innenstädte
1530 sind dabei ein unschätzbares Erbe und Aus-
1531 druck von Handwerkskunst, zu dessen kon-
1532 sequenten Pflege, zum Erhalt und zur behut-
1533 samen Rekonstruktion wir uns bekennen.
1534 Wir stellen uns gegen die fortschreitende
1535 Verödung unserer Städte durch gesichtslose
1536 Betonwüsten und monotone Zweckbauten.

1537 Dialekte sind ein essenzieller Bestandteil un-
1538 serer Kultur und regionalen Identität. Für
1539 viele Menschen in Baden-Württemberg ist
1540 der eigene Dialekt unmittelbar mit dem Ge-
1541 fühl von Heimat verbunden. Doch egal ob
1542 Alemannisch, Schwäbisch, Kurpfälzisch
1543 oder Hohenlohisch - die verschiedenen Dia-
1544 lekte unseres Landes geraten im Zuge der
1545 Globalisierung und dem Aufstieg von Mas-
1546 senmedien und weltweiter Mobilität zuneh-
1547 mend unter Druck.

1548 Wir bekennen uns zum Schutz und Erhalt
1549 dieser gelebten Kultur und wollen mehr Be-
1550 wusstsein für unseren sprachlichen Reich-
1551 tum schaffen.

1552 **Unsere Ziele:**

- 1553 • Einführung eines Kulturförderungsgeset-
1554 zes zur nachhaltigen Sicherung kul-
1555 tureller Vielfalt in Baden-Württem-
1556 berg, insbesondere durch stärkere
1557 institutionelle Förderung kleiner Ein-
1558 richtungen und der Soziokultur.
- 1559 • Museen und Bibliotheken sollen für
1560 alle Schüler, Auszubildenden und
1561 Studierenden im Land eintrittsfrei
1562 zugänglich sein.

1563
1564
1565
1566
1567
1568
1569
1570
1571
1572
1573
1574
1575
1576
1577
1578
1579
1580
1581
1582
1583
1584
1585
1586
1587
1588
1589
1590
1591
1592
1593
1594
1595
1596
1597

1598
1599

- Die Förderung von Kunst und Kultur soll Pflichtaufgabe der Kommunen werden – mit verlässlichen Strukturen für die Freie Szene und gezielten Unterstützungsmaßnahmen für Kulturschaffende.
- Kulturelle Bildung stärken: durch mehr Musikunterricht, darstellendes Spiel sowie strukturell abgesicherte Kooperationen von Theatern, Orchestern und Museen mit Schulen – auch im ländlichen Raum.
- Projektförderung muss diskriminierungsfrei und ohne ideologische Auflagen erfolgen. Förderbedingungen sollen existenzsichernde Honorare ermöglichen und bürokratiearm gestaltet sein.
- Erhalt und Weiterentwicklung des Baden-Württembergischen Dialektpreises.
- Gezielte Förderung von Dialektbotschaftern (Kulturschaffende, Influencer) durch ein Mikroförderprogramm unter fachlicher Begleitung der Sprachwissenschaft.
- Landesförderung für historische Ortskerne: Gezielte Unterstützung der Kommunen bei Sanierung, Pflege und Rekonstruktion.
- Ästhetik statt Monotonie: Anpassung der Landesbauordnung, um gesichtslose Investorenarchitektur zu verhindern und Gestaltungsbeiräte zu stärken.

1600 **4. Bildungskrise überwinden: Kurswech-** 1601 **sel für Baden-Württembergs Schulen!**

1602 Lesen, Schreiben und Rechnen sind die
1603 Grundlagen jeder schulischen Bildung.
1604 Doch immer mehr Kinder in Baden-Würt-
1605 temberg verlassen die Grundschule ohne si-
1606 chere Beherrschung dieser Kernkompeten-
1607 zen. Laut bundesweiten Vergleichsstudien
1608 verfehlt inzwischen fast jedes fünfte Kind im
1609 Land die Mindeststandards im Lesen und
1610 sogar ein Viertel im Rechnen. Besonders be-
1611 troffen sind Kinder aus bildungsfernen
1612 Haushalten. Das Bildungssystem steckt im
1613 Land in einer tiefen Personal- und Struktur-
1614 krise – und das von der Kita bis zur Hoch-
1615 schule. In Kitas fehlen zehntausende Be-
1616 treuungsplätze und die Wartelisten werden
1617 länger. Erzieher werden unterbezahlt, Aus-
1618 bildungsplätze reichen nicht aus, und die
1619 Personalschlüssel sind vielerorts so
1620 schlecht, dass Bildungsarbeit kaum noch
1621 möglich ist. An den Schulen arbeiten Lehr-
1622 kräfte am Limit – mit ständig wachsenden
1623 Klassen, Überstunden ohne Ende und stei-
1624 genden Burnout-Zahlen. Der Lehrkräftemangel führt zu Unterrichtsausfall, fach-
1625 fremdem Einsatz und wachsender Belas-
1626 tung für das verbliebene Personal. Beson-
1627 ders skandalös: Baden-Württemberg ist
1628 bundesweiter Spitzenreiter bei der Sommer-
1629 ferienarbeitslosigkeit. Jedes Jahr werden
1630 rund 4.000 Referendare sechs Wochen lang
1631 ohne Bezahlung nach Hause geschickt –
1632 ohne die Erlaubnis, ihren neuen Arbeitsplatz
1633 zur Vorbereitung zu betreten. Während im
1634 Nachbarland Bayern die Sommerferien zum
1635 Vorbereitungsdienst gehören und Grund-
1636 schullehrkräfte dort bald rund 500 Euro
1637 mehr verdienen, spart Baden-Württemberg
1638 an seinen eigenen Nachwuchskräften. Die
1639 Landesregierung weigert sich, die rund 15
1640 Millionen Euro für eine faire Bezahlung be-
1641 reitzustellen – obwohl zuvor jahrelang durch
1642 1.440 „vergessene“ Lehrerstellen etwa 125
1643 Millionen Euro jährlich auf dem Rücken der
1644 Schulen und Kinder eingespart wurden. Das
1645 ist bildungspolitischer Kahlschlag.

1647 Auch die Hochschulen des Landes leiden
1648 unter chronischer Unterfinanzierung, büro-
1649 kratischen Fesseln und falschen Anreizen.

1650 Hochschulen für angewandte Wissenschaft-
1651 ten und Pädagogische Hochschulen werden
1652 gegenüber den Universitäten strukturell be-
1653 nachteiligt, während studentischer Wohn-
1654 raum unbezahlbar wird. In Städten wie
1655 Stuttgart, Freiburg oder Heidelberg liegen
1656 die Mieten für ein WG-Zimmer bei 500 Euro
1657 und mehr – für viele Studierende unbezahl-
1658 bar. Wer kein wohlhabendes Elternhaus hat,
1659 muss umfangreich nebenher arbeiten, oft
1660 auf Kosten des Studienerfolgs. Wissen-
1661 schaftlicher Nachwuchs wird mit Kettenver-
1662 trägen, Teilzeit und fehlender Tarifbindung
1663 abgespeist. Das darf so nicht bleiben.

1664 Diese Zustände sind politisch gemacht. Wer
1665 die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems
1666 sichern will, muss früh ansetzen – in der Kita,
1667 in der Schule und an der Hochschule. Ba-
1668 den-Württemberg braucht einen Kurswech-
1669 sel hin zu mehr Personal, besserer Ausstat-
1670 tung, fairen Arbeits- und Studienbedingun-
1671 gen, bezahlbarem Wohnraum und einer kon-
1672 sequenten Konzentration auf pädagogische
1673 Qualität statt ideologisch getriebener Re-
1674 formexperimente.

1675 **4.1. Baustelle Schule: Personalnotstand** 1676 **und Reformstau beheben**

1677 In Baden-Württemberg sind die strukturellen
1678 Voraussetzungen für guten Unterricht seit
1679 Jahren unzureichend. Die Heterogenität der
1680 Lern- und Leistungsvoraussetzungen in al-
1681 len Schularten nimmt zu. Die notwendige
1682 und didaktisch geforderte Individualisierung
1683 von Lernangeboten stellt sowohl in der Vor-
1684 und Nachbereitung als auch in der Beglei-
1685 tung von Lernprozessen höhere Ansprüche
1686 an die Lehrkräfte. Der schulische Alltag wird
1687 oft mitgeprägt von Kindern und Jugendli-
1688 chen, die sich nicht konzentrieren können,
1689 keine Lust auf Lernen haben und allgemein
1690 den Ablauf des Unterrichts stören. Häufig
1691 genannt werden Phänomene wie ADHS, op-
1692 positionelles Verhalten, Aggression, aber
1693 auch Rückzug, Verstimmtheit und hohe
1694 Sensibilität. Dies macht das Unterrichten
1695 belastender – auch deshalb, weil Hilfs-, Un-
1696 terstützungs- und Beratungssysteme feh-
1697 len, die Schüler, Lehrer und Eltern in diesen
1698 Fällen benötigen würden.

1699 Die steigende Zahl von Kindern mit nicht-
1700 deutscher Herkunftssprache stellt das Bil-
1701 dungssystem vor zusätzliche erhebliche
1702 Herausforderungen. Viele dieser Kinder
1703 kommen bisher ohne ausreichende
1704 Deutschkenntnisse in die Grundschule. Die
1705 Folge sind Lernrückstände, die sich über die
1706 gesamte Schullaufbahn ziehen. Abhilfe sol-
1707 len die verpflichtenden „Juniorklassen“ für
1708 Kinder mit festgestelltem Sprachförderbe-
1709 darf ab Schuljahr 2026/27 schaffen.
1710 2026/2027 sollen zunächst 274 Grundschul-
1711 förderklassen in das neue Konzept überführt
1712 werden.

1713 Gleichzeitig steigt der Anteil von Schülerin-
1714 nen und Schülern mit sonderpädagogi-
1715 schem Förderbedarf, insbesondere im Be-
1716 reich der sozial-emotionalen Entwicklung.
1717 Inklusion wird in der Praxis oft unzureichend
1718 umgesetzt, weil die personelle und materi-
1719 elle Ausstattung fehlt: Sonderpädagoginnen
1720 und -pädagogen sind zu knapp, die Klassen
1721 zu groß. Zweitkräfte im Unterricht und
1722 Schulbegleiter sind kaum vorhanden. Lehr-
1723 kräfte müssen die sonderpädagogische Be-
1724 treuung zusätzlich zu ihrem regulären Unter-
1725 richt leisten. Dies führt zur Überlastung der
1726 Lehrkräfte und wird den Bedürfnissen aller
1727 Kinder der Klasse nicht gerecht.

1728 Ohne eine grundlegende Stärkung der per-
1729 sonellen, materiellen und räumlichen Res-
1730 sourcen droht Baden-Württemberg, bei der
1731 Unterrichtsqualität weiter zurückzufallen –
1732 mit gravierenden Folgen für die Bildungs-
1733 chancen aller Kinder und Jugendlichen im
1734 Land.

1735 Lehrkräfte werden zunehmend mit zusätzli-
1736 chen Aufgaben belastet. Ein Teil der zusätz-
1737 lichen Belastung entsteht durch fehlendes
1738 unterstützendes Personal. Pädagogische
1739 Assistenten, Förderlehrkräfte (wie sie an
1740 bayrischen Schulen tätig sind), IT-Spezialis-
1741 ten, Schulsozialarbeiter oder Schulpsycho-
1742 logen sind in zu geringer Zahl vorhanden
1743 oder gar nicht an den Schulen tätig. Laut Er-
1744 hebungen der Gewerkschaft Erziehung und
1745 Wissenschaft (GEW) verbringen Lehrkräfte
1746 inzwischen einen immer geringeren Teil ihrer
1747 Arbeitszeit tatsächlich mit Unterrichten.

1748 Notwendig wäre eine Senkung der Unter-
1749 richtsverpflichtung für alle Lehrkräfte um
1750 eine bis zwei Unterrichtsstunden.

1751 Das Bundesarbeitsgericht hat die Pflicht zur
1752 Arbeitszeiterfassung unterstrichen. Wir un-
1753 terstützen die gewerkschaftliche Forderung,
1754 die Umsetzung datensparsam und manipu-
1755 lationssicher und unter Beteiligung der Per-
1756 sonalräte in die Wege zu leiten.

1757 Der Lehrkräftemangel ist eines der gravie-
1758 rendsten Probleme im baden-württembergi-
1759 schen Bildungssystem. Die Folge: immer
1760 mehr Unterricht wird von Quereinsteigern
1761 und fachfremdem Personal erteilt und ganze
1762 Fächer – insbesondere Musik, Kunst oder
1763 Technik – fallen über Wochen aus. Gleichzei-
1764 tig werden Jahr für Jahr immer noch Lehr-
1765 kräfte nur befristet eingestellt.

1766 Die Lehrkräfteausbildung und der Lehrerbe-
1767 ruf müssen attraktiver gestaltet werden. Die
1768 Senkung der Unterrichtsverpflichtung (De-
1769 putat) um ein bis zwei Unterrichtsstunden
1770 würde alle Referendare und Lehrkräfte ent-
1771 lasten und einen Ausgleich schaffen für die
1772 vielen Mehraufgaben der letzten Jahre.
1773 Denn die große Belastung im Beruf schreckt
1774 viele von vornherein ab. Viele Lehrkräfte be-
1775 wältigen das große Aufgabenpensum nur,
1776 indem sie eine Teilzeitbeschäftigung mit ent-
1777 sprechenden finanziellen Einbußen ausü-
1778 ben. Die Kürzungen bei den sog. „Poolstun-
1779 den“, bei der Altersermäßigung und bei den
1780 Anrechnungen für Zusatz Tätigkeiten müssen
1781 zurückgenommen werden. Darüber hinaus
1782 ist eine Aufstockung der Vertretungsreserve
1783 auf mindestens fünf Prozent des Grundbe-
1784 darfs notwendig. Zur Entlastung von Lehr-
1785 kräften und Schulleitungen fordern wir:
1786 Schulsekretariate sollen aufgewertet, ihre
1787 Aufgaben sollen ausgeweitet werden und
1788 sie sollen anteilig durch Kommunen und
1789 Land finanziert werden. Wir setzen uns für
1790 gute Arbeitsbedingungen, leistungsge-
1791 rechte Bezahlung für alle Lehrkräfte und die
1792 unbefristete Einstellung aller angestellten
1793 Lehrkräfte ein.

1794 Die Entwicklung der letzten Jahre im Bereich
1795 KI stellt die Schule vor neue

1796 Herausforderungen und eröffnet aber auch
1797 Chancen. Die Schulen der Sekundarstufen I
1798 und II müssen einen Umgang mit KI entwi-
1799 ckeln. Schüler nutzen dort bereits jetzt KI
1800 beispielsweise für Hausaufgaben, Präsenta-
1801 tionen usw. Hier sind neue Lern- und Beur-
1802 teilungsformen erforderlich. Auch Lehrkräfte
1803 verwenden KI bereits in verschiedenen
1804 Lern- und Unterrichtsarrangements. Der
1805 schulische Einsatz von künstlicher Intelli-
1806 genz muss in die Lehreraus- und -fortbil-
1807 dung integriert werden.

1808 Digitale Geräte wie Smartphones und Tab-
1809 lets dürfen nicht in den Mittelpunkt des Un-
1810 terrichts gerückt werden, denn sie sind nicht
1811 die Lösung der Bildungsprobleme, sondern
1812 nur weitere Werkzeuge und Hilfsmittel zu ei-
1813 ner modernen Bildung wie zuvor z. B. Ta-
1814 schenrechner oder Schüler-PCs. In der
1815 Grundschule beeinträchtigt der Einsatz von
1816 digitalen Geräten den Erwerb der grundle-
1817 genden Fähigkeiten. Deswegen lehnen wir
1818 ihren Einsatz dort ab.

1819 Das baden-württembergische Schulsystem
1820 muss unterschiedliche Begabungen gleich-
1821 ermaßen fördern. Werkrealschulen, Real-
1822 schulen und Gemeinschaftsschulen leisten
1823 hierbei einen unverzichtbaren Beitrag. Daher
1824 müssen sie gestärkt und aufgewertet wer-
1825 den. Sie bieten praxis- und berufsorientierte
1826 Bildungswege an. Diese sind für viele Kin-
1827 der, die nach dem Abschluss eine Berufs-
1828 ausbildung anstreben, besser geeignet als
1829 das Gymnasium. Längeres gemeinsames
1830 Lernen ist unser Ziel.

1831 Wir begrüßen die flächendeckende Rück-
1832 kehr zum neunjährigen Gymnasium (G9). Die
1833 allgemeinbildenden Gymnasien leiden unter
1834 den hohen Übergangsquoten und der ent-
1835 sprechend großen Heterogenität der Lern-
1836 und Leistungsvoraussetzungen. Weil zu
1837 viele Eltern glauben, nur das Gymnasium si-
1838 chere den beruflichen Erfolg, überfordern sie
1839 ihre Kinder. Leistungsdruck, teure Nachhilfe-
1840 stunde und das Risiko des Scheiterns sind
1841 die Folgen. Wir setzen uns daher für klar de-
1842 finierte Zugangsvoraussetzungen ein und
1843 für eine stärkere Durchlässigkeit zwischen
1844 den Schularten, damit Bildungswege

1845 flexibler und individueller gestaltet werden
1846 können.

1847 Nur wenn Bildung an den Bedürfnissen und
1848 Fähigkeiten jedes einzelnen Kindes ausge-
1849 richtet ist, können Chancengleichheit und
1850 gesellschaftlicher Zusammenhalt gewähr-
1851 leistet werden. Jedes Kind in Baden-Würt-
1852 temberg verdient eine faire Perspektive auf
1853 erfolgreiche Bildung – unabhängig vom
1854 Geldbeutel der Eltern, der Herkunft oder den
1855 materiellen Möglichkeiten der Schule. Dies
1856 erfordert nicht nur ausreichende finanzielle
1857 Mittel, sondern vor allem politischen Willen
1858 und eine Rückbesinnung auf das Wesentli-
1859 che: pädagogische Qualität, Zeit für die in-
1860 dividuelle Förderung, soziales Lernen in Ge-
1861 meinschaften und die Konzentration auf den
1862 Bildungsauftrag

1863 Der Sanierungsstau an den Schulen im Land
1864 ist immens. Die Ausstattung vieler Schulen
1865 in Baden-Württemberg ist unzureichend:
1866 Marode Gebäude, undichte Dächer, veral-
1867 tete Heizungen, unzureichender Lärm- und
1868 Brandschutz, schlechte Raumakustik und
1869 marode Sanitäranlagen sind keine Einzel-
1870 fälle. Technische Geräte fehlen oder sind
1871 veraltet, und defekte Ausstattung wird oft
1872 erst nach langen bürokratischen Prozessen
1873 ersetzt. Auch die digitale Ausstattung ist oft
1874 mangelhaft – veraltete Endgeräte, instabile
1875 Netze und fehlende IT-Betreuung verhin-
1876 dern, dass digitale Unterrichtskonzepte ver-
1877 lässlich umgesetzt werden können. Die Ver-
1878 antwortung für den baulichen Unterhalt liegt
1879 bei Kommunen und Landkreisen, doch viele
1880 sind finanziell überlastet. Wir brauchen für
1881 unsere Schulen moderne, intakte und funk-
1882 tionale Räumlichkeiten sowie ein effizientes,
1883 personell gut ausgestattetes Verwaltungs-
1884 management, das schnelle Reparaturen und
1885 Investitionen ermöglicht. Besonders im
1886 ländlichen Raum drohen Schulschließun-
1887 gen, wenn Mindestschülerzahlen unter-
1888 schritten werden. Statt innovative Lösungen
1889 für den Erhalt kleiner Standorte zu entwi-
1890 ckeln, setzen Land und Kommunen häufig
1891 auf Zentralisierung. Für viele Kinder bedeu-
1892 tet das: deutlich längere Schulwege,

1893 weniger Freizeit und eine Einschränkung der
1894 sozialen Teilhabe.

1895 **Unsere Ziele:**

- 1896 • Die Unterrichts- und Umgangsspra-
1897 che an baden-württembergischen
1898 Schulen ist Deutsch. Ihre sichere
1899 Beherrschung ist die Grundvoraus-
1900 setzung für jeden Unterricht.
- 1901 • Keine Smartphones und Tablets im
1902 Unterricht bis zur 4. Klasse.
- 1903 • Alle Grundschüler sollen am Ende
1904 der 4. Klasse die Mindeststandards
1905 im Lesen, Schreiben und Rechnen
1906 sicher erreichen.
- 1907 • Flächendeckende und bedarfsge-
1908 rechte Entwicklung der verpflichten-
1909 den „Juniorklassen“ für Schüler mit
1910 festgestelltem Sprachförderbedarf.
- 1911 • Reduzierung der Klassengrößen
1912 (insbesondere an Schulen mit ho-
1913 hem Anteil an Kindern ohne deut-
1914 sche Muttersprache) – Sen-
1915 kung/Verbindlichkeit des Klas-
1916 senteilers.
- 1917 • Senkung der Unterrichtsverpflich-
1918 tung an allen Schularten um min-
1919 destens eine Unterrichtsstunde –
1920 Rücknahme der Kürzungen beim
1921 allgemeinen Entlastungskontingent
1922 und bei der Altersermäßigung.
- 1923 • Umsetzung der Arbeitszeiterfas-
1924 sung als Chance, die Arbeitsbelas-
1925 tung von Lehrkräften sichtbar zu
1926 machen.
- 1927 • Stärkung der Schulleitungen und
1928 Entlastung der Lehrkräfte durch
1929 besser ausgestattete Schulsekreta-
1930 riate und mehr Leitungszeit.
- 1931 • Erhalt der noch verbliebenen Werk-
1932 realschulen – Stärkung von Real-
1933 schulen und Gemeinschaftsschu-
1934 len.
- 1935 • Erhalt kleiner Schulstandorte im
1936 ländlichen Raum – keine Schließun-
1937 gen aufgrund starrer Mindestschü-
1938 llerzahlen.
- 1939 • Kein Wehrkundeunterricht, keine
1940 Werbung durch Jugendoffiziere.

1941 **4.2. Bei Kindern beginnen: Gleiche Start-** 1942 **chancen in Baden-Württembergs Kitas**

1943 Frühkindliche Betreuung und Bildung sind
1944 entscheidend für gleiche Startchancen und
1945 die gesunde Entwicklung aller Kinder. In Ba-
1946 den-Württemberg fehlen jedoch weiterhin
1947 viele Kita-Plätze, besonders im Krippen-
1948 und Ganztagsbereich. Auch werden seit
1949 Jahren zu wenig Erzieher ausgebildet. Dies
1950 verschärft den bestehenden Fachkräfte-
1951 mangel weiter. Dieser Mangel führt zu einge-
1952 schränkten Betreuungszeiten, langen War-
1953 telisten und zu einer wachsenden Belastung
1954 der Beschäftigten. Für die Entwicklung von
1955 Kindern ist die Erfahrung von sozialem Mit-
1956 einander elementar. Perspektivisch sollen
1957 Kitas gebührenfrei werden. Auf dem Weg
1958 dahin wollen wir das letzte Kita-Jahr vor der
1959 Einschulung verpflichtend und gebührenfrei
1960 machen. Frühkindliche Bildung ist eine ge-
1961 sellschaftliche Aufgabe und darf nicht vom
1962 Einkommen der Eltern abhängen.

1963 Trotz bundesweit vergleichsweise guter Be-
1964 treuungsschlüssel ist die Realität vor Ort von
1965 Engpässen geprägt: In vielen Einrichtungen
1966 fehlen qualifizierte Fachkräfte. Immer häufi-
1967 ger werden unqualifizierte Hilfskräfte einge-
1968 setzt, um überhaupt den Betrieb aufrecht-
1969 erhalten zu können. Während 2017 noch
1970 knapp 39 Prozent der Kitas im Land über ei-
1971 nen hohen Fachkräfteanteil verfügten, wa-
1972 ren es 2023 nur noch rund 26 Prozent. Ver-
1973 tretungs- und Qualifizierungszeiten werden
1974 in der Personalplanung vieler Träger kaum
1975 berücksichtigt. Dadurch nehmen Überlas-
1976 tung und hohe Fluktuation im Beruf zu.

1977 Eine grundlegende Reform des Kinderta-
1978 gesbetreuungsgesetzes ist überfällig. Sie
1979 muss dafür sorgen, dass die Ausbildungska-
1980 pazitäten für staatlich anerkannte Erzieher
1981 deutlich ausgebaut und der Mangel an Stu-
1982 dienplätzen in der Kindheitspädagogik be-
1983 hoben werden. Ausbildungsberufe im früh-
1984 kindlichen Bereich müssen durch gute Ar-
1985 beitsbedingungen, eine angemessene Be-
1986 zahlung und eine faire Vergütung für Auszu-
1987 bildende aufgewertet werden. Zudem
1988 braucht es wissenschaftlich fundierte

1989 Bildungskonzepte, die gemeinsam mit
1990 Fachverbänden erarbeitet und regelmäßig
1991 evaluiert werden. Um den gestiegenen pädagogischen Anforderungen des Berufsbildes der Erzieherin gerecht zu werden und
1994 die Attraktivität des Berufes nachhaltig zu steigern, gilt es, neue Perspektiven zu eröffnen. Der internationale Vergleich der Fachkräfte in der frühen Bildung hat gezeigt, dass
1998 die europäischen Nachbarn ihre Fachkräfte - anders als Deutschland - größtenteils akademisch ausbilden. Der Akademisierungsgrad in Kindertageseinrichtungen in
2002 Deutschland stagniert bei rund sechs Prozent.

2004 Durch die hohe Zahl nicht-deutschsprachiger Kinder besteht besonderer Handlungsbedarf bei der sprachlichen und sozialen Förderung von Kindern in Kitas und Ganztagsschulen. Die Gesundheitsämter im Land
2009 leisten mit der Einschulungsuntersuchung aller Vierjährigen einen wichtigen Beitrag, um bereits im Vorschulalter entsprechende Entwicklungsrisiken festzustellen. Gemeinsam mit den Jugendämtern tragen sie mit
2014 geeigneten Fördermaßnahmen dazu bei, die Entwicklungschancen aller Kinder sicherzustellen. Allerdings müssen die Ressourcen
2017 mit den wachsenden Anforderungen Schritt halten. Dies gilt besonders im Hinblick auf
2019 die geplante Ausweitung der Reihenuntersuchungen und auf die Einführung der verbindlichen „Juniorklassen“ ab Schuljahr
2022 2026/27. Diese sollen Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf als zusätzliches
2024 Jahr der Förderung auf den Bildungsgang der Grundschule vorbereiten.

2026 Die Landesregierung hat bislang noch keine schlüssigen Konzepte für die „Juniorklassen“ vorgelegt. Wir fordern dringend, dass
2029 die Beteiligten zusammen mit den Trägern und Fachverbänden ein Konzept erstellen, das flächendeckend und bedarfsgerecht allen Kindern einen guten Schulstart ermöglicht.

2034 Inklusion muss endlich flächendeckend umgesetzt werden. Dies erfordert den landesweiten Einsatz professioneller Inklusionsfachkräfte und eine ausreichende finanzielle

2038 und personelle Ausstattung aller Einrichtungen bei gleichzeitiger Erhaltung der sonderpädagogischen Angebote für
2041 schwer- und mehrfach behinderte Kinder.

2042 **Unsere Ziele:**

- 2043 • Ein warmes, gesundes und vollwertiges Mittagessen an Kindertagesstätten, Horten und Grundschulen muss für alle Kinder sichergestellt werden.
- 2048 • Gebührenfreie Kitas als langfristiges Ziel, um Bildungsgerechtigkeit zu fördern und Familien zu entlasten.
- 2051 • Ausbau der Ausbildungskapazitäten für staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher und Aufwertung des Berufsbildes.
- 2055 • Flächendeckende Umsetzung der Inklusion durch ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung.
- 2058 • Verpflichtende Sprachförderung für Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen vor Schuleintritt, verbunden mit einem vorbereitenden Vorschuljahr in Kooperation mit Bildungsträgern und Fachkräften.

2065 **4.3. Soziale Infrastruktur an Schulen sichern – für Chancengleichheit**

2067 In Baden-Württemberg ist die Schulsozialarbeit vielerorts weder flächendeckend noch langfristig abgesichert. Stellen sind häufig befristet, oft nur in Teilzeit und nicht selten an externe Träger ausgelagert. Dies führt zu einem Flickenteppich an Zuständigkeiten. Besonders kleinere Schulen und der ländliche Raum sind massiv unterversorgt – laut aktuellen Erhebungen verfügt etwa jede dritte Schule über keinerlei Schulsozialarbeit. Hinzu kommt, dass die Landesförderung seit Jahren nicht am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet ist: Für große Schulen reicht die Finanzierung oft nur für eine halbe Stelle. Geplante Kürzungen der Landesmittel würden den Betreuungsschlüssel weiter verschlechtern und gerade an sozialen Brennpunkten dramatische Folgen haben.

2085 Multiprofessionelle Teams - bestehend aus
2086 Schulsozialarbeit, psychologischem Dienst,
2087 Verwaltungspersonal, Inklusionsfachkräften
2088 und IT-Unterstützung - gibt es bislang viel zu
2089 wenig. Eine verbindliche Ausstattung jeder
2090 Schule mit einem multiprofessionellen
2091 Team, orientiert am Sozialindex, ist längst
2092 überfällig. Dabei muss auch der Einsatz von
2093 Schulgesundheitsfachkräften endlich zum
2094 Standard werden, wie dies in anderen Bun-
2095 desländern längst etabliert ist.

2096 Brennpunktschulen erhalten zudem zu we-
2097 nig gezielte Unterstützung. Familienzentren,
2098 die in belasteten Stadtteilen soziale Arbeit
2099 und Elternberatung mit dem Schulalltag ver-
2100 binden könnten, sind kaum vorhanden.
2101 Gleichzeitig ist die Zahl der Plätze im Freiwil-
2102 ligen Sozialen Jahr an Schulen so gering,
2103 dass der wachsende Unterstützungsbedarf
2104 nicht annähernd gedeckt werden kann. Not-
2105 wendig ist eine deutliche Ausweitung dieser
2106 Angebote und eine dauerhafte Entlastung
2107 der Lehrkräfte, damit sie sich wieder auf ihre
2108 pädagogischen Kernaufgaben konzentrie-
2109 ren können, anstatt die Lücken eines unter-
2110 finanzierten Systems notdürftig zu füllen.

2111 Ganztagschule ist keine Aufbewahrung am
2112 Nachmittag. Es bedarf des weiteren Aus-
2113 baus pädagogisch hochwertiger Angebote
2114 für die Ganztagsbetreuung von Schulkin-
2115 dern mit qualifiziertem Personal nach den
2116 bewährten Standards der Schülerhorte. Alle
2117 Kinder, die ab dem Schuljahr 2026/27 einge-
2118 schult werden, haben bundesweit einen
2119 Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in
2120 der Grundschule. Damit ist eine Reihe von
2121 Herausforderungen verbunden. Noch fehlt
2122 es auch in Baden-Württemberg an Plätzen,
2123 Räumen und Personal. Der derzeitige Aus-
2124 baustand des Ganztags ist in Baden-Würt-
2125 ttemberg auf niedrigem Niveau. Das Deut-
2126 sche Jugendinstitut prognostiziert, dass im
2127 Endausbau 2029/30 in Baden-Württemberg
2128 60.600 bis 87.000 zusätzliche Ganztags-
2129 plätze nötig sein werden. Es ist zu befürch-
2130 ten, dass angesichts des hohen Ganztags-
2131 platzbedarfs unverbindliche, sparsame Lö-
2132 sungen gesucht werden und die Qualität der
2133 Bildung, Erziehung und Betreuung auf der

2134 Strecke bleibt. Das Wohl der Kinder und die
2135 guten Arbeitsbedingungen der Beschäftig-
2136 ten, ein guter Ganzttag eben, müssen aber
2137 zentrale Anliegen bei der Umsetzung des
2138 Rechtsanspruchs sein.

2139 **Unsere Ziele:**

- 2140 • Flächendeckender, personell, räum-
2141 lich und finanziell verlässlich ausge-
2142 statteter Ausbau von Ganztags-
2143 schulen.
- 2144 • Ausbau der Schulsozialarbeit – min-
2145 destens ein Schulsozialarbeiter pro
2146 300 Schüler.
- 2147 • Mehr Sonderpädagogen, Assistenz-
2148 kräfte und Therapeuten zur Unter-
2149 stützung inklusiver Beschulung.
- 2150 • Erhalt und gezielte Förderung von
2151 Förderschulen für Kinder, die ein
2152 spezialisiertes Lernumfeld benöti-
2153 gen.
- 2154 • Größere finanzielle Unterstützung
2155 der Kommunen und Landkreise bei
2156 Bau-, Umbau-, Sanierungs- und In-
2157 vestitionsprogrammen für Schulge-
2158 bäude.
- 2159 • Stabile digitale Infrastruktur mit ak-
2160 tueller Hardware und dauerhafter IT-
2161 Betreuung durch externe Dienstleis-
2162 ter an allen Schulen.

2163

2164 **5. Freie Wissenschaft, starke Hochschu-**
2165 **len, faire Studienbedingungen**

2166 Baden-Württemberg verfügt über eine
2167 dichte Hochschullandschaft mit Universitä-
2168 ten, Hochschulen für Angewandte Wissen-
2169 schaften (HAW), Pädagogischen Hochschu-
2170 len (PH) und der Dualen Hochschule
2171 (DHBW). Wir setzen uns für deren Erhalt und
2172 Ausbau ein. Es wehrt sich gegen alle Ten-
2173 denzen zur Einschränkung der Freiheit von
2174 Forschung und Lehre und der akademi-
2175 schen Selbstbestimmung. Es unterstützt die
2176 Selbstverpflichtung von Hochschulen, For-
2177 schung und Lehre ausschließlich zu friedli-
2178 chen Zwecken und zum Nutzen der Men-
2179 schen zu betreiben und für Rüstungsfor-
2180 schung keine Ressourcen zur Verfügung zu
2181 stellen.

2182 **5.1. Hochschulen für Frieden und akade-**
2183 **mische Freiheit**

2184 In einem überarbeiteten Hochschulgesetz
2185 soll das Recht der Hochschulen auf den Be-
2186 schluss von Zivilklauseln festgeschrieben
2187 werden, welche die Nutzung universitärer
2188 Ressourcen zu militärischen Zwecken aus-
2189 schließen. Es ist staatlichen oder privaten
2190 Einrichtungen und insbesondere der minis-
2191 teriellen Bürokratie zu verbieten, For-
2192 schungsförderung in Hochschulen von poli-
2193 tischem Wohlergehen abhängig zu ma-
2194 chen.

2195 Die Einschränkung der Entscheidungsfrei-
2196 heit von Hochschulen durch externe Institu-
2197 tionen, privaten Akkreditierungsagenturen
2198 und von Akkreditierungsräten ist zurückzu-
2199 drängen.

2200 Wir unterstützen die europäischen Koopera-
2201 tionsprojekte und die Möglichkeiten interna-
2202 tionaler Zusammenarbeit innerhalb der Eu-
2203 ropäischen Union. Wir unterstützen den in-
2204 ternationalen studentischen Austausch im
2205 Rahmen von Erasmus-Projekten und wollen
2206 die Möglichkeiten des Austausches von
2207 Gastwissenschaftlern ausbauen. Wir sehen
2208 die internationale wissenschaftliche Koope-
2209 ration auch als Möglichkeit, gegenseitiges
2210 Verständnis zu stärken und für die Sicherung
2211 des Friedens zu arbeiten. Dies kann nicht

2212 auf die Europäische Union beschränkt blei-
2213 ben, sondern muss alle Länder einbeziehen.
2214 Baden-Württemberg darf keinesfalls dem
2215 Beispiel der bayerischen Landesregierung
2216 folgen und chinesische Wissenschaftler,
2217 Doktoranden und Studenten ablehnen,
2218 wenn ihre Stipendien staatlich finanziert
2219 werden. Die Diskriminierung von Studenten,
2220 Doktoranden und Professoren aufgrund ih-
2221 rer staatlichen und nationalen Herkunft ist
2222 nicht akzeptabel.

2223 Wir wollen den Ausbau von Grundfinanzie-
2224 rung statt Programmforschung! Baden-
2225 Württemberg ist unter den Bundesländern
2226 besonders erfolgreich in der Drittmittelin-
2227 werbung, und ein immer größerer Teil der
2228 Hochschulfinanzen kommt von privaten, in-
2229 dustriellen Projektpartnern, von nationalen
2230 und europäischen Institutionen zur For-
2231 schungsförderung oder direkt von Landes-
2232 und Bundesregierung. Aufgrund der Knapp-
2233 heit der Mittel müssen auch diese Gelder zur
2234 Finanzierung der Grundaufgaben der Hoch-
2235 schulen herangezogen werden. Wir fordern
2236 den Ausbau der Grundfinanzierung, um die
2237 Unabhängigkeit der Hochschulen von dritter
2238 Seite zu stärken. Insbesondere die so ge-
2239 nannte Programm-Forschung, an der staat-
2240 liche Stellen Forschungsinhalte vorgeben,
2241 auf die sich auch Hochschulen bewerben
2242 können, schränkt die freie Entscheidung in
2243 Forschung und Lehre der Hochschulen be-
2244 trächtlich ein.

2245 Der Bau von Hochschulgebäuden ist in Ba-
2246 den-Württemberg dem Finanzministerium
2247 untergeordnet, er kommt dem erforderlichen
2248 Ausbau der Hochschulkapazitäten bei wei-
2249 tem nicht nach. Hinzu kommt, dass viele äl-
2250 tere Gebäude nicht mehr oder nur noch ein-
2251 geschränkt nutzbar sind, sei es, dass Dä-
2252 cher und Fenster undicht, Installation nicht
2253 mehr funktionsfähig oder Räume schlicht
2254 unbenutzbar geworden sind. Wir setzen uns
2255 entschieden dafür ein, den Investitionsstau
2256 an den Hochschulen vordringlich abzu-
2257 bauen, teure Laboreinrichtungen durch Ge-
2258 bäudeschäden nicht weiter zu gefährden
2259 und Mitarbeitern angemessene Arbeits-
2260 plätze zuweisen zu können.

2261 **Unsere Ziele:**

- 2262 • Unterstützung der Zivilklauseln an
2263 den Hochschulen und keine staatli-
2264 che Förderung der Rüstungsfor-
2265 schung.
- 2266 • Keine Konversion von ziviler zu mili-
2267 tärischer Forschung und Produk-
2268 tion.
- 2269 • Kein Zwang für wissenschaftliche
2270 und technische Mitarbeiter zur Mit-
2271 wirkung an Rüstungsforschung und
2272 -produktion.
- 2273 • Keine militärische Geheimhaltung
2274 und keine Geheimdienste an den
2275 Hochschulen.
- 2276 • Kein Ausschluss von Doktoranden
2277 und Stipendiaten aufgrund ihrer Na-
2278 tionalität.
- 2279 • Unterstützung der friedlichen wis-
2280 senschaftlichen Zusammenarbeit
2281 anstatt Einschränkung internationa-
2282 ler Kontakte.
- 2283 • Erhöhung der Grundmittel der
2284 Hochschulen anstatt Verstärkung
2285 der Programmforschung.
- 2286 • Erhalt und Ausbau der universitären
2287 Infrastruktur, der Hörsäle und der
2288 Labore.

2289 **5.2. Demokratische und soziale Rechte** 2290 **der Studierenden und des akademischen** 2291 **Mittelbaus stärken**

2292 Wir unterstützen die Erweiterung der Mitwir-
2293 kungsrechte der Studentenschaft in den
2294 Hochschulgremien und den Studierenden-
2295 werke. Es fordert die Unterstützung und
2296 ausreichende Finanzierung der studentischen
2297 Vertretung in den Fachschaften und
2298 allgemeinen Studentenausschüssen. Die
2299 Möglichkeiten der Sozialreferate müssen
2300 ausgebaut werden, um Studenten in finanzi-
2301 ellen, gesundheitlichen und psychischen
2302 Notlagen zu unterstützen.

2303 Wir fordern eine signifikante Erhöhung der
2304 Sätze nach dem Bundesausbildungsförde-
2305 rungsgesetz (BAföG) und des Elternfreibe-
2306 trags. Während bei der Einführung des BA-
2307 föGs im Jahr 1971 circa 44 Prozent der Stu-
2308 denten von BAföG profitieren konnten, sind

2309 es gegenwärtig etwas mehr als zehn Pro-
2310 zent. Dadurch hat das BAföG seine Funktion
2311 weitgehend verloren, Kindern aus finanziell
2312 schwächeren Familien eine Aufstiegsmög-
2313 lichkeit durch ein Studium zu geben. Wer
2314 kein wohlhabendes Elternhaus hat, ist ge-
2315 zwungen, neben dem Studium oft auf Kos-
2316 ten des Studienerfolgs umfangreich zu ar-
2317 beiten. Studentische Hilfskräfte und Tutoren
2318 sind eine wesentliche Stütze der Forschung
2319 und Lehre in den Hochschulen. Wir fordern
2320 die leistungsgemäße Erhöhung der Stun-
2321 densätze und eine angemessene Urlaubsre-
2322 gelung.

2323 Auch Studenten sind von der prekären
2324 Wohnsituation in baden-württembergischen
2325 Städten betroffen. In Städten wie Stuttgart,
2326 Freiburg oder Heidelberg liegen die durch-
2327 schnittlichen Mieten für ein Zimmer in einer
2328 Wohngemeinschaft mittlerweile bei über 500
2329 Euro und sind für viele Studenten unbezahl-
2330 bar. Die Zahl der Wohnheimplätze deckt nur
2331 einen Bruchteil des Bedarfs. Studierenden-
2332 werke kämpfen mit steigenden Bau- und
2333 Energiekosten. Wir fordern den signifikanten
2334 Ausbau von Wohnheimen für Studenten,
2335 eine ausreichende Finanzierung der Studie-
2336 rendenwerke und Unterstützungspro-
2337 gramme für Studenten in Not, insbesondere
2338 zu Semesterbeginn.

2339 Der akademische Mittelbau, die wissen-
2340 schaftlichen Mitarbeiter, Assistenten und
2341 akademische Räte, schultern die größte
2342 Last in Forschung und Lehre an den Hoch-
2343 schulen. Der unzureichende Ausbau der
2344 Hochschulkapazitäten führt oft zu einer gro-
2345 ßen Überlast und einem unzureichenden
2346 Personalschlüssel. Zugleich sehen viele
2347 Wissenschaftler einer ungewissen Zukunft
2348 entgegen, da sie mit Zeitverträgen oder gar
2349 Kettenverträgen beschäftigt werden. Wir un-
2350 terstützen Bestrebungen, planbare akade-
2351 mische Karrieren in den Hochschulen einzu-
2352 richten.

2353 **Unsere Ziele:**

- 2354 • Ausbau und finanzielle Förderung
2355 von Studentenwohnheimen.

- 2356 • Erhöhung der BAföG-Sätze als Fall-
2357 zuschuss und erhöhter Eltern Frei-
2358 betrag ohne diskriminierende Aufla-
2359 gen wie Staatsbürgerschaft, Alter
2360 und Einhaltung der Regelstudien-
2361 zeit.
- 2362 • Bessere Arbeitsbedingungen für
2363 den wissenschaftlichen Nachwuchs
2364 durch verbindliche Mindestver-
2365 tragslaufzeiten, Tarifverträge für stu-
2366 dentische Beschäftigte und Einrich-
2367 tung von wissenschaftliche Karrier-
2368 ewegen (Tenure Tracks).

2369 5.3. Vielfalt der Hochschulen erhalten 2370 und stärken

2371 In Baden-Württemberg tragen die Universi-
2372 täten den Löwenanteil in der Hochschulaus-
2373 bildung. Von den 354.000 an Hochschulen
2374 in Baden-Württemberg eingeschriebenen
2375 Studenten studieren 168.000 an einer der
2376 neun Landesuniversitäten. Diese Universitä-
2377 ten nehmen im nationalen Vergleich in den
2378 Rankings eine Spitzenposition ein, sind je-
2379 doch im internationalen Vergleich mit US-
2380 amerikanischen, chinesischen oder auch
2381 Schweizer Universitäten eher im Mittelfeld.
2382 Ein wichtiger Grund hierfür sind die Überbe-
2383 lastungen, die aus dem schlechten Perso-
2384 nalschlüssel resultieren. Bereits das reguläre
2385 Lehrdeputat eines Universitätsprofessors
2386 oder eines wissenschaftlichen Mitarbeiters
2387 übersteigt bei weitem das international ge-
2388 forderte Deputat in Spitzenuniversitäten,
2389 und aufgrund der Überlast werden an vielen
2390 Universitäten und in vielen Studiengängen
2391 sogar diese Deputatsgrenzen nicht einge-
2392 halten. Wir fordern in den betroffenen Fach-
2393 richtungen den angemessenen Ausbau an
2394 Personal und Ausstattung sowie den Erhalt
2395 kleinerer Studienfächer. Ökonomische Krite-
2396 rien dürfen nicht allein über Wissenschaft
2397 und Lehre entscheiden.

2398 Die Hochschulen für angewandte Wissen-
2399 schaften (HAWs) und die duale Hochschule
2400 (DHBW) nehmen einen großen Anteil der ba-
2401 den-württembergischen Studenten auf. Sie
2402 zeichnen sich durch engen Praxisbezug aus
2403 und sind eine wichtige Unterstützung für
2404 den Nachwuchsbedarf der regionalen

2405 Industrie. Ihre Ausstattung an Laboren, Räu-
2406 men und Personal muss diesen Ansprüchen
2407 gerecht werden. Ein duales Studium, bei
2408 dem die Studierenden von den Ausbil-
2409 dungsfirmen angestellt werden und neben
2410 einem Wechsel von Theorie- und Praxispha-
2411 sen auch über die gesamte Studiendauer
2412 eine monatliche Vergütung erhalten, wird
2413 auch oft von jungen Menschen mit eher bil-
2414 dungsferner Herkunft gewählt.

2415 Wir fordern daher, die dualen Studiengänge
2416 durch das Land aktiv und verstärkt, zu för-
2417 dern, um dadurch zum einen die Bildungs-
2418 ungerechtigkeit aber auch den Fachkräfte-
2419 mangel zu lindern.

2420 Wie bei den Universitäten ist das Lehrdepu-
2421 tat der Professoren an den HAWs und der
2422 DHBW bei weitem zu hoch, um Forschungs-
2423 Kooperationen auch mit der lokalen Industrie
2424 in angemessenem Umfang durchzuführen.
2425 Wir fordern eine Reduktion des Lehrdepu-
2426 tats in diesen Hochschulen, eine bessere
2427 Ausstattung durch wissenschaftliche Mitar-
2428 beiter und den Ausbau entsprechender For-
2429 schungsmöglichkeiten. Insbesondere wir
2430 weitergehende Maßnahmen zur Förderung
2431 der kooperativen Promotionen zwischen
2432 Hochschulen der angewandten Wissen-
2433 schaften, Dualen Hochschule und Universi-
2434 täten. Solche Promotionsmöglichkeiten wer-
2435 den helfen, Assistenzstellen an diesen
2436 Hochschulen attraktiver zu machen und Per-
2437 sonal zu gewinnen.

2438 Die Lehrerausbildung in Baden-Württem-
2439 berg findet sowohl an den Universitäten als
2440 auch an den pädagogischen Hochschulen
2441 statt. Wir unterstützen Bestrebungen, die
2442 Lehrerausbildung praxisnäher zu gestalten.
2443 Internationale Vergleiche, nationale Ran-
2444 kings und Erfahrungen mit der Studierfähig-
2445 keit von Erstsemestern machen deutlich,
2446 dass im deutschen Schulsystem die Qualität
2447 des Unterrichts und die Fähigkeiten der
2448 Schüler in den letzten Jahren stark abge-
2449 nommen haben. Sowohl die Lehrerausbil-
2450 dung als auch der Lehrerberuf müssen at-
2451 traktiver gemacht werden, um hochmoti-
2452 vierte und engagierte Lehrkräfte zu gewin-
2453 nen, die auch die besonderen

2454 Anforderungen der durch die Migration sehr
2455 heterogenen Schulklassen bewältigen kön-
2456 nen.

2457 Während deutsche Politiker in der Welt her-
2458 umreisen, um medizinisches Personal und
2459 Ärzte aus ärmeren Ländern abzuwerben,
2460 gibt es in Deutschland für das Medizinstu-
2461 dium immer noch ein Numerus Clausus. Wir
2462 fordern, mit dieser unsolidarischen Praxis
2463 Schluss zu machen und in Deutschland,
2464 auch in Baden-Württemberg, mehr Studien-
2465 plätze für das Medizinstudium einzurichten.

2466 In Baden-Württemberg gibt es fünf Universi-
2467 tätskliniken, die in das allgemeine Konzept
2468 eingebunden werden sollen, die zivile Infra-
2469 struktur des Landes kriegstüchtig zu ma-
2470 chen. Es finden vermehrt Notstandsmanö-
2471 ver zusammen mit der Bundeswehr statt,
2472 um die Bewältigung großer Zahlen von Ver-
2473 letzten zu üben. Wir lehnen jede Bestrebung
2474 ab, Kliniken, auch Universitätskliniken, in mi-
2475 litärische Konzepte einzubinden. Die zusätz-
2476 lichen Kosten, die solche Militärübungen
2477 und die Einrichtung für militärischer Resili-
2478 enz verursachen, sind besser beim Ausbau
2479 der medizinischen Versorgung und der Lehr-
2480 leistung der Universitätskliniken eingesetzt.

2481 **Unsere Ziele:**

- 2482 • Stärkung der Hochschullandschaft
2483 Baden-Württembergs entsprechend den Bedürf-
2484 nissen des Landes auch durch Kooperation mit
2485 Handwerk, Industrie und regionaler
2486 Wirtschaft.
2487
- 2488 • Reform des Lehramtsstudiums mit
2489 stärkerem Praxisbezug, um fachlich
2490 und pädagogisch exzellent ausge-
2491 bildete Lehrer zu gewinnen. Durch-
2492 gängige Bezahlung von Referenda-
2493 ren über das gesamte Jahr.
- 2494 • Ausweitung der Stipendienpro-
2495 gramme für die Medizinstudenten,
2496 die sich verpflichten, als Mediziner
2497 in Baden-Württemberg in Fachrich-
2498 tungen oder Orten mit Unterversor-
2499 gung tätig zu werden.

2500 **6. Demokratische Teilhabe, direkte De-** 2501 **mokratie und gesellschaftlicher Zusam-** 2502 **menhalt**

2503 **6.1. Das Verhältnis Bürger-Staat neu jus-** 2504 **tieren!**

2505 Das Recht auf freie Meinungsäußerung steht
2506 mit uns nicht zur Disposition! Wo immer
2507 Probleme und Herausforderungen zum An-
2508 lass gemacht werden, den Meinungskorri-
2509 dor einzuschränken, Andersdenkende zur
2510 Gefahr zu erklären und Bürgerinnen und
2511 Bürger anlasslos zu überwachen, ist das
2512 BSW da und sagt STOP!

2513 Wir stehen für eine vernünftige Balance zwi-
2514 schen Sicherheit und Freiheit. Einen über-
2515 griffigen oder autoritären Staat lehnen wir
2516 ab. Grenzen jeden staatlichen Handelns ist
2517 die Verhältnismäßigkeit der Mittel, die Un-
2518 schuldsvermutung und das Recht auf Pri-
2519 vatheit. Jeder Mensch soll sich frei in der Öff-
2520 fentlichkeit bewegen können – ohne Angst
2521 vor Bewertung und Überwachung – und
2522 ohne unter Generalverdacht zu geraten

2523 Rechtsextremen, rassistischen und gewalt-
2524 bereiten Ideologien stellen wir uns genauso
2525 entschieden entgegen wie den zunehmen-
2526 den Angriffen auf die Meinungsfreiheit durch
2527 Cancel-Culture, Gender-Ideologie und Kon-
2528 formitätsdruck.

2529 Auch der neue politische Autoritarismus –
2530 der sich anmaßt, Menschen zu erziehen, ihre
2531 Sprache zu kontrollieren oder ihre Lebens-
2532 weise vorzuschreiben – ist mit echter Frei-
2533 heit nicht vereinbar.

2534 **6.2. Demokratische Teilhabe**

2535 Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger
2536 in politische Institutionen ist in den vergan-
2537 genen Jahren stark erschüttert worden.
2538 Viele Menschen empfinden politische Ent-
2539 scheidungen als abgehoben, einseitig oder
2540 nicht mehr nachvollziehbar. Fast die Hälfte
2541 der Bürgerinnen und Bürger sind unzufrie-
2542 den mit der Demokratie. Gerade in Krisen-
2543 zeiten zeigt sich: Ein Rechtsstaat erfordert
2544 transparente Institutionen, die Widerspruch,
2545 kontroverse Debatte und unterschiedliche
2546 Meinungen zulassen – ohne Denkverbote.

2547 Auch in Baden-Württemberg beobachten
2548 wir eine zunehmende Entfremdung vieler
2549 Menschen von der Politik. Komplexe Ver-
2550 waltungsstrukturen, intransparente Ent-
2551 scheidungsprozesse und die geringe Nut-
2552 zung direkter Demokratieinstrumente ver-
2553 schärfen dieses Problem. Demokratie lebt
2554 von Beteiligung und echter Mitsprache –
2555 auch zwischen den Wahlen.

2556 Digitalisierung bietet Chancen, aber nicht je-
2557 der möchte immer und überall in der digita-
2558 len Welt leben. Wir respektieren die Ent-
2559 scheidung für ein Leben ohne digitale End-
2560 geräte und fordern ein Recht auf analoge
2561 Zugänge zu staatlichen und gesellschaftli-
2562 chen Angeboten.

2563 Besorgniserregend ist der Vertrauensverlust
2564 in die öffentlich-rechtlichen Medien. Viele
2565 Bürger empfinden die Berichterstattung als
2566 einseitig, ideologisch gefärbt und regie-
2567 rungsnah. Über 40 Prozent der Deutschen
2568 besitzen wenig oder gar kein Vertrauen in
2569 den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das
2570 jüngste Urteil des Bundesverwaltungsge-
2571 richts hat bestätigt, dass die Beitragspflicht
2572 verfassungswidrig sein kann, wenn der
2573 Rundfunk seinen Auftrag, ausgewogen zu
2574 berichten und die Meinungsvielfalt abzubil-
2575 den, über längere Zeit grob verfehlt. Ein
2576 funktionierender öffentlich-rechtlicher
2577 Rundfunk ist jedoch für die Demokratie un-
2578 verzichtbar, weil er im Gegensatz zu privaten
2579 Medien unabhängig von Werbung, Ein-
2580 schaltquoten oder politischer Einfluss-
2581 nahme wirken soll.

2582 Es braucht eine grundlegende Reform bei
2583 den Programmen, Strukturen, Kosten und in
2584 den Führungsetagen. Die Rundfunkanstal-
2585 ten müssen ihrem Auftrag zu objektiver In-
2586 formation, Pluralität und gleichberechtigter
2587 Abbildung unterschiedlicher gesellschaftli-
2588 cher Perspektiven wieder gerecht werden.
2589 Gehälter in der Führungsebene von teils fast
2590 400.000 Euro im Jahr stehen in keinem Ver-
2591 hältnis zu den wachsenden finanziellen Be-
2592 lastungen der Beitragszahler. Vetternwirt-
2593 schaft, parteipolitische Einflussnahme und
2594 intransparente Entscheidungsstrukturen un-
2595 tergraben zusätzlich das Vertrauen. Wir

2596 wollen einen öffentlich-rechtlichen Rund-
2597 funk, der parteifern organisiert ist, aufklärt
2598 und echte Meinungsvielfalt abbildet, statt
2599 einseitig Regierungsnarrative zu verbreiten
2600 oder Kritiker auszugrenzen.

2601 **Unsere Ziele:**

- 2602 • Wir wollen die Hürden für Bürgerbe-
2603 gehren, Bürgerentscheide und Bür-
2604 geranträge senken und rechtlich ab-
2605 sichern.
- 2606 • Bürgerbudgets müssen weiter aus-
2607 gebaut werden.
- 2608 • Verpflichtung öffentlicher Stellen zu
2609 transparenter Kommunikation und
2610 offener Bürgerbeteiligung als
2611 Grundprinzip.
- 2612 • Alltägliche Vorgänge wie das Be-
2613 zahlen, die Kommunikation mit Be-
2614 hörden oder der Zugang zu Informa-
2615 tionen müssen weiter auch analog
2616 und ohne Smartphone möglich sein.
- 2617 • Wir fordern eine Neugestaltung und
2618 Verschlankung des Öffentlich-
2619 Rechtlichen Rundfunks und Neude-
2620 finition des „Grundversorgungsauf-
2621 trages“: Information, Bildung,
2622 Kunst, Kultur.
- 2623 • Keine Erhöhung des Rundfunkbei-
2624 trags.

2625 **6.3. Gesellschaftlicher Zusammenhalt als** 2626 **Herzstück der Demokratie**

2627 Grundlage eines funktionierenden Miteinan-
2628 ders ist, Widerspruch und andere Meinun-
2629 gen auszuhalten. Wer Andersdenkende pau-
2630 schal ausgrenzt, Haltungen überprüft und
2631 Bekenntnisse einfordert, zerstört den offe-
2632 nen demokratischen Diskurs, den eine freie
2633 Gesellschaft dringend braucht. Mittlerweile
2634 haben 44 Prozent der Deutschen das Ge-
2635 fühl, dass man lieber vorsichtig sein sollte,
2636 seine politische Meinung frei zu äußern. Seit
2637 2021 liegt die gefühlte Meinungsfreiheit auf
2638 einem historischen Tiefstand. Diese Art der
2639 Spaltung akzeptieren wir nicht.

2640 Unsere Gesellschaft muss es aushalten,
2641 auch zu kontroversen Themen Debatten zu
2642 führen. Nicht einseitig im digitalen Raum,

2643 sondern im echten Dialog und Wettstreit um
2644 die besseren Argumente. Dafür braucht es
2645 einen breiten Meinungskorridor, Respekt
2646 und Toleranz. Wir wollen mit allen Menschen
2647 in Baden-Württemberg ins Gespräch kom-
2648 men, über Lösungen diskutieren – und ge-
2649 meinsam den gesellschaftlichen Zusam-
2650 menhalt stärken.

2651 7. Zuwanderung wirklich begrenzen – In-
2652 tegration voranbringen

2653 Wir erkennen das individuelle Recht auf Asyl
2654 an, setzen dabei jedoch klar auf eine gere-
2655 gelte Migrationspolitik, die sowohl humani-
2656 täre als auch nationale Interessen berück-
2657 sichtigt. Seit Jahren fordern viele Menschen
2658 ein Bleiberecht in Deutschland ein, deren
2659 Ansinnen zwar verständlich, aber weder
2660 durch Grundgesetz oder Genfer Flüchtlings-
2661 konvention begründet ist. Derzeit bekommt
2662 jeder zweite Asylbewerber keinen Schutz-
2663 status, darf aber auf absehbare Zeit bleiben.
2664 Wirklich Schutzbedürftige erreichen
2665 Deutschland zumeist nicht.

2666 Unser Staat muss die Kontrolle darüber zu-
2667 rückgewinnen, wer in unser Land kommt
2668 und hier lebt. Unser Land, unsere Gesell-
2669 schaft, die Kommunen, das Bildungswesen
2670 und die sozialen Sicherungssysteme dürfen
2671 nicht weiter über die Grenze des Leistbaren
2672 und der Integrationsfähigkeit geführt wer-
2673 den.

2674 Wir sprechen uns für rechtsstaatliche Asyl-
2675 verfahren an den EU-Außengrenzen aus, um
2676 den Zugang nach Europa nicht kriminellen
2677 Schleppernetzwerken zu überlassen. Hierfür
2678 wollen wir mit Herkunfts- und Transitländern
2679 diplomatisch zusammenarbeiten.

2680 Wir wollen es nicht bei Versprechungen be-
2681 lassen, sondern tatsächlich sicherstellen,
2682 dass Personen ohne Bleiberecht unser Land
2683 unverzüglich wieder verlassen. Viele Men-
2684 schen empfinden es als Staatsversagen,
2685 wenn die Ausreise nicht mit Nachdruck ver-
2686 folgt und erfolgreich durchgesetzt wird.

2687 Ein Schwerpunkt ist die Abschiebung von
2688 Straftätern, Extremisten, Gefährdern und
2689 Personen, die in strafbarer oder miss-
2690 bräuchlicher Weise versucht haben, ein Auf-
2691 enthaltsrecht zu erlangen.

2692 Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewer-
2693 ber ohne Schutzstatus wollen wir auf das
2694 verfassungsrechtliche Minimum beschrän-
2695 ken und flächendeckend über die einheitli-
2696 che Bezahlkarte gewähren. Deutschland
2697 zahlt im Vergleich zu anderen EU-Ländern

2698 überdurchschnittlich hohe Leistungen an
2699 abgelehnte Bewerber, was als Anreiz zur
2700 Migration wahrgenommen wird.

2701 Die zügige Integration der Personen mit
2702 Bleibeperspektive – vorrangig durch Be-
2703 schäftigung – ist für uns Grundlage einer er-
2704 folgreichen Migrationspolitik und ein wichti-
2705 ger Aspekt für die Sicherheit in Deutschland.
2706 Wir begrüßen die Drei-Monats-Frist des ba-
2707 den-württembergischen Anerkennungsge-
2708 setzes und fordern ihren Erhalt. Arbeitsge-
2709 nehmigungen müssen zeitnah und unbüro-
2710 kratisch erteilt werden. Das entlastet die So-
2711 zialsysteme und erleichtert Integration. Es
2712 ist nicht akzeptabel, dass der Beschäfti-
2713 gungsanteil von Flüchtlingen in vielen euro-
2714 päischen Ländern deutlich höher ist als hier-
2715 zulande. Während des Verfahrens sollen
2716 Asylbewerber regelmäßig gemeinnützige Ar-
2717 beit leisten.

2718 Wer nach Deutschland kommt, muss sich
2719 aktiv um Spracherwerb, Arbeit und Qualifi-
2720 zierung bemühen. Wir fordern ver-
2721 pflichtende Deutsch-Tests für alle Kinder ab
2722 drei Jahren. Bestehen Defizite, muss der
2723 Kita-Besuch verpflichtend sein. Wir wollen
2724 mehr Deutschkurse und das ehrenamtliche
2725 Unterrichten aufwerten.

2726 Wir wollen Fluchtursachen an ihren Entste-
2727 hungsorten reduzieren. Dafür fordern wir
2728 eine Neuausrichtung der EU-Außenpolitik-
2729 und Handelspolitik, die darauf abzielt, Kon-
2730 flikte in den Herkunftsländern zu beenden
2731 und Lebensbedingungen zu verbessern.
2732 Dies beinhaltet unter anderem den Stopp
2733 von Waffenexporten in Krisengebiete, ge-
2734 rechte Handelsstrukturen mit den Ländern
2735 des Südens sowie die Schaffung individuel-
2736 ler Perspektiven vor Ort. Wir setzen uns für
2737 ein schnelles Ende des Krieges in der Ukra-
2738 ine durch Verhandlungen ein, viele Men-
2739 schen könnten dann in die Ukraine zurück-
2740 kehren und die Kommunen entlasten.

2741 Wir setzen uns für eine stärkere finanzielle
2742 Unterstützung humanitärer Organisationen
2743 wie dem UNHCR ein, um Flüchtlingen in Kri-
2744 sensituationen effektiv helfen zu können.

2745 Rassistischer und ausländerfeindlicher
2746 Stimmungsmache stellen wir uns mit voller
2747 Kraft entgegen. Dafür wollen wir kulturelle
2748 Begegnungen und integrative Stadtteilarbeit
2749 in den Kommunen fördern, um Ängste abzu-
2750 bauen und Integration zu verbessern.

2751 Gleichzeitig fördern und fordern wir die Ak-
2752 zeptanz der Regeln des Grundgesetzes für
2753 ein friedliches Zusammenleben. Ein radika-
2754 ler Islamismus, der die Scharia predigt, die
2755 Schaffung eines Kalifats herbeisehnt oder
2756 Hass auf unsere Kultur schürt, hat in Baden-
2757 Württemberg nichts zu suchen.

2758 Flüchtlingspolitik und Arbeitsmigration sind
2759 klar voneinander zu trennen. Wir wollen die
2760 Attraktivität Deutschlands für ausländische
2761 Arbeits- und Fachkräfte gezielt stärken.
2762 Dazu fordern wir einen schnelleren Zugang
2763 zum Arbeitsmarkt unter Beibehaltung der je-
2764 weils erforderlichen Qualifikationskriterien.

2765 Zugewanderte Menschen, die sich durch
2766 jahrelange Tätigkeit eine Existenz aufgebaut
2767 haben, gehören zu Deutschland, verdienen
2768 Respekt und Schutz vor Diskriminierung.
2769 Anwerbeprogramme für gut ausgebildete
2770 Fachkräfte aus dem globalen Süden lehnen
2771 wir ab, wenn diese Fachkräfte in den Her-
2772 kunftsländern fehlen.

2773 **Unsere Ziele:**

- 2774 • Wir unterstützen die Fortsetzung
2775 wirksamer Grenzkontrollen und
2776 Etablierung strukturierter Grenz-
2777 überwachungsmaßnahmen der
2778 Bundespolizei, bis europarechtliche
2779 Maßnahmen wirkungsgleich umge-
2780 setzt sind.
- 2781 • Ausreisepflichtige Personen wollen
2782 wir konsequent zurückführen. Dazu
2783 unterstützen wir behördenübergrei-
2784 fenden Ausreisezentren und verfas-
2785 sungskonforme Zuständigkeitser-
2786 weiterungen der Bundespolizei.
- 2787 • Wir wollen gerichtliche Asylverfah-
2788 ren durch geänderte Verfahrensre-
2789 geln zeitlich straffen.
- 2790 • Wir setzen uns für Migrationsab-
2791 kommen mit den

2792
2793
2794
2795
2796
2797
2798
2799
2800
2801
2802
2803
2804

Hauptherkunftsländern ein und un-
terstützen die regelmäßige Überprü-
fung der Liste der sicheren Her-
kunftsstaaten. Für schwerste Straf-
täter und Gefährder muss eine Ab-
schiebung auch in Länder wie Af-
ghanistan, Syrien und Libyen mög-
lich sein.

- Der Familiennachzug subsidiär
Schutzbedürftiger muss restriktiv
bleiben, um Pull-Faktoren zu be-
grenzen und die Steuerung der Mig-
ration zu gewährleisten.

2805 **8. Gesundheit, Pflege und Teilhabe – Gemeinwohl statt Profitlogik**

2807 In Baden-Württemberg wird deutlich, wie
2808 stark sich soziale Spaltung, Privatisierung
2809 und politische Fehlsteuerungen im Gesund-
2810 heitswesen gegenseitig verstärken. Jahr-
2811 zehntelange Sparpolitik, Personalmangel
2812 und ein überlastetes System führen zu einer
2813 Krise, die für viele Menschen spürbar ist:
2814 Krankenhäuser schließen, Pflegeeinrichtun-
2815 gen stehen unter Druck, Fach- und Haus-
2816 ärzte fehlen. Überfüllte Notaufnahmen,
2817 lange Wartezeiten und steigende Eigenan-
2818 teile in der Pflege sind zur Normalität gewor-
2819 den.

2820 Gleichzeitig nehmen psychische Belastun-
2821 gen, Einsamkeit im Alter und die Überforde-
2822 rung in Familien zu. Während Milliarden in
2823 militärische Aufrüstung fließen, wird bei der
2824 sozialen Daseinsvorsorge gespart. Das Ge-
2825 sundheitswesen wird inzwischen teilweise
2826 sogar als Teil einer sogenannten „Kriegsinf-
2827 rastruktur“ betrachtet. Im Ernstfall soll eine
2828 „negative Triage“ greifen – also die vorran-
2829 gige Behandlung verwundeter Soldaten vor
2830 zivilen Opfern. Das Bündnis Sahra Wagen-
2831 knecht steht für eine klare Kehrtwende: Ge-
2832 sundheit ist keine Ware und keine militäri-
2833 sche Verhandlungsmasse – sie ist ein Men-
2834 schenrecht.

2835 Allein im Jahr 2022 betrugen die Ausgaben
2836 für Gesundheitsleistungen in Baden-Würt-
2837 ttemberg 62,8 Milliarden Euro – und doch er-
2838 leben viele Menschen das System als unzu-
2839 reichend. Baden-Württemberg hat mit über
2840 30 geschlossenen Klinikstandorten seit
2841 2016 eine der höchsten Krankenhaus-
2842 Schließungsraten in Deutschland. Unter Ex-
2843 Gesundheitsminister Lucha wurde dieser
2844 Prozess ideologisch vorangetrieben. Die
2845 Landesregierung spricht von „Konzentra-
2846 tion“, in Wahrheit geht es um Einsparungen
2847 und Profitlogik. Dabei ist das Land laut Ver-
2848 fassung verpflichtet, Investitionen in Kran-
2849 kenhäuser zu tätigen und ausreichend Bet-
2850 tenkapazitäten für die Bevölkerung vorzu-
2851 halten. Diese Pflicht wird seit Jahren unzu-
2852 reichend erfüllt – viele Häuser sind baulich
2853 überaltert, Modernisierungen werden

2854 verschleppt, und Personalmangel, insbe-
2855 sondere der Pflegenotstand wird durch
2856 Sparmaßnahmen weiter verschärft.

2857 Gleichzeitig treiben große private Träger wie
2858 Helios oder Artemed die Kommerzialisie-
2859 rung voran. Über die Hälfte der öffentlichen
2860 Kliniken schreibt rote Zahlen. Finanzinvesto-
2861 ren übernehmen Arztpraxen und wandeln
2862 sie in renditegetriebene Versorgungszentren
2863 um – besonders im Bereich Zahnmedizin
2864 und Radiologie. Das Ergebnis: Behandlung
2865 nach Profit, nicht nach Bedarf.

2866 Das deutsche Gesundheitssystem ist eines
2867 der teuersten der Welt, leidet aber an massi-
2868 ver Fehlverteilung der Mittel. Es gibt Über-
2869 versorgung in einigen Bereichen, etwa bei
2870 Herzkatheteruntersuchungen oder Endop-
2871 rothetik, während in der Grundversorgung
2872 und Pflege Versorgungsgengpässe herr-
2873 schen.

2874 Baden-Württemberg braucht eine konse-
2875 quent gemeinwohlorientierte Gesundheits-
2876 wende. Gesundheit muss für alle zugänglich
2877 sein – unabhängig von Einkommen, Her-
2878 kunft oder Wohnort. Wir fordern eine solida-
2879 rische Bürgerversicherung für alle, die eine
2880 Zwei-Klassen-Medizin beendet. Pläne, me-
2881 dizinische Leistungen durch Zusatzbeiträge
2882 zu steuern, lehnen wir als unsolidarisch ab.
2883 Das Erstzugangsrecht zu psychotherapeuti-
2884 schen Behandlungen muss erhalten bleiben.

2885 **Unsere Ziele:**

- 2886 • Gesundheit als Menschenrecht: Ge-
2887 sundheit darf keine Ware und kein
2888 militärisches Instrument sein. Jede
2889 und jeder muss Zugang zu medizi-
2890 nischer Versorgung haben – unab-
2891 hängig von Einkommen, Herkunft
2892 oder Wohnort.
- 2893 • Bürgerversicherung für alle: Wir
2894 wollen eine solidarische Finanzie-
2895 rung des Gesundheitssystems, die
2896 Zwei-Klassen-Medizin beendet. Zu-
2897 satzbeiträge oder Selbstbeteiligun-
2898 gen lehnen wir ab.

2899 **8.1. Pflege und Versorgung**

2900 Ein Drittel der Pflegebedürftigen im Land
2901 wird durch ambulante Dienste versorgt, zwei
2902 Drittel weiterhin allein durch Angehörige.
2903 Pflegearbeit wird größtenteils privat getra-
2904 gen – oft von überlasteten Familienmitglie-
2905 dern oder osteuropäischen Pflegekräften,
2906 die unter prekären Bedingungen arbeiten.
2907 Die Abschaffung des Pflegegrads I verteuert
2908 diese häusliche Pflege zusätzlich.

2909 Gleichzeitig steigen die Eigenanteile für sta-
2910 tionäre Pflege weiter dramatisch. In Baden-
2911 Württemberg liegen sie mittlerweile bei
2912 durchschnittlich über 3.000 Euro im Monat –
2913 mehr als viele Menschen an Rente erhalten.
2914 Pflege darf keine Armutsfalle sein. Pfl-
2915 gende Angehörige brauchen Entlastung, fi-
2916 nanzielle Absicherung und gesellschaftliche
2917 Anerkennung. Das Land muss Pflegestütz-
2918 punkte ausbauen, Kurzzeit- und Tagespfl-
2919 geangebote sichern und Programme zur Al-
2920 tersvorsorge und Entlastung auflegen.

2921 In der Altenpflege fehlen tausende Fach-
2922 kräfte. Laut Prognosen werden bis 2040
2923 rund 24.000 zusätzliche Pflegekräfte ge-
2924 braucht. Doch die Arbeitsbedingungen sind
2925 so schlecht, so dass laut ver.di die Unzufrie-
2926 denheit in diesem Ausbildungsberuf extrem
2927 hoch ist. Über 80 Prozent der Pflegeeinrich-
2928 tungen im Land klagen über unbesetzte
2929 Stellen. Diese Lücke gefährdet die Versor-
2930 gung und letztlich Menschenleben.

2931 Wir fordern: ein Betrieb – eine Belegschaft –
2932 ein Tarifvertrag. Löhne und Arbeitsbedin-
2933 gungen dürfen nicht durch Tochterfirmen
2934 gedrückt werden. Die Zwangsverkamme-
2935 rung der Pflegeberufe lehnen wir ab: Pflege-
2936 kräfte verdienen Mitbestimmung, keine
2937 Zwangsstrukturen.

2938 **Unsere Ziele:**

- 2939 • Pflege darf keine Armutsfalle sein:
2940 Wir fordern eine solidarische Pflege-
2941 vollversicherung und die Deckelung
2942 der Eigenanteile auf Höhe von 1000
2943 Euro. Die Eigenanteile dürfen die
2944 durchschnittliche Rente nicht über-
2945 steigen.

- 2946 • Pflegende Angehörige entlasten: Fi-
2947 nanzielle Leistungen, wohnortnahe
2948 Pflegeangebote und Beratungsstel-
2949 len müssen deutlich ausgebaut wer-
2950 den.
- 2951 • Faire Arbeitsbedingungen: Ein Be-
2952 trieb – eine Belegschaft – ein Tarif-
2953 vertrag. Keine Zwangsverkamme-
2954 rung der Pflegeberufe.

2955 **8.2. Psychische Gesundheit und gesell-** 2956 **schaftliche Teilhabe**

2957 Immer mehr Menschen in Baden-Württem-
2958 berg kämpfen mit psychischen Erkrankun-
2959 gen – ausgelöst durch Stress, Armut, Verein-
2960 samung, Unsicherheit oder überlastete Le-
2961 bensverhältnisse. Die Zahl der Krankschrei-
2962 bungen wegen Depressionen und Angststö-
2963 rungen steigt seit Jahren. Gleichzeitig fehlen
2964 Therapieplätze und niedrigschwellige Hilfs-
2965 angebote, besonders für Kinder und Ju-
2966 gendliche. Die Finanzierung der psychothe-
2967 rapeutischen Weiterbildung ist unzu-
2968 reichend – viele Weiterbildungsstätten und
2969 Praxen können so keinen Nachwuchs her-
2970 anbidden. Land und Bund müssen diese
2971 Weiterbildung finanziell absichern und ge-
2972 setzlich verankern.

2973 Die psychosozialen Folgen der Coronapoli-
2974 tik, Existenzängste und Vereinsamung ha-
2975 ben die Situation weiter verschärft. Der Zu-
2976 gang zu Hilfe hängt oft vom Wohnort oder
2977 Einkommen ab – das ist unhaltbar. Baden-
2978 Württemberg braucht flächendeckende Be-
2979 ratungsstellen, Krisendienste und eine öf-
2980 fentliche Kampagne zur Entstigmatisierung
2981 psychischer Erkrankungen.

2982 **Unser Ziel:**

- 2983 • Psychische Gesundheit stärken:
2984 Ausbau wohnortnaher Therapie-
2985 und Beratungs-angebote, Siche-
2986 rung der psychotherapeutischen
2987 Weiterbildung, Entstigmatisierung
2988 psychischer Erkrankungen.

2989 **8.3. Geburtshilfe und Frauengesundheit**

2990 Die Lage in der Geburtshilfe ist alarmierend.
2991 Immer mehr Kliniken schließen geburtshilf-
2992 liche Abteilungen, Hebammen stehen unter

2993 immensem Druck – zwischen Bürokratie,
2994 Haftpflichtkosten und ungleichen Vergütun-
2995 gen. Geburt darf kein Risiko durch Kosten-
2996 druck sein. Das Land muss geburtshilfliche
2997 Stationen erhalten und Hebammen besser
2998 absichern.

2999 **Unser Ziel:**

- 3000 • Starke Geburtshilfe: Erhalt geburts-
3001 hilflicher Abteilungen, bessere Absi-
3002 cherung und Bezahlung von Heb-
3003 ammen, Förderung wohnortnaher
3004 Geburtshäuser.

3005 **8.4. Strukturelle Verantwortung des Lan-** 3006 **des**

3007 Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge
3008 und regionale Aufgabe. Sie findet vor Ort
3009 statt. Das Land muss seine Investitions-
3010 pflicht ernst nehmen und die kommunalen
3011 Krankenhäuser baulich und personell stär-
3012 ken. Der Erhalt und Ausbau von Kranken-
3013 hausstrukturen soll sich am tatsächlichen
3014 Bedarf orientieren – an Flächenversorgung
3015 und Bevölkerungszahlen, nicht an Konzern-
3016 interessen.

3017 Wir fordern eine prospektive Bedarfspla-
3018 nung: Krankenhausbetten, Haus- und Fach-
3019 ärzte, Psychotherapie, Pflege, Hebammen
3020 und Prävention müssen nach regionalen Er-
3021 fordernissen geplant werden. Dafür braucht
3022 es eine abgestimmte Zusammenarbeit von
3023 ambulanten und stationären Versorgungs-
3024 bereichen – statt Konkurrenz zwischen Sek-
3025 toren.

3026 Die medizinische Grundversorgung in struk-
3027 turschwachen Regionen soll durch kommu-
3028 nale Gesundheitszentren, Gemeinde-
3029 schwestern und mobile Dienste gesichert
3030 werden – nach dem erfolgreichen schwedi-
3031 schen Modell. Auch die Landarztquote ist
3032 fortzuführen und durch zusätzliche Studien-
3033 plätze für angehende Ärztinnen und Ärzte in
3034 Baden-Württemberg zu ergänzen.

3035 **Unsere Ziele:**

- 3036 • Krankenhausinvestitionen müssen
3037 dauerhaft und verfassungsgemäß
3038 gesichert sein.

- 3039 • Rettungsdienste müssen in ganz
3040 Baden-Württemberg leistungsfähig,
3041 flächendeckend und schnell verfüg-
3042 bar sein – mit einem landesweit ein-
3043 heitlichen Telenotarztsystem.
- 3044 • Regionale Versorgungsnetze: Am-
3045 bulante und stationäre Einrichtun-
3046 gen sollen kooperativ und bedarfs-
3047 orientiert arbeiten – mit prospektiver
3048 Planung von Betten, Ärzten, Pflege
3049 und Prävention.
- 3050 • Landarztquote und Ausbildung: Er-
3051weiterung der Studienplätze, Förde-
3052 rung regionaler Primärversorgungs-
3053 zentren und Gemeindeschwestern
3054 nach skandinavischem Vorbild.
- 3055 • Rettungsdienste stärken: Flächen-
3056 deckende Versorgung und einheitli-
3057 ches Telenotarztsystem in ganz Ba-
3058 den-Württemberg.

3059 **8.5. Friedenspolitik im Gesundheitswe-** 3060 **sen**

3061 Jegliche Militarisierung des Gesundheitswe-
3062 sens lehnen wir entschieden ab. Gesundheit
3063 darf niemals Teil einer Kriegslogik werden –
3064 sie dient dem Leben, nicht dem Krieg. We-
3065 der Bundeswehr noch Rüstungsindustrie
3066 dürfen Einfluss auf medizinische Infrastruk-
3067 tur, Ausbildung oder Versorgungskonzepte
3068 nehmen. Gesundheit ist und bleibt ein Men-
3069 schenrecht.

3070 **8.6. Pharma, Arzneimittel und Versor-** 3071 **gungssicherheit**

3072 Die Versorgung mit lebenswichtigen Medi-
3073 kamenten darf nicht von globalen Lieferket-
3074 ten abhängen. Baden-Württemberg soll die
3075 eigene Herstellung und Lagerung wichtiger
3076 Arzneimittel fördern, ein Frühwarnsystem
3077 bei Engpässen einführen und den Erhalt
3078 wohnortnaher Apotheken sichern. Wir for-
3079 dern unabhängige Impf-, Arzneimittel- und
3080 Leitlinienkommissionen, die frei von wirt-
3081 schaftlichen und politischen Interessen ar-
3082 beiten.

3083 **Unser Ziel:**

- 3084 • Pharmaunabhängigkeit: Förderung
3085 der eigenen Herstellung wichtiger

3086
3087
3088

Arzneimittel, strategische Lagerhaltung und unabhängige Kommissionen.

ENTWURF

3089 9. Lehren aus der Corona-Zeit

3090 In der Corona-Zeit wurden Grundrechte in
3091 bisher nicht gekanntem Maße einge-
3092 schränkt. Es hat sich herausgestellt, dass
3093 viele der Maßnahmen keine tragfähige wis-
3094 senschaftliche Grundlage hatten und mehr
3095 Schaden als Nutzen brachten. Kritiker aus
3096 Wissenschaft und Öffentlichkeit, die frühzei-
3097 tig vor Überreaktionen und ungeeigneten
3098 Maßnahmen warnten, wurden als Quacksal-
3099 ber, rechtsradikale oder unsolidarische Ge-
3100 fährder verunglimpft und an den Rand ge-
3101 drängt. Menschen, die sich die neu entwi-
3102 ckelten und im Eilverfahren zugelassenen
3103 Impfstoffe nicht verabreichen lassen woll-
3104 ten, wurden diskriminiert, sozial ausgegrenzt
3105 und zum Teil unter erheblichen Druck ge-
3106 setzt.

3107 Mittlerweile liegen zahlreiche Hinweise vor,
3108 dass der Nutzen der Impfstoffe überschätzt
3109 und ihre Risiken systematisch verharmlost
3110 wurden. Immer mehr Menschen berichten
3111 von zum Teil schweren Impfnebenwirkun-
3112 gen, während Krankenkassendaten und
3113 ärztliche Berichte zeigen, dass Langzeitfol-
3114 gen bis heute nicht ausreichend erforscht
3115 oder dokumentiert sind. Auch das Paul-Ehr-
3116 lich-Institut und das Bundesgesundheitsmi-
3117 nisterium stehen in der Pflicht, hier vollstän-
3118 dige Transparenz zu schaffen.

3119 Neue Enthüllungen – darunter die soge-
3120 nannten RKI-Files – legen offen, dass zent-
3121 rale Begründungen für Maßnahmen wie
3122 Lockdowns, Schulschließungen oder Aus-
3123 gangssperren politisch motiviert und wis-
3124 senschaftlich unzureichend fundiert waren.
3125 Die millionenschweren Maskendeals unter
3126 Beteiligung führender Bundespolitiker, bei
3127 denen auch baden-württembergische Un-
3128 ternehmen profitierten, werfen Fragen nach
3129 Transparenz, Vorteilsnahme und politischer
3130 Verantwortung auf.

3131 Wir fordern deshalb einen Untersuchungs-
3132 ausschuss im baden-württembergischen
3133 Landtag, wie er bereits auf Initiative des
3134 BSW in Sachsen, Brandenburg und Thürin-
3135 gen angestoßen wurde. Die Lehren aus der
3136 Corona-Zeit müssen aufgearbeitet werden –

3137 politisch, juristisch und gesellschaftlich.
3138 Eine Enquete-Kommission reicht dafür nicht
3139 aus.

3140 Untersucht werden müssen:

- 3141 • Die Entscheidungsprozesse auf
3142 Landesebene während der Pande-
3143 mie,
- 3144 • Die wissenschaftliche Grundlage
3145 von Grundrechtseingriffen,
- 3146 • Die Rolle der Landesregierung, ihrer
3147 Ministerien, Behörden und beraten-
3148 den Expertenräte,
- 3149 • Wirtschaftliche Nutznießer der Pan-
3150 demie, insbesondere bei Masken-
3151 und Testverträgen,
- 3152 • Die Verabreichung, Bewerbung und
3153 politische Durchsetzung der
3154 Corona-Impfstoffe,
- 3155 • Die Auswirkungen auf Kinder, Ju-
3156 gendliche, Pflegebedürftige und an-
3157 dere vulnerable Gruppen,
- 3158 • Sowie der Umgang mit Kritik und
3159 kritischen Stimmen in Medien und
3160 Gesellschaft.

3161 Alle relevanten Protokolle und Dokumente
3162 von Behörden, Ministerien und Expertenrä-
3163 ten, aus denen die Entstehung und Daten-
3164 grundlage der getroffenen Entscheidungen
3165 hervorgeht, sind zu veröffentlichen – mit
3166 Schwärzungen, die auf das unvermeidliche
3167 Minimum begrenzt sind.

3168 Auch die Berichterstattung der öffentlich-
3169 rechtlichen Rundfunkanstalten ist kritisch zu
3170 prüfen: Hat sie ihrem gesetzlichen Auftrag
3171 zur objektiven Information und zur Staats-
3172 ferne entsprochen – oder hat sie unkritisch
3173 Regierungsnarrative verstärkt?

3174 Menschen, die wegen der Nichtbeachtung
3175 untauglicher oder überzogener freiheitsein-
3176 schränkender Maßnahmen Strafen zahlen
3177 mussten, sollen diese zurückerstattet be-
3178 kommen. Wir fordern ein Amnestie- und Re-
3179 habilitationsgesetz für all jene, die ihrem Ge-
3180 wissen folgend anderen geholfen haben,
3181 sich dem Impfzwang zu entziehen oder sich
3182 der Diskriminierung Ungeimpfter zu wider-
3183 setzen.

3184 Ohne eine solche Aufarbeitung kann es
3185 keine politische Erneuerung geben. Baden-
3186 Württemberg darf einem neuen Pandemie-
3187 vertrag auf WHO-Ebene nur dann zustim-
3188 men, wenn zuvor die Rolle der WHO, ihrer
3189 Finanzierung und ihrer Abhängigkeiten von
3190 privaten Stiftungen und Konzernen umfas-
3191 send untersucht wurde. Weitere Souveräni-
3192 tätsabgaben an supranationale Institutionen
3193 ohne parlamentarische Kontrolle lehnen wir
3194 ab.

ENTWURF

3195 **10. Entschlossen für Sicherheit und Ord-**
3196 **nung – Schutzauftrag des Staates und**
3197 **Freiheitsrechte im Einklang**

3198 Wir sind der Überzeugung, dass Sicherheit
3199 nicht allein durch repressives Handeln ge-
3200 währleistet werden kann, sondern soziale
3201 Gerechtigkeit und Chancengleichheit vo-
3202 raussetzt. Effizient organisierte, technisch
3203 und personell bestens ausgestattete Sicher-
3204 heitsbehörden mit zeitgemäßen und klaren
3205 Befugnissen erreichen dann die besten Er-
3206 gebnisse, wenn sie für eine sozial gerechte
3207 Gesellschaft arbeiten. Diese zeichnet sich
3208 durch exzellente Bildung und Aufstiegsper-
3209 spektiven unabhängig von Herkunft und
3210 Status aus.

3211 Besonders wichtig ist uns, dass aus rechts-
3212 widrigem Handeln niemand einen Vorteil
3213 hat. Dies gilt im Einzelfall, besonders jedoch
3214 für den Bereich der organisierten Kriminali-
3215 tät. Wir verurteilen jede Form von Extremis-
3216 mus, sei er links-, rechts- oder religiös moti-
3217 viert. Zum Schutz der Menschen und unse-
3218 rer Freiheit brauchen wir hier einen hand-
3219 lungsbereiten Staat.

3220 Unser Land steht vor komplexen und viel-
3221 schichtigen sicherheitspolitischen Heraus-
3222 forderungen. Der erste Schritt zur Lösung
3223 ist, terroristische Gefahren und neue Bedro-
3224 hungsformen gerade auch im Cyberraum
3225 ernst zu nehmen und die strukturellen Defi-
3226 zite bei den Sicherheitsbehörden anzuer-
3227 kennen. Hierfür braucht es politischen Wil-
3228 len, ein klares Bekenntnis zu den Sicher-
3229 heitsbehörden und seinen Beschäftigten so-
3230 wie ordnungspolitische Stärke.

3231 Besonders besorgniserregend ist stark ge-
3232 stiegene Zahl islamistischer und rechtsext-
3233 remistischer Personen und Straftaten – und
3234 gerade auch die zunehmende Radikalisie-
3235 rung Minderjähriger.

3236 Baden-Württemberg zeigt mit vergleichs-
3237 weise geringer Kriminalitätsbelastung (2024:
3238 4.882 Straftaten je 100.000 Einwohner) bei
3239 solider Aufklärungsquote (60,3 Prozent),
3240 dass es Sicherheit kann – und eines der si-
3241 chersten Länder Deutschlands ist. Wir wol-
3242 len, dass das so bleibt: Mit klarem

3243 Bekenntnis zu stetigen Verbesserungen bei
3244 Einsatzmitteln und Sicherheitsausrüstung
3245 sowie zeitgemäßen Befugnissen stehen wir
3246 für eine moderne Sicherheitsarchitektur und
3247 verantwortungsvolle Sicherheitspolitik.

3248 Dennoch treten gravierende Defizite, ein
3249 massiver Nachholbedarf, strategische Fehl-
3250 entscheidungen und gescheiterte Vorhaben
3251 offen zutage – das Ergebnis der grün-
3252 schwarzen Koalition. Kaputtgesparte Si-
3253 cherheitsbehörden, fehlende Antworten auf
3254 die absehbare Pensionierungswelle, eine zu
3255 späte und gescheiterte Einstellungsoffen-
3256 sive und durchgehend koalitionsinterne Brü-
3257 che und ideologische Grabenkämpfe haben
3258 zu fatalen Versäumnissen geführt.

3259 Schluss damit! Es braucht jetzt eine Sicher-
3260 heitspolitik, die nicht Spielball parteipoliti-
3261 schen Gezänks ist.

3262 **Unsere Ziele:**

- 3263 • Bürgerrechte wahren – Rechtsstaat
3264 stärken: Sicherheit und Freiheit be-
3265 dingten einander. Echte Sicherheit
3266 entsteht durch Vertrauen zwischen
3267 Bürgern und Staat, nicht durch
3268 Überwachung. Das BSW fordert
3269 eine Balance zwischen dem Schutz-
3270 auftrag des Staates und den Frei-
3271 heitsrechten der Bürger. Die Sicher-
3272 heitsbehörden bekommen zeitge-
3273 mäße Befugnisse und bleiben auf
3274 Augenhöhe. Die Befugnisse haben
3275 dabei klare Einschreitschwellen und
3276 Grenzen. Bei hoher Eingriffstiefe
3277 kontrolliert das Parlament.
- 3278 • Erfolgreiche Kriminalitätsbekämp-
3279 fung heißt vor die Lage kommen:
3280 Die Landesregierung handelt seit
3281 Jahren reaktiv, d.h. auf tragische Er-
3282 eignisse folgen Versprechen und
3283 Gesetzesverschärfungen. Wir keh-
3284 ren diesen falschen Ansatz um.
3285 BSW-Sicherheitspolitik bedeutet
3286 verantwortungsvolles Handeln aus
3287 einem Guss. Wir erwarten vom
3288 Staat, dass die Bürger ohne Anse-
3289 hen der Person wirklich geschützt
3290 werden.

- Extremismus stoppen, bevor er die Demokratie zerstört: Jede Form von Extremismus zerstört unser Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der zunehmenden Radikalisierung insbesondere bei Minderjährigen stellen wir einen inklusiven Maßnahmenansatz entgegen: Bildung, Prävention, Repression, zügige Justiz „Strafe folgt auf den Fuß“ und konsequente Gewinnabschöpfung gerade bei kriminellen Clanstrukturen.
- Sicherheit ist keine Ware, sondern Daseinsvorsorge des Staates: Über 3.000 unbesetzte Polizeistellen zeigen das Versagen der Landespolitik. Das BSW fordert 4.000 zusätzliche Polizeistellen und bessere Arbeitsbedingungen. Hoheitliche Aufgaben gehören uneingeschränkt in staatliche Hand.
- Ursachen bekämpfen statt nur Symptome behandeln: Nachhaltige Sicherheit entsteht, wenn Prävention und Repression Hand in Hand gehen – nicht durch immer härtere Strafen. Kriminalität hat soziale Ursachen: Armut, Perspektivlosigkeit, fehlende Bildung. Das BSW setzt sich für beste Bildung und Wertevermittlung, eine durchlässige Gesellschaft, gleiche Startchancen für alle unabhängig von Herkunft und Status ein. Eine gerechte Gesellschaft ist eine sichere Gesellschaft.

10.1. Sicherheit ist staatliche Kernaufgabe

Sicherheit ist Daseinsvorsorge und gehört in die professionellen Hände der Polizei. Die Polizei übt das Gewaltmonopol des Staates aus und ist der Sicherheitsgarant einer freien und gerechten Gesellschaft – denn Sicherheit ist keine Ware und darf weder privatisiert werden noch vom Geldbeutel abhängen.

Ebenso wenig dürfen finanzschwache Kommunen mit hoheitlichen Sicherheitsaufgaben überlastet werden.

Das BSW steht für eine moderne Sicherheitspolitik. Der Rechtsstaat darf sich nicht unterwandern lassen. Eine Preisgabe von Räumen oder die Resignation vor organisierter Kriminalität sind weder vernünftig noch gerecht. Wir wollen unsere Polizeien auf Augenhöhe mit kriminellen, terroristischen und extremistischen Strukturen bringen. Wir haben primär die kriminellen Netzwerke im Blick, gewährleisten eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung auf der Grundlage des Legalitätsprinzips. Denn: Nur wer die großen Fische fängt, schützt ehrliche Bürger.

Hierbei gilt: Alle Befugnisse müssen den Sicherheitsbehörden genau die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen rechtlichen Handwerkszeuge geben und immer eindeutige und klare Grenzen definieren. Ermächtigungsgrundlagen mit besonders hoher Eingriffstiefe – wie die KI-basierte Auswertung von Bestandsdaten oder der automatisierte Datenaustausch – sind nur da erforderlich, wo unsere Gesellschaft vor extremistischen, terroristischen oder schwersten Straftaten geschützt werden muss.

Wir lehnen Programme wie Palantir ab, bei denen Datenschutz und Grundrechte nicht gewährleistet sind und die Baden-Württemberg in eine gefährliche Abhängigkeit von US-Geheimdiensten und -Konzernen bringen. Wir setzen stattdessen auf sichere europäische Alternativen, die Transparenz und volle Datenhoheit garantieren.

Wir werden alle Gesetzgebungsvorhaben fachkompetent-kritisch flankieren und für die grundrechtskonforme und strikt zweckbezogene Ausgestaltung eintreten.

Unsere Ziele:

- Klare gesetzliche Abgrenzung zwischen staatlichen und privaten Sicherheitsaufgaben.
- Keine privaten Sicherheitsdienste bei hoheitlichen Aufgaben und keine Auslagerung von Verkehrsüberwachung an private Firmen.
- Stopp der Kommunalisierung von Polizeiaufgaben.

- 3387 • Community-Policing statt „Bürger-
- 3388 wehren“.
- 3389 • Wir fordern die zweckgebundene,
- 3390 passgenaue Ausgestaltung polizeili-
- 3391 cher Befugnisse, die in ausgewoge-
- 3392 ner Balance zu den bürgerlichen
- 3393 Freiheitsrechten steht.
- 3394 • Wir verlangen die strikte Begren-
- 3395 zung verdeckter Maßnahmen wie
- 3396 Quellen-Telekommunikationsüber-
- 3397 wachung und Online-Durchsuchung
- 3398 auf besonders schwerwiegende
- 3399 Einzelfälle.
- 3400 • Nein zu Palantir: Digitale Souveräni-
- 3401 tät statt Massenüberwachung. Pa-
- 3402 lantir gefährdet Datenschutz und
- 3403 Grundrechte und bringt Baden-
- 3404 Württemberg in eine gefährliche Ab-
- 3405 hängigkeit von US-Geheimdiensten
- 3406 und -Konzernen.
- 3407 • Für uns ist unverzichtbar, dass beim
- 3408 Einsatz Künstlicher Intelligenz die fi-
- 3409 nale Entscheidung durch einen
- 3410 Menschen getroffen wird.
- 3411 • Polizeiliche Befugnisse dürfen nicht
- 3412 zu einer Überwachung der großen
- 3413 Masse rechtstreuer Bürger führen.
- 3414 • Wir wollen, dass die Ausschöpfung
- 3415 der rechtlichen Möglichkeiten zur
- 3416 Vermögensabschöpfung krimineller
- 3417 Strukturen zum Standard wird.

3418 **10.2. Sicheres und lebenswertes Lebens-**

3419 **umfeld**

3420 Der öffentliche Raum – Straßen, Plätze und
 3421 Parks – sind das erweiterte Wohnzimmer al-
 3422 ler Bürger. Gewalt, Straßenkriminalität, Fehl-
 3423 nutzungen und Verwahrlosung stehen den
 3424 Freiheitsrechten der Menschen und der un-
 3425 beschwerten Teilhabe entgegen. Es sind
 3426 Zeichen des Scheiterns und des Aufgebens.

3427 Zu Sicherheit und Ordnung gehören neben
 3428 der Kriminalprävention gerade auch die
 3429 Pflege und sinnstiftende Ausstattung der öf-
 3430 fentlichen Räume, ein gutes Sicherheitsge-
 3431 fühl, wertschätzender Umgang miteinander
 3432 sowie gelebter Respekt für unsere Regeln
 3433 und Normen.

3434 Hierfür braucht es das Zusammenwirken
 3435 vieler Akteure im Land und gerade auch das
 3436 zivilgesellschaftliche Engagement eines je-
 3437 den. Daher fordern wir mehr Polizeipräsenz,
 3438 klare rechtliche Befugnisse, soziale Gerech-
 3439 tigkeit, den Aufbruch in ein neues Miteinan-
 3440 der und ausreichende Mittel für attraktive In-
 3441 nenstädte und lebenswerte Dörfer.

3442 Wir geben ein ordnungspolitisches Verspre-
 3443 chen: Unsere Viertel und Stadtteile werden
 3444 endlich wieder stärkende Lebensräume mit
 3445 echter Aufenthaltsqualität und vielfältigen
 3446 Nutzungsangeboten für alle Bürgerinnen
 3447 und Bürger.

3448 **Unsere Ziele:**

- 3449 • Null-Toleranz und täterorientierte Er-
- 3450 mittlungs- und Kontrolleinheiten an
- 3451 innerstädtischen Kriminalitäts-
- 3452 schwerpunkten.
- 3453 • Aufgabenunabhängige Ansprech-
- 3454 barkeit und Präsenz der Polizei –
- 3455 unterstützt durch datenschutzkon-
- 3456 forme Videoüberwachung an Krimi-
- 3457 nalitäts-Hotspots wie zentralen
- 3458 Plätzen, Bahnhöfen und Fahrradab-
- 3459 stellanlagen oder Bereichen der
- 3460 Drogenszene.
- 3461 • Konsequente Beseitigung von Ver-
- 3462 wahrlosung, Präsenzoffensive in
- 3463 „No-Go-Areas“ sowie Belebung,
- 3464 Aufwertung und neue Nutzungen für
- 3465 durch einzelne Nutzergruppen über-
- 3466 nommene Bereiche.
- 3467 • Weitere Etablierung der Polizei als
- 3468 Träger öffentlicher Belange (TÖB)
- 3469 sowie städtebaulich-kriminalprä-
- 3470 ventiv spezialisierten Anhörungs-
- 3471 und Beratungspartner – mit standar-
- 3472 disierten Beratungsstrukturen und
- 3473 mit Erfolgskontrolle.

3474 **10.3. Gewaltschutz On- wie Offline: Ord-**

3475 **nungspolitische Stärke trifft auf Kriminal-**

3476 **prävention**

3477 Kluges Sicherheitsmanagement setzt nicht
 3478 an aufgestauten Problemen an, sondern
 3479 sieht diese voraus und schafft strategisch
 3480 gute Rahmenbedingungen. Verantwor-
 3481 tungsvolle Sicherheitspolitik investiert in

3482 Prävention – sie ist der Schlüssel zu einer
3483 Gesellschaft, in der Menschen ohne Angst
3484 leben können.

3485 Der öffentliche Personenverkehr und inner-
3486 städtische Brennpunkte verdienen unsere
3487 besondere Aufmerksamkeit. Geschlechts-
3488 spezifische Gewalt gegen Mädchen und
3489 Frauen, Gewalt bei Sportveranstaltungen, in
3490 Jugendgruppen sowie im Netz sind inakzep-
3491 table Entwicklungen. Wir wollen diese Ent-
3492 wicklung mit der Intensivierung ganzheitli-
3493 cher Konzepte vom Kindesalter an stoppen.

3494 Wir setzen uns dafür ein, dass Mädchen und
3495 Frauen besser vor Gewalt geschützt sind.
3496 Maßstab ist die Istanbul-Konvention, deren
3497 Umsetzung erhebliche Defizite aufweist.

3498 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Res-
3499 pekt, Vertrauen und gewaltlose Konfliktlö-
3500 sung als Gemeinschaftsleistung verschie-
3501 denster Akteure verstanden und erreicht
3502 wird: staatlich, zivilgesellschaftlich, familiär
3503 und religiös.

3504 **Unsere Ziele:**

- 3505 • Professionalisierung und personelle
3506 Absicherung der Programme für be-
3507 sonders auffällige junge Straftäter
3508 (BajuS) und erwachsene Mehrfach-
3509 und Intensivtäter (MIT).
- 3510 • Verstärkte interdisziplinäre Verzäh-
3511 lung zwischen Polizei, Staatsan-
3512 waltschaft, Jugendämtern, Jugend-
3513 gerichtshilfe, sozialen/psychosozia-
3514 len Diensten, Schulen und Gerich-
3515 ten.
- 3516 • Schwerpunkt auf bürgernahe, ge-
3517 meinorientierte Polizeiarbeit (Com-
3518 munity Policing).
- 3519 • Regionaler Dialog zwischen Politik,
3520 Polizei und Bürgern – Vernetzung
3521 zur Bildung von Synergien und die
3522 Stärkung der Legitimität der Polizei-
3523 arbeit.
- 3524 • Bedarfsgerechte Mittel für Bildung,
3525 Jugendhilfe, Gewaltprävention und
3526 soziale Projekte. Jeder investierte
3527 Euro in Gewaltprävention spart

3528 durchschnittlich 12 Euro an gesell-
3529 schaftlichen Folgekosten.

- 3530 • Spezieller Schutz für situationsab-
3531 hängig vulnerable Gruppen wie Äl-
3532 tere, Kinder und Jugendliche,
3533 Frauen, Personen mit Migrationsge-
3534 schichte sowie Menschen mit Be-
3535 hinderungen.
- 3536 • Stärkung und Schutz von Kindern
3537 und Jugend durch Aufklärung über
3538 digitale Gewalt und Cybermobbing.
- 3539 • Frühzeitige Gewaltprävention durch
3540 Präventionsarbeit in Schulen und
3541 Jugendeinrichtungen.

3542 **10.4. Personalmangel bei der Polizei be-** 3543 **enden – Handlungsfähigkeit sichern**

3544 Erfolg, Qualität und jede Weiterentwicklung
3545 polizeilichen Wirkens steht und fällt mit einer
3546 aufgabengerechten Personalausstattung.

3547 Gegenwärtig gefährden allerdings dramati-
3548 sche Personalengpässe die öffentliche Si-
3549 cherheit; Baden-Württembergs Polizei er-
3550 lebt eine nie dagewesene Personalkrise:
3551 Über 3.000 Stellen sind unbesetzt – jede
3552 zehnte Polizeistelle ist vakant. Mehr als
3553 2.700 Polizistinnen und Polizisten fehlen für
3554 die Grundversorgung der öffentlichen Si-
3555 cherheit. Erstmals konnten 2024 sogar 150
3556 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden,
3557 während gleichzeitig über 20 Prozent der
3558 Auszubildenden ihre Ausbildung abbrechen.
3559 Baden-Württemberg trägt bei der Polizei-
3560 dichte im Bundesvergleich die rote Laterne.

3561 Ein wesentlicher Grund für die heutigen De-
3562 fizite sind jahrelange falsche Prioritäten, ide-
3563 ologische Kämpfe in der grün-schwarzen
3564 Koalition und die intransparenten Sparab-
3565 sprachen zu Beginn der grün-schwarzen
3566 Koalition 2016: Der verabredete Abbau von
3567 5.000 Stellen bis 2020 bedeutet ein struktu-
3568 relles Versagen, da die Pensionierungswelle
3569 der Baby-Boom-Generation, zurückge-
3570 hende Bewerberzahlen und wachsende An-
3571 forderungen bei Terrorismus, Cybercrime
3572 und politischem Extremismus absehbar wa-
3573 ren.

3574

3575 **Unsere Ziele:**

- 3576 • Mehr Aufgaben und wachsende
3577 Komplexität brauchen mehr Perso-
3578 nal: 4.000 zusätzliche Stellen bis
3579 zum Ende der Legislatur, davon
3580 1.000 Stellen im Verwaltungsdienst
3581 zur Entlastung der Vollzugskräfte.
- 3582 • Als unmittelbare Reaktion auf den
3583 dramatischen Personalmangel for-
3584 dern wir den Ausbau der Polizei-
3585 hochschule mit beiden Standorten
3586 und die Verdopplung der Ausbil-
3587 dungsplätze von 1.200 auf 2.400
3588 Plätze – alle mit Übernahmegarantie.
- 3589
- 3590 • Ausbildung und Rekrutierung revo-
3591 lutionieren: Zugangshürden senken,
3592 Ausbildungsvergütung auf Mindest-
3593 lohn-Niveau, Wohnheimplätze für
3594 Auszubildende, Quereinsteigspro-
3595 gramme für Fachkräfte ab 35 Jah-
3596 ren.
- 3597 • Mentoring macht's: Strikt leistungs-
3598 orientierte Förderung für Nach-
3599 wuchsführungskräfte aus allen ge-
3600 gesellschaftlichen Gruppen.
- 3601 • Defizite in der Personalführung be-
3602 enden: Wir fordern ein Leitbild
3603 (Code of Conduct) – von den Be-
3604 schäftigten entwickelt – und ein Be-
3605 urteilungssystem.
- 3606 • Harte Arbeit – gutes Geld: Besol-
3607 dungsanpassung an das Niveau
3608 Bundespolizei. Dazu: Ein Zulagen-
3609 system, dass die wirklichen Belas-
3610 tungen – auch für Bedienstete mit
3611 psychisch besonders belastenden
3612 Tätigkeiten – kompensiert. Und:
3613 Schnellere Auszahlbarkeit für Mehr-
3614 arbeitsstunden.
- 3615 • Zuverlässige Kinderbetreuung am
3616 Dienstort.
- 3617 • Biete gute Jobs – und rede darüber:
3618 Baden-Württemberg ist ein guter
3619 Platz zum Leben und Arbeiten: Mit
3620 einer Image-Kampagne, einer
3621 Social-Media-Offensive sowie ver-
3622 stärker Berufsorientierung in

3623 Schulen und Berufsmessen, wollen
3624 wir Berufseinsteiger ansprechen.

3625 **10.5. Schutz und Wertschätzung für alle** 3626 **Einsatzkräfte**

3627 Gewalt gegen Einsatzkräfte erreichte mit ei-
3628 nem Anstieg um 7,2 Prozent auf fast 6.400
3629 Straftaten einen neuen Höchststand.

3630 Polizeidienstkräfte, Feuerwehrangehörige,
3631 Rettungs- und Katastrophenschutzkräfte,
3632 Ärzte und Angehörige der Gesundheitsbe-
3633 rufe sowie unzählige Ehrenamtler stehen je-
3634 den Tag für das Leben und die Sicherheit der
3635 Menschen ein. Wenn es darauf ankommt,
3636 müssen sie Leben und wichtige Sachwerte
3637 wirksam schützen und bewahren. Für die-
3638 sen Einsatz und das leidenschaftliche Enga-
3639 gement brauchen diese Alltagshelden unse-
3640 ren Rückhalt.

3641 **Unsere Ziele:**

- 3642 • Respekt zeigen: Wir wissen: solide
3643 Stellenausstattung, modernste Aus-
3644 stattung mit Einsatzmitteln, Gebäu-
3645 den und IT sind nicht nur elementare
3646 Arbeitsgrundlage, sondern Aus-
3647 druck von Wertschätzung.
- 3648 • Exzellente Aus- und Fortbildung in
3649 modernen Akademien und Trai-
3650 ningszentren, weiterhin auch in De-
3651 eskalationstechniken und interkul-
3652 tureller Kompetenz.
- 3653 • In der Mitte der Gesellschaft: Die
3654 Leistung der Einsatz-, Rettungs-,
3655 und Bevölkerungsschutzkräfte
3656 müssen in der Öffentlichkeit sicht-
3657 barer sein.
- 3658 • Wir machen Druck: Der Bund muss
3659 Vollstreckungsbeamte, Rettungs-
3660 kräfte und medizinisches Personal
3661 durch einen einheitlichen Tatbe-
3662 stand für verbale und tätliche An-
3663 griffe, schnellere Anklagen und
3664 Strafvollstreckungen besser schüt-
3665 zen.

3666 **10.6. Für eine effektive und schnelle Jus-** 3667 **tiz in Baden-Württemberg**

3668 Eine funktionierende Justiz ist ein Grund-
3669 pfeiler unserer Demokratie. Doch in Baden-

3670 Württemberg geraten die Gerichte zuneh-
3671 mend an ihre Belastungsgrenzen: Die Zahl
3672 offener Verfahren steigt, Verfahren dauern zu
3673 lange, der Nachwuchs fehlt. Wer Recht
3674 sucht, darf nicht durch überlange Verfah-
3675 rensdauern oder unüberschaubare Vor-
3676 schriftten abgeschreckt werden.

3677 Gesetze müssen verständlich und bürger-
3678 nah sein. Gerade für juristische Laien ist das
3679 Rechtssystem oft zu komplex. Deshalb for-
3680 dern wir: Rechtliches Grundwissen muss
3681 bereits in der Schule vermittelt werden. Der
3682 Besuch von Gerichtsverhandlungen oder
3683 der Austausch mit Juristinnen und Juristen
3684 soll selbstverständlicher Bestandteil schuli-
3685 scher Bildung werden. Wir setzen uns für
3686 den Ausbau rechtlicher Bildungsangebote
3687 und die Verankerung des Themas Justiz in
3688 den Lehrplänen ein.

3689 Rechtsschutz darf nicht am Geldbeutel
3690 scheitern. Beratungsangebote wie die Bera-
3691 tungshilfe beim Amtsgericht sind wichtige
3692 Anlaufstellen für Menschen mit geringem
3693 Einkommen. Wir unterstützen die öffentliche
3694 Finanzierung und den bedarfsgerechten
3695 Ausbau dieser Stellen, insbesondere im
3696 ländlichen Raum. Viele Menschen kennen
3697 ihre Rechtsansprüche nicht – deshalb müs-
3698 sen Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe
3699 aktiv bekannt gemacht und niedrigschwellig
3700 zugänglich sein.

3701 Die Unabhängigkeit der Justiz ist kein abs-
3702 traktes Prinzip, sondern Grundvorausset-
3703 zung für das Vertrauen der Bevölkerung in
3704 den Rechtsstaat. Doch deutsche Staatsan-
3705 waltschaften gelten nach einem Urteil des
3706 Europäischen Gerichtshofs aufgrund ihrer
3707 Weisungsgebundenheit nicht als unabhän-
3708 gige Justizbehörden – ein unhaltbarer Zu-
3709 stand, der Deutschland international isoliert.

3710 Wir fordern die weitgehende Unabhängig-
3711 keit der Staatsanwaltschaften von politi-
3712 scher Einflussnahme. Das ministerielle Ein-
3713 zelweisungsrecht in konkreten Ermittlungs-
3714 verfahren muss abgeschafft werden. Justiz-
3715 minister dürfen Staatsanwälten nicht aus
3716 politischen Erwägungen vorschreiben, wie
3717 sie in einzelnen Fällen zu ermitteln haben.

3718 Verbleibende Weisungsrechte müssen
3719 transparent, schriftlich begründet und parla-
3720 mentarisch kontrollierbar sein. Weisungen
3721 dürfen ausschließlich bei klaren Rechtsfeh-
3722 lern erfolgen – nie aus sachfremden oder
3723 politischen Motiven.

3724 Baden-Württemberg muss sich im Bundes-
3725 rat für eine entsprechende Gesetzesände-
3726 rung einsetzen. Gerade in Zeiten, in denen
3727 der Rechtsstaat unter Druck gerät, brau-
3728 chen wir eine Staatsanwaltschaft, die frei
3729 von politischer Instrumentalisierung arbeiten
3730 kann. Nur eine unabhängige Staatsanwalt-
3731 schaft ist eine glaubwürdig.

3732 In Baden-Württemberg gehen bis 2031 vo-
3733 raussichtlich 983 Richterinnen, Richter und
3734 Staatsanwältinnen in den Ruhestand. Trotz
3735 Stellenausbau droht eine erhebliche Lücke.
3736 Besonders in ländlichen Regionen bleibt die
3737 Personalgewinnung eine Herausforderung.

3738 Deshalb wollen wir die Nachwuchsgewin-
3739 nung deutlich stärken: Bereits in Schulen
3740 und Universitäten soll für die juristischen Be-
3741 rufe geworben werden. Baden-Württemberg
3742 muss als moderner Arbeitgeber auftreten,
3743 der Berufs- und Privatleben vereinbar
3744 macht. Die Ausbildungskapazitäten im juris-
3745 tischen Bereich sind zu sichern und auszu-
3746 bauen.

3747 Baden-Württemberg ist bei der Digitalisie-
3748 rung der Justiz bundesweit führend, etwa
3749 durch die Einführung der elektronischen Ge-
3750 richtsakte. Dennoch darf Digitalisierung
3751 nicht zum Selbstzweck werden. Sie muss
3752 den Zugang zum Recht erleichtern, nicht er-
3753 schweren.

3754 Videoverhandlungen dürfen echte Verhand-
3755 lungen nur in Ausnahmefällen ersetzen. Der
3756 Ausbau digitaler Infrastruktur muss Hand in
3757 Hand gehen mit Fortbildung, ausreichender
3758 personeller Ausstattung und technischer
3759 Unterstützung. Gerichtsstandorte im ländli-
3760 chen Raum müssen erhalten bleiben. Wir
3761 unterstützen ein bundesweites Justizportal
3762 mit einheitlichen Standards.

3763 Die Zahl offener Strafverfahren ist in den ver-
3764 gangenen Jahren deutlich gestiegen. Um

3765 Verfahren zügig abzuschließen, braucht es
3766 mehr Personal und eine Entlastung der Jus-
3767 tiz durch gut ausgebildete Rechtspflegerin-
3768 nen und Rechtspfleger. Zu einem fairen Ver-
3769 fahren gehört eine Entscheidung in ange-
3770 messener Frist. Konsequenter und schnel-
3771 lere Verfahren sind daher nicht nur „als
3772 Strafe, die auf den Fuß folgt“ geboten, son-
3773 dern rechtsstaatlich gefordert.

3774 Wer im Justizvollzug arbeitet, sorgt für die
3775 Sicherheit der Allgemeinheit und verdient
3776 unsere Anerkennung. Private Betreiber und
3777 Sicherheitsdienste in Gerichten und Justiz-
3778 vollzugsanstalten lehnen wir ab. Strafvollzug
3779 ist hoheitliche Aufgabe des Staates.

3780 Prävention ist uns ein zentrales Anliegen.
3781 Gerade junge Menschen müssen durch eine
3782 gute Sozialarbeit und Aufklärung über Recht
3783 und Unrecht gestärkt werden. Deshalb for-
3784 dern wir mehr Schulsozialarbeiterinnen und
3785 Streetworker. Der Rechtsstaat muss für alle
3786 erfahrbar, verständlich und erreichbar sein.

3787 **Unsere Ziele:**

- 3788 • Stärkung rechtlicher Allgemeinbil-
3789 dung in Schulen.
- 3790 • Ausbau öffentlich finanzierter
3791 Rechtsberatungsstellen im ländli-
3792 chen Raum.
- 3793 • Finanzielle Stärkung der Beratungs-
3794 und Prozesskostenhilfe.
- 3795 • Abschaffung der Weisungsgebun-
3796 denheit von Staatsanwaltschaften.
- 3797 • Nachwuchsförderung in juristischen
3798 Berufen durch bessere Ausbil-
3799 dungsbedingungen.
- 3800 • Digitalisierung mit Augenmaß: tech-
3801 nische Ausstattung sichern, Zugang
3802 erhalten.
- 3803 • Keine Privatisierung im Justizvoll-
3804 zug.
- 3805 • Frühzeitige Kriminalprävention
3806 durch Sozialarbeit und Bildung.

3807 **11. Bürgernähe und handlungsfähige** 3808 **Kommunen**

3809 Kommunalpolitik ist nicht abstrakt – sie ent-
3810 scheidet darüber, ob der Alltag gelingt. Doch
3811 in Baden-Württemberg kämpfen viele Kom-
3812 munen mit massiven Problemen: explodie-
3813 rende Sozialausgaben, Fachkräftemangel,
3814 Investitionsstau und einer Verwaltung, die
3815 unter Personalmangel und wachsender Bü-
3816 rokratie leidet. Aber wenn der Bürger in das
3817 Bürgerbüro kommt, dann muss er sich
3818 vielerorts auf lange Wartezeiten einstellen.
3819 Kurzfristige Anliegen scheitern an der Er-
3820 reichbarkeit von Ansprechpersonen. Das
3821 muss sich ändern!

3822 **11.1. Lebenswerte und handlungsfähige** 3823 **Kommunen für eine starke Heimat!**

3824 In Städten, Gemeinden und Dörfern erleben
3825 die Menschen hautnah, was Politik tatsäch-
3826 lich bewirkt – und wo sie versagt. Sie mer-
3827 ken, wenn Bushaltestellen verrotten, Arzt-
3828 praxen schließen, Sporthallen gesperrt wer-
3829 den oder Kitaplätze fehlen.

3830 Immer häufiger verausgaben sich Städte
3831 und Gemeinden durch ihre Pflichtaufgaben.
3832 Finanzieller Spielraum für eine gestaltende
3833 kommunale Selbstverwaltung fehlt. 31 der
3834 35 Landkreise in Baden-Württemberg
3835 schreiben rote Zahlen. 25 der angeschlage-
3836 nen Landkreise können noch auf Rücklagen
3837 zurückgreifen. Bei den übrigen Sechs ist be-
3838 reits nichts mehr übrig. Sie schlagen zurecht
3839 Alarm und müssen nun entweder Schulden
3840 aufnehmen oder massiv kürzen. Damit steht
3841 auch das Haushaltsrecht der Kommunen
3842 dann nur noch auf dem Papier.

3843 Die schwarz-grüne Landesregierung hat auf
3844 diese Entwicklungen nicht geantwortet.
3845 Komplexe Förderprogramme, bürokratische
3846 Hürden und aufwendige Verwendungsnach-
3847 weise überfordern gerade kleine Gemeinden
3848 mit weniger leistungsfähiger Verwaltung.

3849 Wir fordern daher eine umfassende Reform
3850 der kommunalen Finanzierung. Die Kommu-
3851 nen brauchen endlich eine verlässliche, be-
3852 darfsgerechte Grundfinanzierung – unab-
3853 hängig von der jeweiligen Haushaltslage des
3854 Landes und Förderprogrammen. Dabei

3855 müssen auch die regionalen Unterschiede
3856 innerhalb Baden-Württembergs Berücksich-
3857 tigung finden:

3858 Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort wissen
3859 am besten, was gebraucht wird. Deshalb
3860 wollen wir die Entscheidungshoheit der
3861 Kommunen stärken. Das Notwendige soll
3862 umgesetzt werden, unabhängig von den ak-
3863 tuellen Fördertöpfen.

3864 Besonders belastet werden die kommuna-
3865 len Haushalte durch die stetig steigenden
3866 Sozialausgaben. Diese Aufgaben sind ge-
3867 samtgesellschaftlich, jedoch die Lasten tra-
3868 gen die Kommunen. Wir setzen uns für eine
3869 gerechte Verteilung dieser sozialen Lasten
3870 ein und fordern eine spürbare Entlastung der
3871 Städte und Gemeinden.

3872 Die überbordende Bürokratie hemmt nicht
3873 nur die Verwaltung, sondern auch das bür-
3874 gerschaftliche Engagement. Wir wollen er-
3875 füllbare Regeln statt Gängelung.

3876 Bei pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben
3877 muss die Landesregierung Verantwortung
3878 übernehmen, die Kommunen strukturiert zu
3879 unterstützen: im Kita- und Schulbereich, bei
3880 Bauplanungs- und Bauordnungsangelegen-
3881 heiten oder bei der digitalen Infrastruktur. In-
3882 terkommunale Zusammenarbeit wollen wir
3883 stärken – nicht als Sparmodell, sondern als
3884 solidarisches Prinzip.

3885 Wir stehen für eine Daseinsvorsorge in öf-
3886 fentlicher Hand. Gesundheit, Wohnen, Ener-
3887 gie- und Wasserversorgung sowie Abfall-
3888 wirtschaft sind keine Geschäftsmodelle. Re-
3889 kommunalisierung statt Privatisierung ist der
3890 richtige Weg, um lebenswerte Kommunen
3891 zu schaffen.

3892 Lebenswerte Kommunen brauchen Treff-
3893 punkte, Jugendhäuser, Läden, Gastrono-
3894 mie, Kultur und Sport – auch im ländlichen
3895 Raum. Wir setzen uns für alternative Betrei-
3896 bermodelle wie Genossenschaften ein, um
3897 auch in kleinen Gemeinden attraktive Le-
3898 bensbedingungen zu schaffen. Wir fördern
3899 kommunale Ärztehäuser und renovieren
3900 Schwimmbäder.

3901 **Unsere Ziele:**

- 3902 • Lebendige Orte erhalten: Treff-
3903 punkte, Jugendhäuser, Kultur, Gast-
3904 ronomie, Sport und kleine Läden
3905 machen das Leben vor Ort lebens-
3906 wert.
- 3907 • Wir fördern kommunale Ärztehäuser
3908 und renovieren Bäder zur Gewähr-
3909 leistung des Schwimmunterrichtes
- 3910 • Kommunen verlässlich finanzieren:
3911 Städte, Gemeinden und Landkreise
3912 brauchen eine solide Grundfinanzie-
3913 rung
- 3914 • Deutlich mehr Personal in den Be-
3915 reichen Gesundheit, Bildung, Pflege
3916 und öffentlicher Verwaltung.
- 3917 • Vorrang für kommunale und ge-
3918 meinnützige Anbieter bei Gesund-
3919 heit, Wohnen, Energie- und Wasser-
3920 versorgung; Rekommunalisierung
3921 der Daseinsvorsorge – kostende-
3922 ckende statt gewinnorientierter Ge-
3923 bühren.
- 3924 • Faire Neuausrichtung des kommu-
3925 nalen Finanzausgleichs zur Absi-
3926 cherung der kommunalen Selbst-
3927 verwaltung und echter Entschei-
3928 dung über freiwillige Leistungen.
- 3929 • Abbau des Investitionsstaus durch
3930 auskömmliche Grundfinanzierung
3931 statt Projektförder-Wettrennen.
- 3932 • Bürokratieabbau bei der Mittel-
3933 vergabe – einfachere Verfahren,
3934 klare Zuständigkeiten.
- 3935 • Stärkung von Bürgerhaushalten und
3936 direkter Einflussnahme der Bürge-
3937 rinnen und Bürger auf die kommu-
3938 nale Politik.

3939 **11.2. Feuerwehr, Rettungsdienst und Ka-** 3940 **tastrophenschutz**

3941 Die Sicherheit der Menschen in Baden-
3942 Württemberg hängt entscheidend von einer
3943 funktionierenden Gefahrenabwehr ab – bei
3944 Bränden, Unfällen, Extremwetter oder ande-
3945 ren Notlagen. Feuerwehr, Rettungsdienst
3946 und Katastrophenschutz leisten Tag für Tag
3947 unverzichtbare Arbeit, oft unter großen per-
3948 sönlichen Risiken. Diese Leistung wird

3949 überwiegend ehrenamtlich erbracht: Von
3950 rund 186.000 Feuerwehrangehörigen in Ba-
3951 den-Württemberg engagieren sich etwa 97
3952 Prozent ehrenamtlich. Sie rücken jährlich zu
3953 rund 150.000 Einsätzen aus – im Schnitt alle
3954 3,5 Minuten. Dieses Engagement verdient
3955 nicht nur Respekt, sondern konkrete Unter-
3956 stützung.

3957 Die landesweit eingeführte Ehrenamtskarte
3958 mit Vorteilen im ÖPNV sowie bei Kultur- und
3959 Freizeiteinrichtungen ist ein richtiger Schritt.
3960 Wir unterstützen diese Form der Wertschät-
3961 zung ausdrücklich und wollen sie dauerhaft
3962 sichern. Darüber hinaus setzen wir uns für
3963 bessere Ausstattung und gezielte Aus- und
3964 Weiterbildung ein.

3965 Die Kommunen stehen beim Brandschutz
3966 unter wachsendem Druck: Einsatzfahrzeuge
3967 veralten, Löschwasserreserven sind in tro-
3968 ckenen Regionen zu knapp bemessen, digi-
3969 tale Alarmierung und Schutzkleidung oft
3970 nicht auf dem neuesten Stand. Gerade im
3971 ländlichen Raum fehlt es vielerorts an mo-
3972 derner Infrastruktur und qualifiziertem Per-
3973 sonal.

3974 Die Beschaffung technischer Ausstattung –
3975 von Fahrzeugen über Löschwassernetze bis
3976 hin zu Spezialgerät – darf nicht an zähen
3977 Förderverfahren scheitern. Es ist nicht hin-
3978 nehmbar, dass die Bearbeitungsdauer von
3979 Förderanträgen teilweise über zwei Jahre
3980 beträgt. Das Land muss diese Verfahren
3981 deutlich vereinfachen und den Kommunen
3982 schnell und unbürokratisch helfen.

3983 Mit der zunehmenden Gefahr durch Wald-
3984 und Vegetationsbrände – auch in Baden-
3985 Württemberg wie der Rheinebene, dem
3986 Schwarzwald oder der Schwäbischen Alb –
3987 müssen neue Prioritäten in Finanzierung und
3988 Struktur des Brandschutzes gesetzt werden.
3989 Einsatzmittel, Schutzkleidung, Ausbildung
3990 und Prävention müssen mit der klimatischen
3991 Realität Schritt halten. Die luftgestützte
3992 Brandbekämpfung im Länderverbund und
3993 die zugehörige Löschwasserbereitstellung
3994 sind für uns ein wichtiges Thema.

3995 Im Bereich der Führungsausbildung
3996 herrscht dringender Handlungsbedarf. Die

3997 Landesfeuerweherschule in Bruchsal bildet
3998 mit rund 41 Lehrkräften etwa 6.500 Teilneh-
3999 merinnen und Teilnehmer jährlich aus. Die
4000 Schule muss personell und infrastrukturell
4001 ausgebaut werden.

4002 Gleichzeitig müssen Arbeitgeber in die
4003 Pflicht genommen werden, Ehrenamtliche
4004 im Katastrophenschutz leichter freizustellen
4005 – mit rechtlichem Rückhalt und finanzieller
4006 Kompensation.

4007 Private und betriebliche Feuerwehren im
4008 Land verfügen über Technik und Personal,
4009 das stärker in den örtlichen Katastrophen-
4010 schutz eingebunden werden könnte. Hier
4011 müssen rechtliche Hürden abgebaut und
4012 Kooperationen gestärkt werden.

4013 Wir lehnen die politische Vermischung von
4014 Katastrophenschutz und Zivilschutz ab, Ka-
4015 tastrophenschutz ist Ländersache und liegt
4016 in den Händen Baden-Württembergs.

4017 **Unsere Ziele:**

- 4018 • Landeshilfen für Ausstattung, Fahr-
4019 zeuge und Infrastruktur im Brand-
4020 und Katastrophenschutz – durch
4021 Förderung und Kostensenkung über
4022 zentralisierte Beschaffung.
- 4023 • Unbürokratische, schnelle finanzi-
4024 elle Unterstützung der Kommunen
4025 bei der Notfallausstattung.
- 4026 • Aufwertung des Ehrenamts durch
4027 eine landesweit einheitliche, dauer-
4028 haft gesicherte Ehrenamtskarte.
- 4029 • Ausbau und Modernisierung der
4030 Landesfeuerweherschule.
- 4031 • Klar geregelte Freistellungsregelun-
4032 gen für Ehrenamtliche.
- 4033 • Waldbrandprävention als Heimat-
4034 schutz, Ausrüstung und Ausbildung
4035 angepasst an klimatische Risiken in
4036 Baden-Württemberg.
- 4037 • Einbindung betrieblicher Feuerweh-
4038 ren in die örtliche Gefahrenabwehr
4039 durch rechtssichere Kooperations-
4040 regelungen.

4041

4042 **12. Solide Finanz- und Strukturpolitik**

4043 Baden-Württemberg braucht eine solide
4044 und gerechte Finanzpolitik, die den sozialen
4045 und ökologischen Herausforderungen unse-
4046 rer Zeit gerecht wird. Die jahrelange Orien-
4047 tierung an der „schwarzen Null“ hat sicht-
4048 bare Spuren hinterlassen: Sanierungsbe-
4049 dürfte Schulen, eine marode Verkehrsinf-
4050 rastruktur, Investitionslücken im Gesund-
4051 heitswesen und fehlender sozialer Woh-
4052 nungsbau sind Ausdruck einer verfehlten
4053 Kürzungspolitik.

4054 Dabei gibt es in Baden-Württemberg trotz
4055 vergleichsweise guter Haushaltslage längst
4056 einen riesigen Investitionsstau. Laut DGB
4057 Baden-Württemberg beträgt der Investiti-
4058 onsbedarf im Land allein in den kommenden
4059 zehn Jahren rund 165 Milliarden Euro. Öff-
4060 entliche Investitionen wurden zurückgefahr-
4061 ren, Fachfirmen sind vielerorts verschwun-
4062 den, weil über Jahre hinweg keine kommu-
4063 nalen Aufträge mehr kamen. In vielen Kom-
4064 munen wurde die notwendige Instandhal-
4065 tung von Straßen, Brücken und öffentlicher
4066 Infrastruktur aus Kostengründen verschö-
4067 ben – mit steigenden Folgekosten.

4068 Die Schuldenbremse, seit 2020 auch in der
4069 Landesverfassung verankert, verschärft das
4070 Problem weiter. Sie verhindert wichtige Zu-
4071 kunftsinvestitionen und engt den Hand-
4072 lungsspielraum von Land und Kommunen
4073 künstlich ein. Wir sagen klar: Die Schulden-
4074 bremsen darf nicht den Fortschritt im Land
4075 bremsen. Investitionen in soziale und tech-
4076 nische Infrastruktur müssen durch gezielte
4077 Kreditaufnahmen wieder ermöglicht werden.
4078 Es braucht ein langfristiges, umfassendes
4079 Investitionsprogramm – insbesondere für
4080 Schulen, Wohnungsbau, Digitalisierung, kli-
4081 mafreundliche Mobilität und die kommunale
4082 Daseinsvorsorge.

4083 Die derzeitige Fördermittelpolitik ist häufig
4084 zu bürokratisch, unflexibel und führt zu lan-
4085 gen Bearbeitungszeiten. Förderanträge wer-
4086 den von Kommunen aufgrund überzeichne-
4087 ter Programme, komplizierter Verfahren oder
4088 mangelnder Planungssicherheit nicht oder
4089 verspätet abgerufen. Das muss sich ändern:

4090 Wir fordern eine unbürokratische, verlässli-
4091 che und bedarfsgerechte Fördermittel-
4092 vergabe.

4093 Besonders die Kommunen brauchen mehr
4094 finanzielle Eigenständigkeit. Der kommunale
4095 Finanzausgleich in Baden-Württemberg
4096 muss reformiert werden. Ziel ist ein gerech-
4097 ter Schlüssel, der auch strukturschwachen
4098 Kommunen ermöglicht, ihre Aufgaben aus-
4099 kömmlich zu finanzieren. Das Konnexitäts-
4100 prinzip – „wer bestellt, bezahlt“ – muss stets
4101 gelten. Neue Aufgaben dürfen nicht auf die
4102 Kommunen abgewälzt werden, ohne dass
4103 Land oder Bund die entsprechenden Mittel
4104 bereitstellen.

4105 Rekommunalisierungen, etwa von Kranken-
4106 häusern, Wohnungen oder Energieversor-
4107 gung, müssen erleichtert und gefördert wer-
4108 den. Dafür schlagen wir einen landeseige-
4109 nen Rekommunalisierungsfonds vor. Der
4110 Verkauf öffentlichen Eigentums war ein Feh-
4111 ler, der korrigiert werden muss – die Da-
4112 seinsvorsorge gehört in öffentliche Hand.

4113 Wir setzen uns für eine soziale Steuerpolitik
4114 ein. Baden-Württemberg soll sich über eine
4115 Bundesratsinitiative für die Wiedereinfüh-
4116 rung der Vermögenssteuer einsetzen. Eine
4117 Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit
4118 beziffert das zusätzliche Aufkommen auf bis
4119 zu 73 Milliarden Euro jährlich – Gelder, die
4120 den Ländern zugutekämen und dringend
4121 benötigte Investitionen ermöglichen wür-
4122 den. Auch eine sozial gerechte Reform der
4123 Grundsteuer muss sicherstellen, dass keine
4124 zusätzlichen Belastungen für Bürgerinnen
4125 und Bürger entstehen.

4126 **Unsere Ziele:**

- 4127 • Ein umfassendes Investitionspro-
4128 gramm für soziale und technische
4129 Infrastruktur in ganz Baden-Würt-
4130 ttemberg.
- 4131 • Reform des kommunalen Finanz-
4132 ausgleichs und Einhaltung des Kon-
4133 nexitätsprinzips.
- 4134 • Abschaffung der Schuldenbremse
4135 in der Landesverfassung.

- 4136
4137
4138
4139
4140
4141
4142
4143
4144
4145
4146
4147
4148
4149
4150
4151
4152
4153
- Umfassende Nutzung des neugeschaffenen finanziellen Spielraums der Schuldenbremse in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.
 - Einrichtung eines Rekommunalisierungsfonds für den Rückkauf öffentlicher Daseinsvorsorge.
 - Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer stärkeren Besteuerung großer Erbschaften.
 - Bürokratieabbau bei Förderverfahren und planbare, verlässliche Mittelvergabe an Kommunen.
 - Soziale Reform der Grundsteuer und gerechte Besteuerung von Vermögen und Einkommen.

4154 **13. Klima und Umwelt, Naturschutz und**
4155 **Landwirtschaft für Baden-Württemberg**

4156 Vernunft statt Verbot – Pragmatische
4157 Klimapolitik und echter Naturschutz, die
4158 Wirtschaft und Arbeitnehmer schützt,
4159 während Natur und regionale Strukturen
4160 bewahrt werden.

4161 Das BSW steht für eine durchdachte
4162 Klimapolitik, die nicht durch ideologische
4163 Verbote, sondern durch intelligente
4164 Lösungen wirkt. In Baden-Württemberg
4165 müssen wir die drängenden
4166 Herausforderungen unseres Landes
4167 angehen, ohne dabei Bauern, Handwerker
4168 und Hausbesitzer im Stich zu lassen.

4169 **13.1. Energiewende: Regional und ohne**
4170 **Utopien.**

4171 Das Verbrenner-Verbot und das
4172 Heizungsgesetz kosten Bürger Tausende
4173 Euro – bringen aber insgesamt keinen
4174 wirklichen Klimaschutz. Wir setzen auf
4175 Technologieoffenheit statt Verbots-
4176 Ideologie. Wir sagen: Stromnetze in
4177 öffentliche Hand, Netzentgelte senken und
4178 damit echte Entlastung für Haushalte und
4179 Betriebe schaffen.

4180 Baden-Württemberg braucht sichere Ener-
4181 gie. Diese basiert nicht allein auf Stromauto-
4182 bahnen, sondern vor allem einem Ausbau
4183 der dezentralen Energieversorgung. Wir wol-
4184 len neue Gaskraftwerke in Baden-Württem-
4185 berg bauen, um sichere Energie vor Ort zu
4186 erzeugen. Wir fördern Geothermie-Projekte
4187 in der Oberrheinischen Tiefebene – ein un-
4188 genutztes Potenzial für stabile Grundlast.

4189 Energiegenossenschaften ermöglichen Bür-
4190 gerengagement: Haushalte und Mittelständ-
4191 ler können gemeinsam in Solaranlagen und
4192 Wärmenetze investieren, statt nur Strom zu
4193 kaufen. Biogas-Anlagen auf landwirtschaft-
4194 lichen Höfen sichern Zusatzeinkommen und
4195 schafft eine Energie, die nicht auf Kosten der
4196 Nahrungsmittelerzeugung geht. Photovol-
4197 taik auf Dächern, Parkplätzen und Werkshal-
4198 len hat Vorrang – nicht auf wertvollen Acker-
4199 böden. Forschungsinvestitionen in Kernfusi-
4200 ons- und Speichertechnologien schaffen

4201 Perspektiven für saubere Energie der Zu-
4202 kunft.

4203 Gerade in Baden-Württemberg zeigen sich
4204 die Grenzen des Windkraftausbaus beson-
4205 ders deutlich. Viele Standorte liegen in sen-
4206 siblen Wald- oder Höhenlagen, mit schwa-
4207 chem Windaufkommen und hohem natur-
4208 räumlichem Wert. Der aktuelle Genehmi-
4209 gungsboom gefährdet Landschaftsbild, Ar-
4210 tenvielfalt und Akzeptanz vor Ort – während
4211 Netzausbau, Speichertechnologien und
4212 Rückbaukonzepte kaum Schritt halten.

4213 Windkraft kann Teil eines vielfältigen Ener-
4214 giemixes sein – aber nur dort, wo Windpo-
4215 tenzial, Umweltverträglichkeit und regionale
4216 Akzeptanz gegeben sind. Wir verlangen
4217 strenge Standortprüfungen, verbindliche
4218 Abstandsregeln, volle Kostenwahrheit sowie
4219 Rückbaupflichten mit finanziellen Sicherhei-
4220 ten. Kommunen und Bürger müssen betei-
4221 ligt, Landschaft und Biodiversität konse-
4222 quent geschützt werden.

4223 **Unsere Ziele:**

- 4224 • Ablehnung des Verbrenner-Verbots
4225 und des Heizungsgesetzes.
- 4226 • Um Energie zu sparen, wollen wir
4227 Förderprogramme für Gebäude-
4228 dämmung ausbauen.
- 4229 • Technologieoffenheit statt Verbots-
4230 Ideologie.
- 4231 • Verstaatlichung der Stromnetze und
4232 Senkung der Netzentgelte.
- 4233 • Ausbau der Förderung von Energie-
4234 genossenschaften.
- 4235 • Förderung von Geothermie-Projek-
4236 ten.
- 4237 • Bau von Gaskraftwerken zur Siche-
4238 rung der Energieversorgung vor Ort.
- 4239 • Ausbau der dezentralen Energiever-
4240 sorgung.
- 4241 • Erforschung der Kernfusion und
4242 Speichertechnologien.
- 4243 • Strenge Standortprüfungen bei
4244 Windkraft.

4245 **13.2. Flächenschutz statt Zersiedlung -** 4246 **Natur und Arten schützen!**

4247 Baden-Württemberg verliert täglich über 5
4248 Hektar Fläche an Beton und Asphalt. Netto-
4249 Null-Neuversiegelung muss Wirklichkeit
4250 werden: Rückbau ungenutzter Brachen,
4251 nicht Zersiedlung von Feldern und
4252 Streuobstwiesen. Diese europaweit
4253 einzigartigen Bestände sind Schätze der
4254 Biodiversität und kulturelles Erbe – sie
4255 gehören geschützt. Wir führen ein
4256 landwirtschaftliches Flächenkataster ein,
4257 um Spekulationen auf Ackerland zu
4258 unterbinden und Böden vor Baudruckzonen
4259 zu bewahren. Dies erhöht den Anreiz für
4260 Betriebe, langfristige Investitionen und
4261 Umweltschutzmaßnahmen zu tätigen, da
4262 klar dokumentiert ist, wem die Fläche
4263 gehört.

4264 Die Bodenerosion in den Höhenlagen des
4265 Schwarzwaldes und der Schwäbischen Alb
4266 verschärft sich durch Klimawandel und
4267 intensive Landnutzung. Wir fördern
4268 Erosionsschutzmaßnahmen durch
4269 Gehölzstreifen, Waldränder und
4270 differenzierte Bodenbearbeitung – das
4271 schützt gleichzeitig Gewässer vor
4272 Sedimenteintrag.

4273 Der Biotopverbund muss 15 Prozent der
4274 offenen Landschaft umfassen, damit
4275 Wildtiere wieder wandern können. Wir
4276 fordern ein echtes Wildtiermanagement statt
4277 unkontrollierter Wiederansiedlung:
4278 Schadensausgleich für Nutztierhalter, wenn
4279 Wolf und Biber Schäden verursachen – und
4280 begrenzte Bestandsregulierung, wo
4281 Konflikte entstehen.

4282 Der Schwarzwald leidet unter Trockenheit,
4283 Borkenkäfer und Klimawandel. Waldumbau
4284 statt Stilllegung ist die Antwort: Mit
4285 klimaresilienteren Mischbeständen und
4286 weniger Monokultur bauen wir
4287 zukunftsfähige Wälder auf, die gleichzeitig
4288 mehr Artenvielfalt bieten.

4289 Private und kommunale Waldbesitzer
4290 brauchen weniger Bürokratie und mehr
4291 Förderung – nicht Verbote. Wir unterstützen
4292 die Waldrestholz-Nutzung für Biomasse und

4293 Handwerk – auch, um Forstarbeitsplätze zu
4294 sichern. Zugleich schützen wir bedrohte
4295 Waldbewohner wie Auer- und Haselhühner
4296 durch gezielte Biotopmaßnahmen.
4297 Schonende Nutzung und Naturschutz
4298 gehören zusammen.

4299 Über 95 Prozent der Moorflächen Baden-
4300 Württembergs sind durch Entwässerung
4301 geschädigt. Moore und Feuchtgebiete
4302 gerade in Oberschwaben müssen gezielt
4303 und schneller renaturiert und unter Schutz
4304 gestellt werden – sie sind unsere natürlichen
4305 Klimaspeicher, Wasserspeicher,
4306 Hochwasserschutz und auch wertvoller
4307 natürlicher Lebensraum. Die
4308 Moorschuttkonzeption Baden-
4309 Württembergs muss endlich mit echten
4310 Mitteln umgesetzt werden. Landwirte, die
4311 ihre Flächen vernässen, sind zu fördern oder
4312 entschädigen und kooperativ zu beteiligen.

4313 **Unsere Ziele:**

- 4314 • Netto-Null-Neuversiegelung: Rück-
4315 bau von Brachen statt Zersiedlung;
4316 Streuobstwiesen und Ackerland
4317 schützen.
- 4318 • Waldumbau mit Mischbeständen:
4319 Klimaresiliente Wälder statt Mono-
4320 kultur; Waldrestholz-Nutzung för-
4321 dern.
- 4322 • Biotopverbund und Wildtierma-
4323 nagement: 15 Prozent Biotopver-
4324 bund; Schadensausgleich für Nutztierhalter statt unkontrollierter Wiederansiedlung.
- 4325 • Moore schneller renaturieren und
4326 schützen: Natürliche Klimaspeicher
4327 und Hochwasserschutz; Entschädi-
4328 gung für betroffene Landwirte.
- 4329 • Umsetzung der Moorschuttkonzeption BW.
- 4330 • Reduzierung von Bürokratie und Er-
4331 höhung der Förderung für private
4332 und kommunale Waldbesitzer.
- 4333 • Erosionsschutzmaßnahmen durch
4334 Gehölzstreifen, Waldränder und dif-
4335 ferenzierte Bodenbearbeitung.
- 4336 •
- 4337
- 4338

4339 **13.3. Gegen Verschleißpolitik**

4340 Geplante Obsoleszenz von Elektrogeräten
4341 kostet Verbraucher Milliarden. Wir führen
4342 eine Kennzeichnungspflicht für die
4343 Lebensdauer von Produkten ein und senken
4344 die Mehrwertsteuer auf Reparaturen – damit
4345 Reparieren sich wieder lohnt sich und
4346 regionale Handwerksbetriebe wachsen.

4347 **Unsere Ziele:**

- 4348 • Reparaturen statt Wegwerfmentalität: Mehrwertsteuer auf Reparaturen senken.
- 4349
- 4350
- 4351 • Kennzeichnungspflicht für Produktlebensdauer.
- 4352

4353 **13.4. Landwirtschaft: Für bäuerliche**
4354 **Unabhängigkeit statt Agrar-Konzerne**

4355 Wir stehen an der Seite unserer Bäuerinnen
4356 und Bauern. Schluss mit bürokratischer
4357 Gängelung: Wir senken den
4358 Verwaltungsaufwand, statt ihn zu erhöhen.

4359 Bodenspekulation eindämmen: Die
4360 Grundsteuer A wird abgeschafft, um
4361 Ackerland vor Preissteigerungen und
4362 Flächenraub durch Investoren zu schützen.
4363 Wir fördern Bodenerwerb durch Landwirte
4364 und regionale Genossenschaften, damit
4365 Höfe in Familienhänden bleiben.

4366 Nur gesicherte, planbare Nutzungszeiten für
4367 moderne Ställe ermöglichen Investitionen in
4368 echtes Tierwohl. Wir wollen flexiblere, praxisgerechte Alternativen zum derzeitigen
4369 starren Nachweis langfristiger Pachtverträge von Futterflächen und 10 Jahre Bestandsschutz bei vorübergehendem Leerstand. Agrardiesel muss bezahlbar bleiben.
4370
4371
4372
4373
4374 Tiertransporte begrenzen, Schlachthöfe regulär kontrollieren – das ist echter Tierchutz, kein Verbot von Fleischkonsum.

4377 Agri-Photovoltaik muss Vorrang vor
4378 Freiflächen-Solar auf wertvollen Böden
4379 haben – damit Landwirtschaft und
4380 Energiewende zusammengehen. Wir lehnen
4381 das MERCOSUR-Abkommen ab und
4382 schützen regionale Erzeuger vor
4383 Billigimporten. Ein Agrar-Marketing mit
4384 Qualitätszeichen stärkt regionale Marken

4385 wie „Schwarzwälder Schinken“ und
4386 regionale Eiweißproduktion.

4387 **Unsere Ziele:**

- 4388 • Landwirtschaftliches Flächenkataster: Gegen Bodenspekulation; Förderung von Bodenerwerb durch Bauern und Genossenschaften.
- 4389
- 4390
- 4391
- 4392 • Photovoltaik auf Dächern und als Agri-PV, nicht auf Ackerland: Biogas-Anlagen auf Höfen.
- 4393
- 4394
- 4395 • Verwaltungsaufwand reduzieren, nicht erhöhen: Agrardiesel bezahlbar; Stallgenehmigung mit flexiblen Nachweismöglichkeiten für Futterflächen und 10 Jahre Bestandschutz bei vorübergehendem Leerstand.
- 4396
- 4397
- 4398
- 4399
- 4400
- 4401

4402

4403 **14. Mobilität: Sichere, gerechte und** 4404 **zukunftsfähige Mobilität für alle**

4405 Das BSW denkt Mobilität ganzheitlich: eng-
4406 maschige Bus- und Bahnnetze, sichere
4407 Wege für Fuß- und Radverkehr, intelligente
4408 Vernetzung. Es gilt, den Menschen die freie
4409 Wahl des jeweils besten Verkehrsmittels zu
4410 ermöglichen – statt ideologische Lösungen
4411 zu diktieren.

4412 Gerade im ländlichen Raum wird das Auto
4413 weiter eine wichtige Mobilitätsoption unse-
4414 rer Gesellschaft sein. Gleichzeitig nutzen
4415 Menschen in urbanen Räumen von sich aus
4416 öffentliche Verkehrsmittel, wenn sie verfüg-
4417 bar, schnell, preiswert, sicher, und zuverläs-
4418 sig sind.

4419 **14.1. Mobilität darf kein Luxus sein – Mo-** 4420 **bilität ist Daseinsvorsorge. Der Staat** 4421 **muss liefern.**

4422 Ein leistungsfähiger, attraktiver und verläss-
4423 licher ÖPNV ist das Herzstück moderner
4424 Mobilität. Mobilität ist Teil der Daseinsvor-
4425 sorge und darf nicht strukturell privatwirt-
4426 schaftlich finanziert werden. Baden-Würt-
4427 temberg muss hier aufschließen. Die
4428 Schweiz und Österreich zeigen, wie es geht:
4429 dichte Vertaktung und verlässliche Pünkt-
4430 lichkeit – überall.

4431 Die landeseigene ÖPNV-Strategie 2030 mit
4432 dem Ziel der Nachfrageverdopplung ist un-
4433 zureichend finanziert. Kommunen und Land-
4434 kreise, die ÖPNV anbieten sollen, sind finan-
4435 ziell überfordert. Verkehrsbetriebe können
4436 Fachkräfte oft nicht halten. Modernisierung
4437 stagniert. Der Staat steht in der Verantwor-
4438 tung, die ÖPNV-Finanzierung verstetigt und
4439 bestandssichernd auszugestalten. Kurzfris-
4440 tige Förderprogramme führen zu Investiti-
4441 onsstaus und Fachkräftemangel. Wir for-
4442 dern einen ÖPNV-Strukturfonds für Baden-
4443 Württemberg mit mehrjähriger Bindung, um
4444 Planung, Beschaffung und Betrieb abzusi-
4445 chern.

4446 **Unsere Ziele:**

- 4447 • Infrastrukturinvestitionen erhöhen,
4448 ÖPNV dynamisiert finanzieren:
4449 Bund und Land müssen Kommunen

4450 bei Verkehrsaufgaben ausreichend
4451 unterstützen. Mehrjährige Finanzie-
4452 rungsgarantien für Busse und Bah-
4453 nen.

- 4454 • Verdopplung der ÖPNV-Fahrgast-
4455 zahlen bis 2030 durch echte Investi-
4456 tionen.
4457 • Privatisierung stoppen: Verkehrsinf-
4458 rastruktur muss in öffentlicher Hand
4459 bleiben.

4460 **14.2. Fahrplandichte erhöhen –** 4461 **Taktsystem statt Chaos.**

4462 Eng getaktete, integrale Fahrpläne müssen
4463 in Ballungsräumen Standard und auf dem
4464 Land klares Ziel sein. Systematische Um-
4465 steigeverbindungen zwischen Bus und Bahn
4466 schaffen Verlässlichkeit. Passende An-
4467 schlüsse, kurze Wartezeiten, einheitliche
4468 Fahrkarten – das sollte heute selbstver-
4469 ständlich sein, kein Luxus. Die Mobilitätsga-
4470 rantie benötigt eine realistische Unterlegung
4471 mit Finanzmitteln. Bedarfsorientierte On-De-
4472 mand-Shuttles („Rufbusse“) können den
4473 klassischen Bus sinnvoll ergänzen.

4474 Fahrgäste wünschen sich einfache Nut-
4475 zungsoptionen über alle Verkehrsmittel hin-
4476 weg: Moderne Mobilitätsplattformen müs-
4477 sen Bus, Bahn, Car-Sharing und Rad nied-
4478 rigschwellig integrieren.

4479 Busse und Bahnen brauchen eigene
4480 Spuren, sichere und barrierefreie Ein- und
4481 Ausstiege und bevorzugte
4482 Ampelschaltungen. Wir setzen den
4483 Schwerpunkt auf Zuverlässigkeit,
4484 Pünktlichkeit und schnellerem Transit.

4485 ÖPNV-Beschäftigte arbeiten oft unter
4486 schwierigen Bedingungen. Wir setzen uns
4487 flächendeckend für Tarifverträge, gute
4488 Löhne, sichere Arbeitsplätze im ÖPNV ein.

4489 **Unsere Ziele:**

- 4490 • Integrales Taktfahrplansystem:
4491 Systematische Vernetzung aller
4492 Verkehrsträger, kurze
4493 Umsteigezeiten, einheitliche
4494 Fahrscheine. Das ist kein Luxus,
4495 sondern Standard moderner
4496 Mobilität.

- 4497 • Flexible Bedienformen im ländlichen
4498 Raum: On-Demand-Shuttles (Ruf-
4499 busse), Rufbusse und Ruftaxen als
4500 Ergänzung zum Linienverkehr.

4501 **14.3. Schiene in der Fläche stärken**

4502 Regionale Bahnen mit guten Anschlüssen in
4503 städtische und überregionale Netze sind das
4504 Rückgrat im Alltagsverkehr. Sie erschließen
4505 kleinere Ortschaften, verbinden
4506 Arbeitsplätze mit Wohnorten und reduzieren
4507 Pkw-Pendlerverkehr. Wo Besiedlung und
4508 Nachfrage es rechtfertigen, fordern wir die
4509 Prüfung von Streckenreaktivierungen auf
4510 der Grundlage moderner, flexibler
4511 Zugsysteme.

4512 Gleichzeitig bedeuten mehr Güter auf der
4513 Schiene weniger Staus, weniger
4514 Emissionen, weniger Straßenverschleiß. Das
4515 spart Infrastrukturkosten und schafft
4516 bessere Arbeitsbedingungen für Lkw-
4517 Fahrer. Umschlaganlagen und
4518 Logistikzentren müssen mit
4519 Schienenanbindung geplant werden.

4520 **Unsere Ziele:**

- 4521 • Prüfung von Streckenreaktivierun-
4522 gen, wo Besiedlung und Nachfrage
4523 dies rechtfertigen.
- 4524 • Güterverkehr wieder auf die
4525 Schiene verlagern: Mehr Güterzüge,
4526 weniger Lkw. Das entlastet Straßen,
4527 spart Kosten und schafft bessere
4528 Arbeitsbedingungen.
- 4529 • Planung von Umschlaganlagen und
4530 Logistikzentren mit Schienenanbin-
4531 dung.
- 4532 • Erhalt und Ausbau von regionalen
4533 Schienenprojekten wie der
4534 Gäubahn.

4535 **14.4. Rad- und Fußverkehr: Sichere Wege** 4536 **für kurze Distanzen**

4537 Kopenhagen, Amsterdam und Zürich zeigen
4538 eindrucksvoll, dass Radverkehr 20-30
4539 Prozent aller Wege ausmachen kann. E-
4540 Bikes und Pedelecs machen Distanzen bis
4541 15 Kilometer für viele leicht bewältigbar. In
4542 dicht besiedelten Regionen sind
4543 Kurzstrecken ideal für Radverkehr. Millionen

4544 Deutsche steigen auf – wenn die
4545 Infrastruktur stimmt.

4546 Führende Fahrradländer zeigen: Sicherer
4547 Radverkehr basiert maßgeblich auf 2,5 bis
4548 drei Metern breiten Wegen und Richtungs-
4549 fahrstreifen. Wo immer möglich, wollen wir
4550 separate und vom Kraftfahrzeugverkehr ge-
4551 trennte Radstrecken.

4552 Sichere, regendichte, beleuchtete und
4553 überwachte Abstellmöglichkeiten für
4554 Pendler mit Ladestationen für E-Bikes und
4555 Kombi-Tickets (Rad + Bahn) – das ist es,
4556 was Radfahren zur Freude und das Rad zum
4557 alltagstauglichen Verkehrsmittel macht.

4558 Zu Fuß gehen ist die natürlichste
4559 Mobilitätsform. Aber schmale, marode
4560 Gehwege sowie zu kurze Ampel-
4561 Grünphasen sind Ärgernis und
4562 Gefahrenquelle – besonders für ältere
4563 Menschen, Eltern mit Kinderwagen und
4564 Personen mit Behinderungen. Breitere
4565 Gehwege, bedarfsgerechte Querungshilfen,
4566 Fußgängerampeln und Beleuchtung mit
4567 gleichmäßiger Lichtverteilung machen einen
4568 Fußweg zum Spaziergang und Ortskerne
4569 attraktiver. Für uns gilt: Barrierefreie Wege
4570 sind Qualitätsmerkmale einer Stadt.

4571 Beide Verkehrsarten brauchen sichere
4572 Infrastruktur.

4573 **Unsere Ziele:**

- 4574 • Sichere Radwege in und zwischen
4575 Kommunen.
- 4576 • Definition eines Standards für si-
4577 chere Radwege: 2,5 bis drei Meter
4578 Breite und Richtungsfahrstreifen.
- 4579 • Einführung von Tempo 30 in ge-
4580 schlossenen Wohngebieten.
- 4581 • Schaffung sicherer, regendichter,
4582 beleuchteter und überwachter Rad-
4583 Abstellmöglichkeiten.
- 4584 • Verbesserung der Infrastruktur für
4585 Fußgänger: breitere Gehwege, be-
4586 darfsgerechte Querungshilfen, Fuß-
4587 gängerampeln und bessere Be-
4588 leuchtung.

4589 **14.5. Mobilität und Aufenthaltsqualität**

4590 Heutige Mobilitätskonzepte rufen neben Si-
4591 cherheitsaspekten auch nach Aufenthalts-
4592 qualität:

4593 Wir setzen uns für breite, ruhige und ange-
4594 nehme Fußwege ein. Moderate Parkgebüh-
4595 ren in Innenstädten unterstützen die Finan-
4596 zierung von ÖPNV und Infrastruktur und len-
4597 ken Autoverkehr zu peripheren Park-and-
4598 Ride-Plätzen.

4599 Straßen sind mehr als Verkehrsraum – sie
4600 sind öffentliche Räume. Orte mit Bänken,
4601 Wasser, Grün und Verschattung laden zum
4602 Verweilen ein. Menschen halten sich
4603 bevorzugt dort auf, wo es Läden und
4604 Gastronomie gibt. Ansprechende, gepflegte
4605 und vielfältig nutzbare Stadträume fördern
4606 lokales Leben, Sicherheit und Teilhabe. Das
4607 ist bürgernahe Stadtgestaltung.

4608 Organisierte öffentliche Räumen zeichnen
4609 sich durch systematische Abstellplätze für
4610 Fahrräder und E-Scooter aus – nicht durch
4611 chaotisches Parken auf Gehwegen.
4612 Flächensparende Mobilität wie Car- und
4613 Bike-Sharing entlastet Straßenraum. Eine
4614 Flotte für viele spart dabei Platz und
4615 Ressourcen.

4616 **Unsere Ziele:**

- 4617 • Parkraumregelung in Innenstädten:
4618 Moderate Parkgebühren finanzieren
4619 ÖPNV und Infrastruktur, lenken
4620 Autoverkehr zu Parkplätzen an
4621 ÖPNV-Einstiegspunkten
- 4622 • Aufwertung von Straßen als öffentli-
4623 che Räume durch Bänke, Wasser,
4624 Grün und Verschattung.
- 4625 • Schaffung systematischer Abstell-
4626 plätze für Fahrräder und E-Scooter.
- 4627 • Förderung von Car- und Bike-Sha-
4628 ring zur Entlastung des Straßen-
4629 raums.

4630 **14.6. Smart Mobility: Intelligente** 4631 **Vernetzung ohne Überwachung**

4632 Moderne Mobilität braucht intelligente
4633 Systeme – aber nicht auf Kosten der
4634 Privatsphäre. Digitale Infrastruktur,

4635 durchdacht und streng
4636 datenschutzkonform, kann Mobilität
4637 vereinfachen und effizienter machen, ohne
4638 dass Menschen ständig überwacht werden.

4639 Wir wollen eine Plattform für alle
4640 Verkehrsmittel und setzen auf Echtzeit-
4641 Information und einheitliche Abrechnung für
4642 Bus, Bahn, Rad, Taxi und Auto-Sharing. Die
4643 Anwendung plant optimal von der Haustür
4644 bis zum Ziel, Menschen nutzen immer das
4645 gerade beste Verkehrsmittel für jede Fahrt.

4646 Fahrpläne, Echtzeit-Informationen,
4647 Tarifstrukturen machen wir offen verfügbar.
4648 Innovative Anbieter entwickeln so bessere
4649 Apps, bessere Routenpläne, bessere
4650 Services. Das fördert Wettbewerb und
4651 Qualität – ohne dass ein großes Tech-
4652 Unternehmen alles kontrolliert.

4653 Wir wollen intelligente Ampelsteuerungen,
4654 um so den Verkehrsfluss zu optimieren. Mo-
4655 derne Parkleitsysteme helfen, Zeit zu sparen
4656 und Verkehr zu reduzieren.

4657 Ruftaxis fahren auf vorhersehbaren Routen
4658 dahin, wo die Nachfrage gering ist und
4659 Linienbusse unwirtschaftlich sind.
4660 Anrufbusse und Bürgerbusse ergänzen
4661 Linienverkehre. So gewährleisten wir mit
4662 neuen Konzepten ein verlässlicheres
4663 Verkehrssystem gerade auf dem Land.

4664 Anonyme, aggregierte Daten sind für
4665 Verkehrsplanung sinnvoll und notwendig.
4666 Persönliches Tracking von Privatpersonen
4667 ist dabei für uns nicht akzeptabel. Das BSW
4668 achtet sorgfältig auf strikte Standards und
4669 die Datenautonomie der Nutzer: Keine
4670 Massenspeicherung, keine
4671 Datenweitergabe an Dritte ohne explizite
4672 Zustimmung. Das ist kein technisches
4673 Problem – das ist eine Frage von Regelwerk
4674 und politischem Willen.

4675 **Unsere Ziele:**

- 4676 • Digitale Mobilitätsplattformen: Echt-
4677 zeit-Information, integrierte Ticke-
4678 tierung, offene Daten – aber mit Da-
4679 tenschutz. Überwachung nein, intel-
4680 ligente Planung ja.

- Einsatz von optimierter Ampelsteuerung und Parkplatzführungssystemen.
- Verwendung anonymer, aggregierter Daten für die Verkehrsplanung.
- Definition strikter Datenschutzstandards: Kein persönliches Tracking, keine Massenspeicherung, keine Datenweitergabe an Dritte ohne explizite Zustimmung.

4691 **14.7. Barrierefreie Mobilität für alle**

4692 Mobilität ist nicht für alle gleich. Menschen
4693 mit Behinderungen, Ältere mit Rollator,
4694 Eltern mit Kinderwagen, Menschen mit
4695 Sehbehinderung – sie alle nutzen Mobilität
4696 anders. Eine gerechte Mobilitätspolitik denkt
4697 diese Menschen nicht als Ausnahmefall,
4698 sondern von Anfang an mit.

4699 Stufenfreie Züge und Busse müssen die
4700 Regel sein. Aufzüge müssen verlässlich
4701 funktionieren. Taktile Leitsysteme,
4702 Echtzeitinformationen in Brailleschrift und
4703 Sprachausgabe, klare und große
4704 Beschilderung ist Voraussetzung für
4705 Teilhabe. Servicepersonal sollte geschult
4706 sein, Menschen mit Behinderungen ohne
4707 Bevormundung zu unterstützen.

4708 Breite Zuwege (für Rollator und Rollstuhl),
4709 ebene Beläge ohne Stolperkanten, sichere
4710 Querungen mit ausreichend
4711 Überquerungszeit, Sitzplätze für Ältere – das
4712 ist nicht nur für Menschen mit
4713 Behinderungen hilfreich, das verbessert die
4714 Stadt für alle und beweist ganz praktisch
4715 Respekt.

4716 Nicht alle können oder wollen mit moderner
4717 Technologie umgehen. Herkömmliche
4718 Methoden für Information oder zum Erhalt
4719 von Fahrscheinen auf Papier müssen auch
4720 in der digitalen Welt gewährleistet sein.

4721 **Unsere Ziele:**

- Barrierefreie Mobilität für alle: Gehwege, Haltestellen, Fahrzeuge – Menschen mit Behinderungen, Ältere und Eltern mit Kinderwagen

4726 müssen überall verlässlich teilhaben
4727 können.

- Stufenfreie Züge und Busse als Standard.
- Sicherstellung der zuverlässigen Funktion von Aufzügen an Bahnhöfen.
- Ausbau von taktilen Leitsystemen, Echtzeitinformationen in Brailleschrift, Sprachausgaben und klarer Beschilderung.
- Schulung des Servicepersonals zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen.
- Schaffung sicherer Querungen mit ausreichend Überquerungszeit.
- Beibehaltung analoger Möglichkeiten für die Teilnahme am ÖPNV.

4745 **14.8. Tarifgerechtigkeit: Mobilität ist** 4746 **Grundrecht.**

4747 Das Deutschlandticket und das D-Ticket Ju-
4748 gendBW sind der Schlüssel zu einer sozial
4749 gerechten und bezahlbaren Mobilität. Beide
4750 wollen wir erhalten und wieder günstiger
4751 machen, damit Mobilität für alle Generatio-
4752 nen erschwinglich bleibt. Menschen mit Be-
4753 hinderungen, Schüler und Rentner müssen
4754 weiter besonders entlastet werden. Dies er-
4755 fordert eine Ausweitung und Vereinfachung
4756 der bestehenden Vergünstigungen, um de-
4757 ren Mobilität und Teilhabe am gesellschaftli-
4758 chen Leben nachhaltig zu fördern und zu si-
4759 chern Mobilität ist kein Luxus, sondern Vo-
4760 raussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.
4761 Das ist keine Großzügigkeit, das ist Gerech-
4762 tigkeit.

4763 **Unser Ziel:**

- Dauerhafte Absicherung und Senkung des Preises von Deutschlandticket und D-Ticket JugendBW.

4767 **14.9. Stuttgart 21**

4768 Stuttgart 21 steht sinnbildlich für ein ge-
4769 scheitertes Großprojekt, bei dem Kosten be-
4770 wusst kleingerechnet, Risiken ignoriert und
4771 Bürger nicht einbezogen wurden. Viele Mit-
4772 glieder des BSW sind seit Jahren in der

4773 Bewegung gegen das Milliardengrab Stutt-
4774 gart 21 engagiert. Die Kostenexplosion auf
4775 mittlerweile elf Milliarden Euro, ständig neu
4776 auftretende Sicherheitsmängel, Zerstörung
4777 einer zuvor intakten Innenstadt samt jahre-
4778 langem Verkehrschaos und die festgestell-
4779 ten Kapazitätseinbußen geben den Gegnern
4780 recht: Das Projekt hätte nie genehmigt wer-
4781 den dürfen. Für eine umfassende Moderni-
4782 sierung des Kopfbahnhofes und die sinn-
4783 volle Nutzung von bereits gebauten Teilstü-
4784 cken wollen wir die Expertise der S21-Be-
4785 wegung samt ihrer Umbaukonzepte in die
4786 Planungen des Verkehrsministeriums einbe-
4787 ziehen.

4788 **Unsere Ziele:**

- 4789 • Umfassende Modernisierung des
4790 Kopfbahnhofes.
- 4791 • Sinnvolle Nutzung von bereits ge-
4792 bauten Teilstücken von S21.
- 4793 • Einbeziehung der Expertise und
4794 Umbaukonzepte der S21-Bewe-
4795 gung in die Planungen des Ver-
4796 kehrsministeriums.